

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Keine Pause

Vermutlich haben nur wenige erwartet, daß die beiden Telefonate zwischen dem russischen und dem US-Präsidenten im Dezember die Spannungen zwischen ihren Ländern mindern. Kaum Hoffnungen waren auch mit den Gesprächen verbunden, an denen Rußland und die USA, dann die euro-

1945 Jahrzehnte gedauert, bis der Westen bereit war, mit der Sowjetunion über etwas anderes zu sprechen als über eine Korrektur der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu seinen Gunsten. In Frage kamen nur der Rückzug der Sowjetarmee hinter die Grenzen von 1939 und die Besei-



Karikatur von Hugo Gellert

päischen NATO-Mitglieder und die Staaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der zweiten Januarwoche teilnahmen. Es geht um fundamental gegensätzliche Politik: auf der einen Seite um das alte Ziel des internationalen Imperialismus und besonders des deutschen, Rußland einzukreisen, durch Schüren von inneren und Grenzkonflikten zu schwächen, seinen Zerfall zu fördern (wie in den 90er Jahren durch Unterstützung dschihadistischer Separatisten im Kaukasus) und es letztlich zu kolonisieren. Zwischen 1991 und 2000 kam der Westen diesem Ziel ziemlich nahe.

Die Erfahrung lehrt, daß es in einer solchen Lage nicht in Tagen gelingt, sich auf einen Modus vivendi, auf ein erträgliches Nebeneinander, zu einigen. Es hat nach

1945 Jahrzehnte gedauert, bis der Westen bereit war, mit der Sowjetunion über etwas anderes zu sprechen als über eine Korrektur der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu seinen Gunsten. In Frage kamen nur der Rückzug der Sowjetarmee hinter die Grenzen von 1939 und die Beseitigung des Sozialismus. Der Kriegsvorbereitung gegen Rußland wird heute in der vergrößerten BRD alles in Außen- und Militärpolitik untergeordnet. Alle Bundestagsparteien – auch die AfD mit ihrer fast bedingungslosen Bundeswehr- und NATO-Unterstützung – tragen das mit. Ausnahme war bisher die Partei Die Linke. Wie der Grundsatzartikel Wulf Gallerts vom 5. Januar im „neuen deutschland“ zeigt, arbeitet deren Führung weiter daran, das gegen den Willen der Mehrheit von Mitgliedern und Wählern zu ändern. Die dafür aufgestellte ideologische Vogelscheuche heißt „Äquidistanz“. Der Vorwurf, EU und NATO würden die Logik des kalten Krieges und die Blockkonfrontation weiter betreiben, so Gallert, treffe „genauso auf die russische Seite“ zu.

Das ist eine Lüge. In der Ukraine soll durch Stationierung von US-Raketen bewußt eine noch gefährlichere Situation als 1962 in der Kuba-Krise geschaffen werden.

Dem widerspricht nicht, daß eine der ersten Maßnahmen der US-Regierung unter Joseph Biden vor einem Jahr die Verlängerung des START-Vertrages über die Begrenzung des russischen und des US-Atomwaffenarsenals ohne Vorbedingungen war. Sein Amtsvorgänger Donald Trump war dabei, diesen Vertrag ersatzlos auslaufen zu lassen. Beide eint aber der politische Wille, auf Rußland maximalen Druck am Rande eines Weltkrieges auszuüben.

Die mit der START-Verlängerung verbundenen Gespräche über strategische Stabilität ermöglichten das Treffen von Biden und Wladimir Putin im Juni 2021 in Genf

und die Bekräftigung der Formel, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und um jeden Preis vermieden werden muß. Das wiederholten die Staatschefs der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, also Chinas, Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der USA, am 3. Januar in einem gemeinsamen Dokument. Diese Feststellung kann eine Grundlage für Verhandlungen sein, mehr nicht. Denn von ihrer Stationierungsabsicht vor den Toren Moskaus sind die USA bislang keinen Millimeter abgerückt. Insofern bedeuteten die Gespräche noch keine Atempause für Rußland.

Hinzu kommt: Die EU und insbesondere ihre Vormacht, die BRD, sind nicht bereit, überhaupt die Sicherheitsinteressen Rußlands anzuerkennen und mit Moskau zu sprechen. Er wisse nicht, faßte Rußlands Außenminister Sergej Lawrow am 14. Januar zusammen, wie mit den EU-Kollegen ein Sicherheitsdialog möglich sein sollte. Sie hätten „Zement über alle Kommunikationskanäle gegossen“. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und ihre grünen Helfershelfer agieren unterdessen wie politische Geisterfahrer kurz vorm Zusammenstoß. Der Kanzler schweigt und hat die Anschaffung neuer US-Kampfflugzeuge für die „nukleare Teilhabe“ sowie bewaffneter Drohnen Anfang Januar auf den Weg gebracht. Berlin ist wieder die auf Moskau gerichtete Speerspitze des Westens. Frieden mit Rußland steht nicht auf dem Programm der Koalition. Demnächst hat sie offenbar Die Linke an ihrer Seite.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Ukraine-Konflikt und Rußland	2
Geistige Sturmreifmachung	4
Spiel mit dem Feuer	6
Rußland auf der Anklagebank?	7
Putin stellt die richtige Frage	9
Tote an der polnischen Grenze	12
Neue Seidenstraße Chinas in Lateinamerika	13
75. Jahrestag der jungen Welt	15
Zum Grundlagenvertrag DDR/BRD	17
Zur Demokratie-Frage	18–21
Die Linke ohne Liebkecht?	22
Erklärung der KPF der Partei Die Linke	23
Eine bemerkenswerte Korrespondenz	24
WWA (Lenin, „Was tun?“)	28
Leserbriefe	33–35

# „Ich sehe was, was du nicht siehst“ oder Spekulationstheater an der russisch-ukrainischen Grenze

Die „Financial Times“ zitierte kürzlich einen anonymen Beamten: „Viele Verbündete waren nicht davon überzeugt, daß die Lage ernst ist.“ und weiter „Wir waren überrascht über diese Informationslücke – wie und warum die USA Dinge sahen, die wir nicht sahen.“ Als ich diese beiden Sätze las, dachte ich gleich an das Rätselspiel aus Kindheitstagen: „Ich sehe was, was du nicht siehst.“ Die erratenen Gegenstände waren harmloser Natur und meistens unschwer zu finden. Heute gibt es für die zu beantwortende Frage sogar kostenlosen Nachhilfeunterricht. Es geht um die auf „Erkenntnissen“ der Geheimdienste der USA fußende Entdeckung, daß Rußland schweres Militärgerät und entsprechendes Personal in Grenznähe zur Ukraine in Stellung gebracht habe und in Kürze die Ukraine überfallen werde. In einem am 7. Dezember vergangenen Jahres in der „Berliner Zeitung“ veröffentlichten Artikel unter dem Titel „Harter Kurs gegen Moskau“ zitiert Michael Maier die „Financial Times“ mit den Worten, daß es Washington gelungen sei, die anfangs zögerlichen Verbündeten auf eine harte Linie einzuschwören – und zwar auch so, daß Konsequenzen folgen könnten. Diese Unterweisung der Europäer in bisher geheime Details sei bereits Anfang November vor einem Treffen der NATO-Minister gestartet worden. Die Geheimdienst-Informationen hätten geholfen, die Europäer und hier besonders Deutschland von ihrem ursprünglich zurückhaltenden Kurs abzubringen. Auf diese Weise hätten es die Amerikaner geschafft (so ein weiterer „anonymer Informant“), die Europäer von Putins wahren Absichten zu überzeugen. Allerdings haben sich die transatlantischen Freunde nun selbst beieilt, sich freiwillig dieser Gehirnwäsche zu unterziehen; mehr noch – es gilt ja Souveränität zu simulieren –, man will die von Putin ausgehende „Bedrohung“ mit Sätzen aus dem eigenen Wortschatz befeuern. Die täglich einlaufenden Szenarien über einen angeblich bevorstehenden Überfall Rußlands auf die Ukraine reißen nicht ab und werden von geradezu kriegslüsternen Kommentaren begleitet.

In der Bundespressekonferenz am 13. Dezember hat der neue Regierungssprecher Steffen Hebestreit die Behauptungen seines Vorgängers aufgegriffen und von russischen Truppenkonzentrationen „an der ukrainischen Grenze“ gesprochen. Florian Warweg (RT DE) wollte wissen, auf welche Faktenbasis sich diese als Tatsachen vermarkteten Behauptungen stützen. Es ist erhellend, den gesamten Wortlaut dieser Passage aus dem Konferenzprotokoll wiederzugeben:

**Florian Warweg:** Herr Hebestreit, Sie hatten jetzt noch einmal die angeblichen Truppenkonzentrationen an der russisch-ukrainischen Grenze erwähnt. Jetzt sind die einzigen Satellitenbilder, die der Öffentlichkeit gezeigt wurden und auf die man sich

immer wieder bezieht, Bilder von Jelnja, Oblast Smolensk, 300 Kilometer von der ukrainischen Grenze und 900 Kilometer vom Donbass entfernt. Mich würde interessieren, auf welcher Basis Sie angesichts dieser Distanzen von einer Nähe der russischen Grenze sprechen. Berlin liegt 100 Kilometer von Polen entfernt. Da würde ja keiner davon sprechen, daß Berlin eine Grenzstadt sei. Mich würde also interessieren, auf Grundlage welcher weiteren Informationen Sie von „an der russisch-ukrainischen Grenze“ sprechen.

**Steffen Hebestreit:** *Ich verstehe Ihre Position. Ich versuche es einmal einfach zu machen: Wenn jetzt 100 000 Soldaten in Berlin stationiert werden würden, dann würde die Variante, die Sie gerade ansprechen, also ob das dann eine Grenzstadt sei oder nicht, auch anders beurteilt werden.*

**Burger (Auswärtiges Amt):** *Ich würde vielleicht noch ergänzen wollen: Gehen Sie einmal davon aus, daß sich die Erkenntnisquellen, auf deren Grundlage wir in der Bundesregierung und auch im Bündnis mit unseren Partnern über die Lage in der Ukraine und über die Lage im Grenzgebiet beraten, nicht auf öffentlich zugängliche Quellen, die Sie gerade zitiert haben, beschränken.*

**Zusatzfrage Warweg:** Das heißt, Sie haben Informationen darüber, daß es russische Truppen direkt an der russisch-ukrainischen Grenze gibt?

**Burger:** *Das ist ein netter Versuch. Ich habe, wie gesagt, davon gesprochen, daß sich die Lageeinschätzung, die wir mit unseren Verbündeten und Partnern eng abstimmen, nicht auf öffentlich zugängliche Informationen beschränkt. Wenn diese Informationen jetzt nicht öffentlich zugänglich sind, dann werde ich sie natürlich an dieser Stelle auch nicht ausbreiten können.“*

**Zusatzfrage Warweg:** Aber die Öffentlichkeit hat ja angesichts der Spannung und der verbalen Angriffe oder zumindest Drohungen, die es gibt, vielleicht doch ein Recht darauf, zu wissen, auf Basis welcher konkreten Informationen die Bundesregierung mit Verweis auf entsprechende Truppenkonzentrationen von einer russischen Aggression spricht. Es heißt ja nicht „irgendwie in der Nähe“, sondern „an der russisch-ukrainischen Grenze“.

**Burger:** *Wir haben ein breites und umfassendes Lagebild, das wir seit vielen Wochen eng mit unseren Partnern und Verbündeten abstimmen, und wir alle in der Europäischen Union und in der NATO teilen gemeinsam die Sorge, daß die Truppenbewegungen, die es auf russischer Seite in den vergangenen Wochen gegeben hat, die Lage an der Grenze zur Ukraine erheblich destabilisieren.*

Für die Belehrungsbemühungen der Herren Hebestreit und Burger gibt es eine bekannte Redewendung: „Friß, Vogel, oder stirb!“ Der Auszug aus der Pressekonferenz liefert ein anschauliches Beispiel, wie Resultate des an- und vorgefertigten „Lagebilds“ den Multiplikatoren in den Redaktionen der Presse (Wo gibt es eigentlich neben der Vielzahl der „Pageien“ noch investigativ recherchierende Journalisten?) präsentiert werden, um ihre Kunden auf eine fast schon unvermeidliche militärische Auseinandersetzung einzuschwören?

Nun hat aber der russische Präsident Wladimir Putin gegen Ende des vergangenen Jahres in einem der beiden Gespräche mit US-Präsident Joseph Biden an den Erfolg der Anti-Hitler-Koalition erinnert. Dieser Hinweis und die Tatsache, daß die Gespräche der beiden Präsidenten einen etwas anderen Verlauf genommen haben, als es sich das im Dienst des militärisch-publizistischen Komplexes stehende Personal vorgestellt hatte, löste erhebliche Irritationen aus. Allein die Tatsache, daß Biden sich bereit erklärt hat, er wolle mit Moskau auch über den Ukraine-Konflikt sprechen und dabei auch über die von Rußland geäußerten „Bedenken bezüglich der NATO“ diskutieren, wurde zum Teil mit heller Empörung kommentiert. „Eine Konferenz über die Sicherheit der Staaten Europas – ohne die Staatengemeinschaft Europas ... führt schnurstracks zurück in die Nachkriegszeit und damit in den Kalten Krieg“, entrüstete sich Stefan Cornelius, langjähriger Außenpolitik-Ressortleiter der „Süddeutschen Zeitung“. Einer seiner Kollegen geht noch weiter. In einer für den „Spiegel“ geschriebenen Kolumne trumpft Nikolaus Blome mit der Empfehlung auf: „Mehr Kalten Krieg wagen!“ Die Liste der Wortmeldungen derjenigen, die die Kriegstrommel bedienen, wird mit jedem Tage länger. Mit am schrillsten in dieser Kakophonie: Christoph Heusgen. Der langjährige Berater Angela Merkels, ehemalige UNO-Botschafter und designierter Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, phantasiert: „Putin strebt eine Wiederherstellung eines russischen Reichs an, das an die Sowjetunion erinnert.“

Der Satz erinnert wiederum an das Schicksal des ehemaligen US-Verteidigungsministers James V. Forrestal, Namensgeber eines Flugzeugträgers, der sich mit dem Ruf „Die Russen kommen“ aus dem Fenster und in den Tod gestürzt hatte. Und dann stehen ja noch die Grünen auf der Matte, die sich immer lautstärker an der Versteigerung kriegstauglicher Analysen beteiligen. War es seinerzeit Konrad Adenauer („Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“), der als erster Bundeskanzler auf Befehl der USA den Boden im halben Deutschland für den kalten Krieg präparierte und den Antikommunismus (dabei nahtlos an faschistische Propaganda anknüpfend) erneut

zur Staatsräson erhob, so ist es gegenwärtig die Partei, die sich zu Ehren des Jugoslawien-Bombers Josef Fischer in Bündnis 99 (!)/ Die Grünen umbenennen sollte. Sie betätigen sich als ideologischer Flugzeugträger des US-Imperialismus auf deutschem Boden und fokussieren ihre Ferngläser in Richtung Moskau. Aber auch sie mußten mittlerweile zur Kenntnis nehmen, daß die USA nicht die Absicht haben einzugreifen, falls eine militärische Intervention Rußlands in die Ukraine stattfinden würde. Damit will sich u. a. der Kandidat für den Parteivorsitz Omid Nouripour nicht abfinden. „Gerade jetzt Nord Stream 2 als reines Energieprojekt zu verniedlichen, ist falsch in der Sache und irrtiert unsere engsten Partner. Wir sollten diesem fossilen Spalter Europas angesichts eines drohenden Einmarschs russischer Streitkräfte in die Ukraine nicht auch noch einen Freifahrtschein ausstellen.“

Reinhard Bütikofer, der es sich als Abgeordneter der Grünen im Europaparlament bequem gemacht hat, kam zu einer ähnlichen Einschätzung: „Nord Stream 2 ist ein geopolitisches Projekt, mit dem der russische Präsident die Ukraine schwächen, Deutschland von Rußland abhängig machen und Europa spalten will.“ Was fiel Konrad Adenauer dazu ein? Er konnte das doch mit Hilfe der USA viel besser, um nicht zu sagen „nachhaltiger“. Nouripour wie Bütikofer müßten unabhängig von ihrem jeweiligen

Einstiegsjahr in die Politik wissen, daß der Beginn des Pipeline-Projekts auf die Regierungszeit der Demokratie-Ikonen Boris Jelzin und Helmut Kohl Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückging. Gutwillige könnten glauben, daß die Außenamtschefin Annalena Baerbock mit dem auf ihrem USA-Besuch vorgetragenen Satz: „Klar ist, daß es keine Entscheidung über die Sicherheit in Europa ohne Europa geben darf.“ Rußland mit einbeziehen wolle. Doch sie will das Gegenteil. Sie und die anderen von mir zitierten Politiker und Diener der Leitmedien ignorieren die Tatsache, daß Rußland ein Teil Europas ist.

Daß der 1990 mit dem Friedensnobelpreis dekorierte Michail Gorbatschow schon 1985 bei seinem ersten Besuch in Frankreich die Formulierung eines „gemeinsamen Hauses Europas“ prägte, wurde bei der Neuaufgabe des kalten Krieges nicht mehr berücksichtigt. Daraus ergibt sich die Frage, wer Europa wirklich spaltet. Würde man alle geschriebenen und gesprochenen Sätze zu den Themen „Öl als Waffe“, „Russische Expansionsgelüste“, „Militärische Aggression gegenüber der Ukraine“, „Genozid an den Uiguren“ u.v.m. aneinanderreihen, könnte daraus eine Pipeline generiert werden, die als schmutzigster Energieträger jeden Ansatz einer Energie-wende zunichtemachen würde. Denn Krieg kann als Umweltverschmutzer nicht übertriften werden.

Als Putin im Gespräch mit Biden die Erfolge der Anti-Hitler-Koalition zur Sprache brachte, dachte er vielleicht auch an die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Damals wurde namentlich die britische Regierung von der Hoffnung erfüllt, daß sich das verhaßte Sowjetrußland und das faschistische Hitlerregime gegenseitig an die Gurgel gehen könnten. Das Ergebnis ist bekannt. Dennoch, die sich häufenden Solidaritätsbekundungen gegenüber der Ukraine, begleitet von Zusagen für Waffenlieferungen, könnten den Polit-Komiker in Kiew dazu ermuntern, auf Ganze zu gehen. Ist das vielleicht sogar gewollt? Aber auch ein Selenskyj, nicht gerade gesegnet mit großem zeitgeschichtlichem Wissen, müßte wissen, daß sich Rußland so verhalten werde, wie sich die USA verhalten würden, wenn Offensivwaffen in der Nähe der amerikanischen Grenzen stationiert würden (s. Kuba 1962).

Wie immer die für Januar anberaumten Konsultationen, u. a. im Normandie-Format, verlaufen, die Frage bleibt noch unbeantwortet, wie lange der „Wertewesten“ seinem Stuntman in Kiew noch die Stange halten wird.

Eine Frage, die Scott Ritter, ein ehemaliger US-Geheimdienstoffizier, so kommentiert hat: „Die NATO wird die Ukraine nicht vor einer russischen Invasion verteidigen, die nur in den Köpfen der Ukraine, der USA und der NATO existiert.“

Hans Schoenefeldt

## „ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT“ – OH WEH! OH WEH! – B-B-B-P!

Baerbock bockt und blockt perfekt  
Gegen Putins Nord Stream 2.  
Ausgeheckt und grün bedeckt  
Rührt sie mit am NATO-Brei.

Grüner noch als Baerbock pur,  
Strebt mit der Atlantikbrücke

Eifrig Omid Nouripour  
Nach der besten Angriffslücke.

Ziel sind Moskau und Beijing,  
Womit Grün sich ungern brüstet,  
Weil das noch nie gut verding.  
Dennoch wird still aufgerüstet.

Geht es wirklich um Uiguren,  
Ukraine und die Krim?  
Monopol folgt bösen Spuren,  
Folglich schlimmer noch als schlimm.

Lutz Jahoda



# Geistige Sturmreifmachung – oder die globale mediale Vorbereitung auf Krieg

Unter der Überschrift „NATO fühlt sich provoziert durch russische Truppen an Grenze zur Ukraine“, verkündet der Berliner Tagesspiegel in seiner Onlineausgabe: „Die NATO hat Moskau vor militärischen Übergriffen an der Grenze zur Ukraine gewarnt. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg rief Moskau auf, ‚alle weiteren Provokationen oder aggressiven Handlungen‘ zu unterlassen. Er stellte klar: ‚Die NATO steht an der Seite der Ukraine.‘“

Auffällig dabei ist folgendes: Egal, ob in als seriös geltenden bürgerlichen Gazetten wie FAZ und Tagesspiegel oder in auf Verdummung spezialisierten Blättern wie BILD – sie druckte Mitte Dezember sogar einen angeblich geheimen russischen Eroberungsplan –, aber auch in ausländischen wie französischen, italienischen, britischen, US-amerikanischen oder auch südkoreanischen Medien – in allen werden mit denselben sprachlichen Versatzstücken und

der Süddeutschen Zeitung: „Wenige Stunden dauert seine Reise erst, da sorgt der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck für Aufregung. ‚Waffen zur Verteidigung, zur Selbstverteidigung, kann man meiner Ansicht nach, Defensivwaffen, der Ukraine schwer verwehren.‘“<sup>4</sup> In der neuen Regierung ist er nun Wirtschaftsminister, ein Schelm, der Böses dabei denkt. Seine grüne Doublette und neue Außenministerin Annalena Baerbock sah das ähnlich, wie die WAZ am 27. Mai mit der Überschrift „Waffenlieferung in die Ukraine? Baerbock widerspricht Habeck nicht“<sup>5</sup> titelte. Überhaupt will sie „harte Kante“ zeigen beim „Verteidigen der transatlantischen Werte“, wozu auch die weitere Stationierung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik und die Anschaffung von Kampfflugzeugen, die jene Atomwaffen zum Einsatz bringen könnten, gehört. Die erste Auslandsreise als Neuministerin nutzte sie dann auch, um in Frankreich sofort aufs schärfste die Russen zu warnen und die europäische Bereitschaft zu betonen, die westliche Welt auch in der Ukraine zu „verteidigen“. Beweise für alle „Aggressionsvorwürfe“ werden nicht vorgelegt, nur Behauptung an Behauptung gereiht. Die Wirklichkeit wird sich zurechtgedreht. So gesteht man eben die russische Grenzsicherung nicht als Reflex auf ukrainische Aufmärsche vor den Donbass-Republiken, die doch stark nach dem wiederholten Versuch aussehen, die abtrünnigen Regionen mit „Feuer und Schwert“ zurückzuholen, ein, sondern dreht den Spieß einfach um. Es gab da ja schon mal einen deutschen Kriegsminister vor mehr als zwanzig Jahren, auch Radfahrer aus Passion, der deutsche Bombardements gegen Jugoslawien mit serbischen aggressiven Akten begründete und auf die Frage eines Pressevertreter, ob er sich dieser Aggression sicher sei, antwortete: „Sie haben es doch geschrieben.“ Selbsterfüllende Prophezeiungen als Außenpolitik?

Doch der Reihe nach. Reden wir zuerst über die Interessen, denn Politik ist immer Interessenvertretung der Herrschenden. Lassen wir noch einmal den preussischen General und Militärreformer Clausewitz zu Wort kommen. „Der Kriegsplan faßt den ganzen kriegerischen Akt zusammen, durch ihn wird er zur einzelnen Handlung, die einen letztendlichen Zweck haben muß, in welchem sich alle besonderen Zwecke ausgeglichen haben. Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will; das erste ist der Zweck,



**Petro Poroshenko (Ex-Präsident der Ukraine) und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg beim NATO-Gipfel 2016**

Auch die Regierungen in Berlin und Paris zeigten sich höchst besorgt. Rußlands Präsident Wladimir Putin seinerseits bezeichnete US- und NATO-Militärübungen im Schwarzen Meer als „provokativ“<sup>1</sup>. In der Schweizer NZZ schreibt Andreas Rüsch: „Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr löst Rußland mit einem Truppenaufmarsch nahe der Grenze zur Ukraine große Besorgnis aus. Was ist über die Lage bekannt, und welche Interessen verfolgt Moskau?“<sup>2</sup> Am 4. Dezember 2021 titelt der Nachrichtensender ntv „Geplanter Angriff auf die Ukraine“, weiter dann... „Der Aufmarsch russischer Streitkräfte nahe der ukrainischen Grenze sorgt für Spannungen. Einem US-Medienbericht zufolge plant Moskau eine Großoffensive mit rund 175 000 Soldaten.“<sup>3</sup>

Seit Monaten verbreiten westliche Medien aller Art solcherlei Spekulationen.

denselben Bildern Behauptungen aufgestellt, die bewußt im Konjunktiv gehalten sind. Garniert wird das Ganze mit Aufnahmen, deren Kommentierung auf der gleichen vagen halbweisen Ebene gehalten wird. Hemmungslos wird getrommelt und mit der Behauptung hausieren gegangen: Die Russen wollen die Ukraine annektaieren, zumindest bereiten sie einen Krieg vor und bedrohen damit die „freie“ Welt und uns alle. Der Subtext lautet: Bereitet Euch vor, wir müssen uns vorbereiten, wir müssen bereit sein, wir dürfen nicht zögern. Die Ukraine muß verteidigt werden (und ebenso das bedrohte Baltikum).

Irgendwie fühle ich mich an jenen römischen Senator Cato erinnert, der jede seiner Reden im Senat, egal, zu welchem Thema er referierte, mit den Worten beendete, „... und im übrigen bin ich der Meinung, das Karthago zerstört werden sollte.“ Das war vor dem dritten punischen Krieg. Rom wollte sich das immer noch mächtige Karthago als wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten vom Hals schaffen. Mit Cato hat es dann auch geklappt. Karthago verschwand praktisch 146 v. U. Z. von der Landkarte. Und heute? Ich erinnere an die Aussagen einiger grüner Spitzenpolitiker, die im Mai vergangenen Jahres die Runde machten. Wie schrieb Constanze von Bullion von

1 Siehe <https://www.tagesspiegel.de/politik/grosse-ungewoehnliche-truppenbewegungen-nato-fuehlt-sich-provoziert-durch-russische-truppen-an-grenze-zur-ukraine/27803262.html>

2 <https://www.nzz.ch/international/russland-und-ukraine-das-wichtigste-zum-konflikt-im-ueberblick-ld.1613540>

3 Siehe <https://www.ntv.de/politik/Biden-will-keine-roten-Linien-Putins-akzeptieren-article22976543.html>

4 Siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/robert-habeck-ukraine-waffenlieferungen-1.5303788>

5 Siehe <https://www.waz.de/politik/gruene-habeck-baerbock-ukraine-waffenlieferung-id232395025.html>

das andere das Ziel.“<sup>6</sup> Daran hat sich in 200 Jahren nichts geändert. Welchen Zweck soll eine militärische Auseinandersetzung oder zumindest deren Vorbereitung erfüllen? Für die US-Amerikaner sind die Russen lästig. Sie können ihnen ökonomisch zwar nicht das Wasser reichen, aber sie stellen sich ihren machtpolitischen Ambitionen, der quasi Weltbeherrschung, ständig entgegen qua militärischer Möglichkeiten. Die Ukraine will ihre wichtigsten Verbündeten zwingen, ihr noch mehr Geld und noch mehr Waffen zur Verfügung zu stellen, damit sie u.a. die abtrünnigen Provinzen militärisch zurückerobert. Um sich dafür unangreifbar zu machen, will sie, koste es was es wolle, unter die Fittiche der NATO. Die Balten und andere osteuropäische Neu-NATO-Staaten heizen die Situation an, damit der US-Fokus auf sie bestehen bleibt. Das bedeutet Geld und Waffenlieferungen. Dafür übernimmt man gern einen Teil der Kosten, den die Stationierung von NATO-Soldaten und Panzern an der russischen Grenze verursachen. Diese Länder befürchten, daß ein Fokus der USA auf China und Afrika ihnen die „ihnen zustehenden“ Mittel beschneidet. Die Bundesrepublik macht mit, weil sie damit ihre Vormachtstellung in EU-Europa ausbauen könnte, als so eine Art US-Platzhalter in Europa. Außerdem wären die Amis schön beschäftigt und müßten ihrem wirtschaftlichen Konkurrenten Deutschland den Rücken stärken. Und für all das riskieren sie Krieg und spielen mit dem Feuer! Aber sind sich die Beteiligten über die Auswirkungen ihres Tuns im klaren? Ich denke, daß nicht einmal die US-Amerikaner Krieg wollen. Was sie aber mit ihren willigen Helfern aus der Ukraine, in Osteuropa, der deutschen Politik und den internationalen Medien versuchen, das ist, maximalen Druck auf Rußland auszuüben. Wenn von „Make America great again!“ die Rede ist und wenn von einer stärker gestaltenden Rolle der deutschen Außenpolitik in der Welt gesprochen wird, dann geht es darum, die USA wieder zur führenden und einzig bestimmenden Weltmacht zu machen und für die deutschen Verbündeten erster Stellvertreter jener Großmacht zu sein, auf daß deutsche Außenpolitik die wirtschaftliche Bedeutung widerspiegeln. Dafür ist man bereit, weiter als bisher zu gehen und auch kriegerische Mittel zur Interessensdurchsetzung in Betracht zu ziehen. Das ganze Geschwafel von atlantischen, demokratischen und Freiheits- gar Menschenrechten ist nur Mittel zum Zweck. Weder die Ukraine noch die Uiguren interessieren die Transatlantiker, sie werden nur benutzt für eine Politik, die, um wirtschaftliche Macht behalten und ausbauen zu können, alle Hemmungen fallen läßt. Anzunehmen ist, daß bei einzelnen Vertretern jener Spezies die persönliche Meinung von der kolportierten nicht zu trennen ist, wie beispielsweise der tief verwurzelte Russen- und Chinesenhaß. Sowohl bei dem alten Mann in Washington als auch bei der „Völkerrechtlerin“ Baerbock

und anderen treffen praktisch persönliche Vorurteile mit den Handlungsmaximen imperialistischer Großmächte zusammen. Man glaubt etwas, und dieser Glaube ist unerschütterliches Fundament der politischen Entscheidungen. Das erklärt z. B. das Phänomen, daß der Haß auf Rußland nach dem Ende der Sowjetunion ungebrochen weitergeht. Natürlich ging es früher um den Kampf gegen den Kommunismus und heute um wirtschaftliche, politische und militärische Vormacht. Aber es ist doch schön, wenn dieses Denken ein Fundament hat, das auf einem Freund-Feind-Schema beruht und sich jeder rationalen Betrachtung entzieht, gerade wie bei jenen früheren (und heutigen) christlichen Glaubenskriegern, die mit Feuer und Schwert durch die Welt ziehen, um das Christentum jenen falsch lebenden Menschen zu bringen. Daß dabei auch neue ökonomische und politische Verhältnisse geschaffen werden, Zugang zu Bodenschätzen, strategischen Räumen oder auch Schwarzerdeböden (auf die hatten ja die Nazis schon ein Auge geworfen), ist quasi willkommener Kollateralnutzen für die „Führer der freien Welt“. Deren Haltung zu den Flüchtlingen an der Belorussischen Grenze hat deutlich gezeigt, daß ihre permanent wie eine Monstranz vorangetragenen Menschenrechte nichts weiter als Makulatur sind. Freiheit und Menschenrechte gibt es halt nicht für jeden!

Doch für all das braucht man willige Helfer. Das beginnt mit Gruppen von wohlmeinenden Demonstranten und endet mit der Waffe in der Hand an fremden Grenzen oder fremden Ländern. Es kann gar nicht genug Engagement geben um „das Gute“ in die Welt zu bringen. So etwas muß organisiert werden. Die Mittel dazu reichen von offiziellen Nachrichtensendungen bis hin zu jenen „sozialen Medien“, in denen die größte Lüge als Wahrheit verkauft wird. Irgendwie, möchte man meinen, sind wir noch immer in der voraufklärerischen Phase und gesunder Menschenverstand und Vernunft nicht weiterverbreitet, als zu da Vincis Zeiten. Nein, es wird nicht nur gelogen, manchmal wird einfach nur ein Teil weggelassen. Denn es gibt russische Soldaten in großer Zahl in der Nähe (die angeblichen Beispiele beziehen Standorte bis zu 250 km Entfernung ein) der ukrainischen Grenze, um beim russischen Beispiel zu bleiben. Was nicht erzählt wird oder nicht bin diesem Zusammenhang ist, daß die ukrainische Seite seit über einem Jahr zehntausende Militärs in Richtung Donbass in Marsch gesetzt hat, die NATO in der Ukraine und im Mittelmeer mit zehntausenden Soldaten und einer großen Anzahl Militärtechnik „übt“, daß die NATO-Truppen im Baltikum mehr als verdoppelt wurden und deutsche und US-amerikanische Panzer nur noch wenige dutzend Kilometer von der russischen Grenze stationiert sind.

Was wirft man den Russen denn nun vor? Aggressives Verhalten insbesondere gegenüber jener Ukraine, die seit 2015 Kriege gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung führt, die bisher erfolgreich alle Versuche (Minsk-Abkommen) ignoriert oder

sabotiert hat, den Konflikt zu entschärfen und in der faschistische bewaffnete Horden fröhliche Urständ feiern? Ach ja, da ist ja noch die Sache mit der Krim. Gut, die überwiegende Mehrheit wollte zurück nach Rußland und dem überwiegenden Teil geht es auch bedeutend besser als unter ukrainischer Herrschaft – aber wir wollen nicht kleinlich sein, das ist tatsächlich knifflig. Aber hat die NATO mit dem Kosovo nicht eine Blaupause dafür geliefert? Und so könnte man fortfahren mit den Argumenten. Es wird jedoch nicht viel nützen, denn monatelanges mediales Getrommel – die Russen sind schuld – gräbt sich in die Köpfe der Menschen. Und wenn das Pulverfaß, und sei's unbeabsichtigt, explodiert, dann wird man sagen, war ja klar, die Russen haben schuld.

Wer sich in welcher Uniform auch immer vor den Karren jener spannen läßt, die behaupten, nur im allgemeinen menschlichen Interesse für Freiheit und bessere Lebensverhältnisse Krieg führen zu müssen, hat noch immer nicht begriffen, daß von Beginn der Klassengesellschaft an die Minderheit der Reichen und Mächtigen die Mehrheit derer, die den Reichtum der Menschheit durch ihrer Hände Arbeit erschaffen, gegeneinander ausspielt, um noch reicher und mächtiger zu werden.

Kann man unter diesen Umständen noch seinen Optimismus behalten? Ja, menschliche Erkenntnis und Vernunft sollten stärker sein. Doch dafür müssen wir jene erreichen, die bereit sind nachzudenken und den Kriegshetzern in den Arm zu fallen. Das sollte doch, 600 Jahre nach da Vincis Tod, die Mehrheit sein.

**Uli Jeschke**

## Dem Frieden die Freiheit

Nordatlantikpakt-Organisation,  
Weltherrschaftsinstrument,  
Kriegsplündernd seit der Gründung schon.  
Wo souverän begehrt ein Volk sich als Nation,  
Zeigt Wahrheit, daß der Himmel brennt.

Von Söldnern, Schiffen und Raketen  
Der Souverän mit Friedenswill'n  
Fürs Recht – nur welches? – wird zertreten.  
In der Natur, den Dörfern wie den Städten  
Mag nun Verwüstung die Profitsucht still'n.

Mit Rüstungswahn und steten Drohgebärden,  
Falschspielerei bei Klimapolitik  
Und abertausend Menschenrechts-Beschwerden  
Soll'n kolonial auch Rußland, China werden.  
Historisch doch bricht man sich dort das Genick.

Zur NATO, dieser Kriegs- und Mordfabrik,  
Muß Deutschland stetig sagen: NEIN!  
Geschärft vom konsequenten Friedensblick  
Braucht's Anti-NATO-Außenpolitik,  
Daß nicht hat Konjunktur der Friedhofsstein.

**E. Rasmus**

<sup>6</sup> Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*, Dresden 1891, S. 539.

# Sicherheitsgarantien für Rußland?

Als 1990 Gorbatschow namens der Sowjetunion den vom Westen geforderten Rückzug der Sowjetarmee aus DDR, Polen, der CSSR und Ungarn akzeptierte, ohne zugleich den Rückzug der US-Army aus Westeuropa zu fordern, was einer bedingungslosen Kapitulation im Ost-West-Konflikt bzw. im Systemwettbewerb gleichkam, wurde seitens der an den Verhandlungen beteiligten westlichen Politiker wenigstens erklärt, eine Ausdehnung der NATO nach Osten bis an die Grenze der Sowjetunion werde es nicht geben. In seinem naiven Glauben, auf die Zusage der westlichen Politiker vertrauen zu können, unterließ es Gorbatschow, für den Verzicht auf eine Ostausdehnung der NATO eine völkerrechtlich verbindliche schriftliche Zusicherung zu verlangen. Dafür gehörte er eigentlich vor Gericht.

Nach dem Beitritt der ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken zur NATO geht es dem Westen nun darum, auch Belorußland,

die Ukraine und Georgien in diesen Pakt zu integrieren, um die Einkreisung Rußlands, das seine nationale Souveränität verteidigt, zu vollenden.

Als Reaktion auf die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Einkreisungspolitik fordert Rußland Garantien für seine Sicherheit. Dazu gehört eine völkerrechtlich verbindliche Zusicherung, daß die Ukraine und Georgien nicht in die NATO aufgenommen werden und daß in diesen Ländern keine NATO-Basen errichtet werden dürfen.

Seitens des Westens heißt es nun, die von Rußland verlangten Zusicherungen seien völlig inakzeptabel, da diese das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und Georgiens verletzen würden.

Da muß an den Staatsvertrag der Siegermächte mit Österreich von 1955 erinnert werden. Voraussetzung der Unterzeichnung dieses Staatsvertrages, der Österreich das Ende des Besatzungsregimes und damit den

Rückzug der Sowjetarmee aus Österreich gebracht hat, war das Moskauer Memorandum, mit dem sich Österreich verpflichtet hat, keinem Militärbündnis beizutreten und keine NATO-Basen in Österreich zuzulassen. Niemand behauptet, mit dem Moskauer Memorandum und dem dieses Memorandum bestätigenden Gesetz, das den Rang einer unabänderlichen Verfassungsnorm hat, sei das Selbstbestimmungsrecht von Österreich in nicht akzeptablem Masse eingeschränkt worden.

Für die Sicherheit Rußlands ist heute die Forderung, daß die ehemalige Sowjetrepublik Ukraine keinem russlandfeindlichen Militärbündnis beitreten darf, mindestens so legitim wie damals die Bedingung der Neutralität Österreichs für die Zustimmung zum Staatsvertrag, zumal 1990 ein Verzicht auf eine Ostausdehnung der NATO zugesagt worden ist.

**Stefan Hofer**  
Basel

## USA und NATO spielen mit dem Feuer

Große US-amerikanische Konzernmedien, angeführt von der New York Times und MSNBC, verstärken eine antirussische Kampagne, die zur Rechtfertigung einer militärischen Aktion der NATO und der USA gegen Rußland nützlich sein könnte. Glaubt man diesen Medien, dann ist Rußlands „Truppenbündelung“ auf dem eigenen Territorium nahe der ukrainischen Grenze ein Beweis für die Gefahr eines russischen Angriffs. Sie sagen nichts darüber, daß US-Truppen unter dem Schirm der NATO selbst auf der anderen Seite der Grenze, in der Ukraine, stehen und dort das rechtsgerichtete Militär für einen Kampf mit Rußland ausbilden.

Die Times schrieb am 6.12.2021, daß die Ukrainer 2014 einen rußlandfreundlichen Präsidenten „gestürzt“ hätten und daß sie „zunehmend dafür“ seien, ihr Land an westliche Institutionen zu „binden“. Was tatsächlich passierte, ist, daß die USA (...) einen Putsch gegen diesen „pro-russischen“ Präsidenten Wiktor Janukowitsch inszenierten. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er sich weigerte, den Forderungen der EU und des IWF nach Sparmaßnahmen nachzukommen und statt dessen Rußland um wirtschaftliche Hilfe zu bitten. Dies führte zum faschistischen Putsch und einer neuen Regierung, die oppositionelle politische Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPdU), verbot. Sie untersagte sogar den Gebrauch der russischen Sprache, der Hauptsprache von mehr als 40 % des ukrainischen Volkes. Sie setzte auch bekannte Faschisten an die Spitze von Polizei und Militär. (...) Hunderte Gewerkschaftsführer und linke Aktivisten, auch der KPdU, wurden kurz nach dem Putsch ermordet. (...)

In den Medien der USA wird die Tatsache nicht erwähnt, daß die NATO bei der Auflösung der

Sowjetunion zugestimmt hatte, sich nicht einen Zentimeter nach Osten auszudehnen. Bekanntlich verstieß sie aber gegen diese Abmachung und verlegte Truppen, einschließlich US-Streitkräfte, nach Polen, Tschechien, Ungarn und andere Länder, die bis 1991 Mitglieder des Warschauer Vertrages gewesen waren. Dies wurde nur noch dadurch getoppt, daß die NATO auch Truppen in Ländern stationierte, die ehemals Teil der Sowjetunion selbst gewesen waren, u. a. Lettland und Litauen. (...) Frühere Sowjetrepubliken wie Belarus, die sich der Kontrolle der NATO verweigern, werden hingegen durch Sanktionen künstlich in eine wirtschaftlich schwierige Situation getrieben. Zudem wurden in Deutschland Atomraketen stationiert, die nur zehn Flugminuten bis Moskau benötigen. Wenn Atomraketen in die Ukraine verlegt würden, hätten Menschen in Moskau weniger als fünf Minuten Zeit, um zu reagieren. Man stelle sich vor, was die USA tun würden, wenn es russische Militärstützpunkte in Kanada, Mexiko und der Karibik gäbe. Die USA unterhalten über 700 solcher Stützpunkte auf der ganzen Welt, von denen viele Rußland von allen Seiten umgeben. (...) Einer der Gründe für eine mögliche westliche Aggression gegen Rußland ist das Streben der Monopole, die Verfügungsmacht über fossile Brennstoffe zu sichern und den Weltenergiemarkt vollständig zu kontrollieren. Die USA haben so mittels Sanktionen die Aussetzung der Inbetriebnahme der Nord Stream 2-Pipeline erzwungen. Die Motivation dafür bestand nicht darin, die Umwelt zu retten, sondern Europa zu zwingen, das US-Fracking-Gas zu kaufen.

Eine der von den USA geäußerten „Sorgen“ ist die russische Kontrolle über die Krim. Als die Sowjetunion demontiert wurde, unterstützten alle, einschließlich die USA, die Initiative

Rußlands, die Kontrolle über einen nuklearfähigen Marinestützpunkt auf der Krim zu behalten. Dies geschah, weil niemand riskieren wollte, daß eine solche Basis in unverantwortliche Hände fällt. Was diesbezüglich passiert wäre, wenn die neu installierte faschistische Regierung in Kiew die Kontrolle übernommen hätte, bleibt zum Glück reine Spekulation.

Angesichts der Verfolgung ethnischer Russen überall in der Ukraine durch die Putsch-Regierung stimmte die mehrheitlich russische Bevölkerung der Krim 2014 dafür, nach Rußland zurückzukehren. (...) Seit Jahrhunderten besteht eine enge Beziehung zwischen der Ukraine und Rußland. Tatsächlich ist Kiew, heute die Hauptstadt der Ukraine, der historische Ort der Gründung Rußlands selbst im Mittelalter. (...) Es gibt Millionen von Ukrainern und Russen, die Teil derselben Familien sind. Meinungsumfragen, die von der neuen ukrainischen Regierung veröffentlicht wurden, zeigen eine vermeintlich gleichmäßige Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft, während bei letzten Umfragen, die von unabhängigen Gruppen im Jahr 2012 durchgeführt wurden, nur 10 bis 12 % für die NATO-Mitgliedschaft waren. (...)

Die Feindseligkeit der USA und der NATO gegenüber Rußland kommt niemandem zugute, außer den militärischen und unternehmerischen Interessen der US-Administration, die hinter so vielen Problemen in der Welt stehen.

**John Wojcik**

*Der Artikel erschien am 6. Dezember 2021 in der People's World, einer der KP der Vereinigten Staaten nahestehende Online-Zeitung.*

*Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Rossi, Berlin*

# Die NATO, Rußland und die Ukraine im Dezember 2021

Leitmedien und Regierungspolitiker in den NATO-Staaten sowie in anderen westlichen Ländern – auch in der Schweiz – versuchen seit ein paar Wochen erneut, Rußland auf die Anklagebank zu setzen. Ausgehend von ungenauen Angaben über russische Truppen in der „Nähe“ der ukrainischen Nord-, Ost- und Südgrenze sprechen diese Medien und Politiker von einer russischen Bedrohung und Angriffs-Absichten gegen die Ukraine. Repräsentativ für diese Stimmen ist die von Ulrich Speck, Herausgeber eines „Briefings“ zur deutschen Außenpolitik, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 4. Dezember mit dem Titel „Die Rache der Autokraten am System des Westens“ und dem Vorspann: „Es war irrig zu glauben, daß Diktaturen nach ‚1989‘ aussterben würden. Die Machthaber in Moskau und Peking greifen den Westen immer offener an. Dieser versuchte lange, dies zu ignorieren. Doch das ist nicht länger möglich.“ Der Artikel selbst führt keine Belege für seine Unterstellungen an, endet aber mit einer deutlichen Empfehlung: „Der Westen hat deshalb keine Wahl: Er muß sich auf das ihm aufgezwungene Ringen einlassen, den Wettbewerb auf allen Ebenen akzeptieren: politisch, wirtschaftlich, technologisch und auf der globalen Bühne. Je entschlossener die Demokratien diese Auseinandersetzung annehmen, desto mehr befinden sie sich in einer Position der Stärke, und um so geringer wird der Preis sein, den sie dafür zu zahlen haben.“

## Die Formel vom Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien

Das Strickmuster solcher Stimmen läßt sich so zusammenfassen: Das „autokratische“ (böse) Rußland verhält sich gegenüber dem „demokratischen“ (guten) Westen so aggressiv, weil es glaubt, nur so seine „autokratische“ (böse) Macht erhalten zu können. Das aber darf der „demokratische“ (gute) Westen nicht länger hinnehmen. Er muß den Kampf gegen die Bösen endlich aufnehmen, bevor es zu spät ist und das Böse gesiegt hat. Genau zu diesem Strickmuster paßt auch die Einladung des US-Präsidenten zu einem „Gipfel der Demokratien“, die sich, so die Schlagzeile der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 10. Dezember, in einem „Überlebenskampf“ gegen die „Autokratien“ der Welt befänden. Das ist Kriegsrhetorik. (...)

Am 30. November 2021 wurde der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Investoren-Konferenz gefragt, welche „roten Linien“ es für Rußland mit Blick auf die NATO und deren Aktivitäten in der Ukraine gebe und was es mit den russischen Truppen in der „Nähe“ der Ukraine auf sich habe.

## Rußland und die Ukraine – was sagte der russische Präsident?

Der russische Präsident antwortete: „Sehen Sie, von einer Entsendung russischer Truppen in die Ukraine war schon Anfang des Jahres die Rede, als wir die Militärübung

„Sapad 2021“ abgehalten haben, aber wie Sie sehen, ist das nicht passiert. Es geht nicht darum, Truppen in die Ukraine zu schicken oder sie nicht dahin zu schicken, zu kämpfen oder nicht zu kämpfen; es geht darum, eine Beziehung aufzubauen, um eine gerechtere und stabilere Entwicklung zu schaffen und die Sicherheitsinteressen aller Akteure auf der internationalen Bühne zu berücksichtigen. Wenn wir das ehrlich verfolgen, wird niemand sich irgendwie bedroht fühlen. (...) Drittens hat die Russische Föderation auch gewisse Sorgen gegenüber groß angelegten Manövern in der Nähe unserer Grenzen, auch ungeplanten Manövern, wie sie gerade erst im Schwarzen Meer abgehalten wurden, als strategische Bomber, wie wir wissen, mit Präzisionswaffen und möglicherweise Atomwaffen, 20 Kilometer von unserer Grenze entfernt flogen. Schließlich stellt das alles eine Bedrohung für uns dar. Nun zu den ‚roten Linien‘. Sie sind bis zu einem gewissen Grad spekulativ. Dennoch, schauen Sie sich an, was in den letzten rund 20 Jahren geschehen ist: Die Beziehungen zwischen Rußland und der westlichen Gemeinschaft (...) waren in den 90er und frühen 2000er Jahren praktisch wolkenlos. Warum war es notwendig, die NATO bis an unsere Grenzen auszuweiten? Wozu? Wer kann diese Frage beantworten? Darauf gibt es keine vernünftige Antwort, im Gegenteil. Es war ein fast idyllisches Bild unserer Beziehungen, vor allem Mitte der 90er Jahre, wir waren fast Verbündete. Nein, trotz unserer Warnungen, trotz unserer Gespräche, trotz unserer Bitten ist die Infrastruktur schließlich bis an unsere Grenzen gekommen. Es ist inzwischen so weit gekommen, daß Raketabwehrsysteme in Polen und Rumänien stationiert sind, und die dortigen Startrampen sind vom Typ Mk-41. Sie können auch Tomahawks laden, also Angriffssysteme. Das stellt eine Bedrohung für uns dar, das ist eine offensichtliche Tatsache. Trotz all unseres Bittens und Flehens, das nicht zu tun, ist was passiert? Das, was wir jetzt sehen. Als Reaktion darauf waren wir gezwungen, ich möchte das betonen, gezwungen, mit der Entwicklung von Hyperschallwaffen zu beginnen, das ist unsere Antwort. Wir haben das nicht als erste getan, zuerst sind unsere Partner aus dem ABM-Vertrag und dann aus dem Vertrag über Mittelstreckenraketen ausgestiegen.“

## Rote Linien ...

„Sie haben nach der Ukraine gefragt: Wo sind die ‚roten Linien‘? Das sind in erster Linie Bedrohungen, die gegen uns geschaffen werden, die von diesem Gebiet ausgehen können. (...) Wenn irgendeine Art von Angriffssystem auf ukrainischem Territorium stationiert wird, dauert es sieben bis zehn Minuten, bis sie Moskau erreichen, und fünf Minuten, wenn sie Hyperschallwaffen stationieren. Stellen Sie sich das vor. (...) Die Flugzeit nach Moskau

wird fünf Minuten betragen. (...) Wir werden etwas Ähnliches für diejenigen schaffen müssen, die uns auf diese Weise bedrohen. (...) Wir können das schon jetzt tun, denn wir haben die Waffen bereits erfolgreich getestet, und ab Anfang des Jahres werden wir einen neuen Mach-9-Hyperschall-Seeflugkörper im Einsatz haben. Die Flugzeit zu denen, die den Befehl geben, beträgt auch fünf Minuten. Wohin gehen wir? Warum tun wir das alles? Die Schaffung solcher Bedrohungen ist für uns eine rote Linie. Ich hoffe, daß es nicht so weit kommt. Ich hoffe, daß sich der gesunde Menschenverstand, die Verantwortung für das eigene Land und für die Weltgemeinschaft durchsetzen wird.“

## ... und vertragliche Sicherheitsgarantien

Einen Tag später, am 1. Dezember, sprach der russische Präsident in derselben Angelegenheit vor 20 neu akkreditierten Botschaftern in Rußland: „Wir sind nicht nur darüber besorgt, daß die internationale Gemeinschaft sich nicht zusammenschließen kann, um wirklich wichtige Probleme zu lösen, sondern auch über das Verhalten einiger unserer Partner gegenüber unserem Land, gegenüber Rußland, die mit allen Mitteln versuchen, unsere Entwicklung zu behindern, Druck mit Sanktionen auszuüben und darüber hinaus die Spannungen an unseren Grenzen zu verschärfen. Übrigens wächst die Bedrohung an unseren westlichen Grenzen wirklich, und wir haben das schon oft gesagt. Sehen Sie sich nur an, wie nah die militärische Infrastruktur des Nordatlantischen Bündnisses an die Grenzen Rußlands gerückt ist. Für uns ist das mehr als ernst. Wir ergreifen in dieser Situation angemessene militärische und technische Maßnahmen. Aber, ich wiederhole, wir bedrohen niemanden, und uns das vorzuwerfen, ist angesichts der Realität mindestens unverantwortlich. In meiner Rede im Außenministerium habe ich bereits betont, daß unsere Diplomatie jetzt vor der vorrangigen Aufgabe steht, für Rußland zuverlässige und langfristige Sicherheitsgarantien zu erreichen. Im Dialog mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten werden wir auf konkreten Vereinbarungen bestehen, die ein weiteres Vorrücken der NATO nach Osten und die Stationierung von Waffensystemen, die uns in unmittelbarer Nähe des russischen Territoriums bedrohen, ausschließen. Wir schlagen vor, zu diesem Zweck substantielle Verhandlungen aufzunehmen. Ich betone das: Wir brauchen rechtliche Garantien, da unsere westlichen Kollegen ihre diesbezüglichen mündlichen Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Jeder kennt die mündlichen Zusicherungen, daß die NATO nicht nach Osten expandieren würde, aber das Gegenteil ist eingetreten. Tatsächlich wurden die legitimen Sicherheitsbedenken Rußlands ignoriert und werden auch weiterhin ignoriert. Wir fordern keine besonderen Bedingungen

für uns. Wir sind uns darüber im klaren, daß jedes Abkommen notwendigerweise die Interessen Rußlands und aller euro-atlantischen Länder berücksichtigen muß. Eine ruhige, stabile Situation muß für alle gewährleistet werden und ist für alle ohne Ausnahme notwendig. Indem ich das sage, möchte ich betonen, daß Rußland an der Entwicklung einer konstruktiven Zusammenarbeit und einer gerechten internationalen Kooperation interessiert ist, und dies bleibt der Hauptgrundsatz der russischen Außenpolitik. Ich hoffe, Sie werden diese Botschaft an Ihre Regierungen weitergeben.“

### Noch keine Anzeichen für ein Einlenken der NATO-Staaten

Bislang gibt es aber keine Anzeichen für ein Innehalten oder gar Einlenken der Verantwortlichen in den NATO-Staaten. Im Gegenteil, die verbalen Angriffe auf Rußland haben nach den Erklärungen des russischen Präsidenten noch an Schärfe und Gehässigkeit

zugenommen. US-Präsident Joe Biden reagierte am 3. Dezember – wenige Tage vor der für den 7. Dezember vereinbarten Videokonferenz der beiden Präsidenten – mit der Aussage, er akzeptiere von niemandem rote Linien, sprach später aber selbst von seinen „roten Linien“ und drohte mit schärfsten Sanktionen und weiterer Aufrüstung der Ukraine. Parallel dazu rüstet die NATO schon seit geraumer Zeit gegen Rußland auf: mit Plänen für die Stationierung US-amerikanischer Hyperschallraketen in Deutschland, mit der Verlagerung schweren militärischen Gerätes aus Großbritannien nach Deutschland, mit einer Aufheizung der Kriegsstimmung in der Ukraine durch Vertreter der NATO-Staaten.

### Die Sackgasse westlicher Gewaltpolitik

Die tonangebenden Kräfte in den USA, in den anderen NATO-Staaten und im Westen insgesamt haben nach dem „Sieg“ im ersten Kalten Krieg nach 1991 geglaubt, sie könnten weltweit ihre Sicht der Dinge und ihre Interessen

durchsetzen, sie könnten die Welt auf ihre Art und Weise beherrschen. Sie haben dabei mit Kriegen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (1999), gegen Afghanistan (ab 2001), Irak (ab 2003), Libyen (ab 2011) und Syrien (ab 2011), mit der Unterstützung bewaffneter Aufstände und sogenannter farbiger Revolutionen in Rußland (auf seiten tschetschenischer Kämpfer), in China (auf seiten gewalttätiger Uiguren), in Syrien (auch auf seiten des IS), in der Ukraine (auf seiten auch gewalttätiger Maidan-Kämpfer) und in einigen anderen Ländern mit inneren Problemen sowie mit einer Vielzahl von Sanktionen ganze Regionen in Mitleidenschaft gezogen und die Welt dadurch nicht besser gemacht, sondern Unfrieden und Unsicherheit geschaffen. (...)

**Karl-Jürgen Müller**

Quelle: *Zeit-Fragen*, Zürich, Nr. 28/29, 14. Dezember 2021

Redaktionell gekürzt

## Die Auflösung der Sowjetunion – eine geopolitische Katastrophe

Vor 30 Jahren, am 8. Dezember 1991, trafen sich unter strengster Geheimhaltung die Präsidenten der russischen, weißrussischen und der ukrainischen Sowjetrepublik, Boris Jelzin, Stanislaw Schuschkewitsch und Leonid Krawtschuk, im weißrussischen Regierungsjagdschloß Wiskuli im Nationalpark Beloweschskaja Puschtscha, nahe der polnischen Grenze. Die drei unterzeichneten ein Dokument, in dem das Ende der Existenz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als völkerrechtliches Subjekt festgeschrieben wurde. Die anschließende Veröffentlichung des Ergebnisses dieses Treffens überraschte die Weltöffentlichkeit und führte zu Verwerfungen in der internationalen Politik und Wirtschaft, welche bis in die Gegenwart hineinwirken. Selbst die USA wurde mit dieser Nachricht überrascht, waren aber sofort mit CIA-Mitarbeitern vor Ort, nicht nur, um Präsenz zu zeigen.

Erinnern wir uns: Gorbatschows Perestroika- und Glasnost-Politik war gescheitert. Das sozialistische Weltsystem erodierte und die sowjetische Gesellschaft befand sich in einer tiefen Krise.

Unter dem Gesichtspunkt der Legitimität wiesen die Vereinbarungen von Wiskuli und ihre konspirativen Umstände staatsstreichartige Züge auf. Sie wurden geheim, hinter dem Rücken des Volkes vorbereitet und waren irregulär, weil sie gegen die Verfassungen der UdSSR und deren einzelnen Republiken verstießen. Am 17. März 1991 fand – unter massivem publizistischen Störfeuer Boris Jelzins und seiner Partei „Demokratisches Rußland“ – ein unionsweites Referendum statt, bei dem sich fast 77 Prozent der Gesamtbevölkerung, darunter die absolute Mehrheit der Bevölkerungen Rußlands, Weißrußlands, Kasachstans und der

Ukraine, für den Erhalt der Union aussprachen. Die Folgen sollten für den überwiegenden Teil der russischen Bevölkerung in den



Jagdschloß Wiskuli in Belarus 1991

dann folgenden Jahren von Jelzin und seiner Gefolgsleute betriebenen Raubtierkapitalismus katastrophale Züge annehmen. Der russische Historiker Wassili Spizin formulierte in einem Beitrag: „Das Referendum im März 1991, bei dem 77 Prozent der Bürger für den Erhalt der Sowjetunion gestimmt hatten, hätten als Legimitation ausgereicht, damit Gorbatschow alle Vollmachten gehabt hätte, im Rahmen der Verfassung einen

Ausnahmestand auszurufen.“ Und weiter: „Es hätte genügt, diese Gruppe von Akteuren (Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch) zu verhaften, die nicht befugt waren, derartig gegen das Land zu handeln, und sie gemäß Artikel 58 des Strafgesetzbuches der UdSSR ‚Verrat am Vaterland‘ zur Verantwortung zu ziehen.“

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin erklärte 2005 in einem Interview mit dem russischen Fernsehsender „Rossija 1“ rückblickend, daß er die „Auflösung der Sowjetunion als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ betrachte. Dies ließ westliche Politiker aufhorchen. Sie vermuteten, daß er mit seiner Präsidenschaft daran arbeite, die Sowjetunion wieder zu errichten. Ein Dauerthema, das hiesige Medien bis heute genüßlich pflegen.

In der innenpolitischen Entwicklung der Russischen Föderation spielt indes dieses Thema eine nicht zu unterschätzende Rolle. Es ist bei vielen Menschen (über 36 %) immer noch aktuell. Putin hatte anlässlich des 30. Jahrestages der Auflösung der UdSSR noch einmal betont, daß mit dem Ende der Sowjetunion ein ganzer geschichtlicher Prozeß in der Historie Rußlands unterbrochen bzw. zerstört worden ist.

Als frühere Bürger der DDR können wir nachvollziehen, was gesellschaftliche Umbrüche bedeuten können und wie es sich anfühlt, wenn man seiner eigenen Geschichte beraubt wird. Doch mehr als 70 Jahre Sowjetmacht und 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik haben in der Gedanken- und Gefühlswelt der Menschen tiefe Spuren hinterlassen, die noch lange nachwirken.

**Lothar Schlüter**  
Berlin

# Putin stellte die richtige Frage

In einer Welt, in der alles unternommen werden sollte, um eine dauerhafte, gewaltfreie Zusammenarbeit unter allen Mächten aufzubauen und damit dem seit Jahrtausenden als normal gesehenen dauernden Kampf der Mächte um die beherrschende Vormachtstellung und die sich daraus ergebenden Kriege endgültig durch gleichberechtigte Partnerschaft und friedliche Zusammenarbeit zu ersetzen, führt der Westen statt dessen das traditionelle globale Machtspiel weiter. Im Gegensatz zu früher würde heute ein großer Krieg angesichts der verfügbaren, neuen Waffen wahrscheinlich zum Ende der modernen Welt führen. Der russische Außenminister Lawrow hat deshalb kürzlich vor einer Rückkehr zu „einem Alptraum einer militärischen Konfrontation“ gewarnt.

Statt die 1949 gegründete NATO nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen – laut Bundesrat (SIPOL 2016) – „beispiellosen Niedergang“ der russischen Streitkräfte aufzulösen, wurde sie benutzt, um unter Ausnutzung der damaligen Schwäche Rußlands zwischen 1999 und 2009 drei ihrer ehemaligen Teilstaaten, sechs ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes und vier ehemalige Mitglieder Jugoslawiens ins westliche Bündnis aufzunehmen, sich militärisch immer näher an Rußlands Grenzen festzusetzen und es immer wieder verletzend in die Schranken zu weisen. 2020 wurde noch Nord-Mazedonien vom Westen aufgenommen. Alles unannehmbare Provokationen Rußlands.

In der Ausgabe der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 3. Dezember („Putin fordert Sicherheitsgarantien“) erfährt der Leser, daß Putin nach verbindlichen Sicherheitsgarantien der NATO fragte und bestätigt haben wollte, daß das immer weitere westliche militärische Vorrücken nach Osten in Richtung russischer Grenze nun abgeschlossen sei und daß seine Sicherheitsinteressen entlang der Grenze vom Westen gewahrt würden. Die höchsten russischen Führer haben schon früher darauf hingewiesen, daß sie den Aufbau dieser westlichen Bedrohung an der Grenze nicht akzeptieren können und mangels einer gütlichen Einigung militärisch dagegen vorgehen könnten. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat Putins Forderung vom 1. Dezember 2021 sofort zurückgewiesen. Die NATO entscheide, wen sie aufnehme. Wie oben gesagt, der Westen führt das traditionelle Machtspiel auf Hochtouren weiter. Es richtet sich nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen das in allen wichtigen Bereichen rasch an die Spitze drängende China. (...)

Am 24. August 1991 erklärte sich die Ukraine für unabhängig. Das Volk stimmte im Dezember des gleichen Jahres zu. Im erwähnten NZZ-Artikel wird, wie üblich, die aggressive Politik des Westens, die zum heutigen Verhalten Rußlands führte, nicht erwähnt. Beschönigend schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ wörtlich: „2014 erlitt der Kreml eine Niederlage in der Revolution auf dem Maidan in Kiew und sah die Ukraine durch die USA und die NATO übernommen.“

Mit keinem Wort erwähnt die Zeitung, wie der Westen, angeführt durch die USA, nach der Unabhängigkeit der Ukraine dort mit fünf Milliarden US-Dollar die Opposition aufbaute und 2013 mit hohen Politikern und Mitgliedern der US-Regierung vor Ort den Umsturz orchestrierte. Schon in der Rußland-NATO-Tagung vom April 2008 hatte die NATO angekündigt, gelegentlich die Ukraine und Georgien aufzunehmen. Putin antwortete, falls das passiere, würden die Ost-Ukraine und die Krim abgespalten.



Wladimir Putin

Die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland, die für die Ukraine zuständig war, hat selbst ausführlich über ihre Besuche in der Ukraine zur Zeit des Aufstandes berichtet, wie andere westliche Beteiligte auch. In ihrer Rede in Genf vom 13. Dezember 2013 vor der US Mission to International Organizations informierte sie über die fünf Milliarden Dollar, mit denen die USA in der ganzen Ukraine 69 Organisationen und Bewegungen der Opposition aufgebaut und finanziert hatten. Sie sprach über ihre Reisen nach Kiew vor und während des Umsturzes, (zum Beispiel vom 5. Dezember 2013), wen sie dort alles getroffen und was sie alles unternommen hatte. Aber auch andere US-Körperschaften, zum Beispiel die NED (National Endowment for Democracy), eine der von der US-Regierung finanzierten paritätischen Stiftungen der US-Parlamentarier, die sich weltweit zur „Förderung der Demokratie“ in andere Länder einmischt, finanzierten und unterstützten den Aufbau der Opposition in der Ukraine. Der Milliardär Soros bestätigte nach dem Umsturz ebenfalls, seine Stiftung habe «eine bedeutende Rolle bei den Ereignissen gespielt“. (Übrigens begann damals die US-Flotte, den Hafen von Otschakow in der Ukraine für ihre Kriegsschiffe umzubauen.) In den Jahren unmittelbar vorher war der damalige Vizepräsident der USA, John Biden, sechsmal in der Ukraine gewesen, um sich mit Politikern abzusprechen. Sein Sohn Hunter Biden wurde zu einem Monatsgehalt von 50 000 Dollar in den Verwaltungsrat des dortigen großen Gaskonzerns Burisma Holdings aufgenommen.

Vor dem Umsturz wollte die Regierung der Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit der EU abschließen, aber gleichzeitig auch der von Rußland geschaffenen Zollunion beitreten. Rußland war immer noch ihr wichtigster einzelstaatlicher Handelspartner. Dafür hatte sie schon einen Vorvertrag unterschrieben. Aber sie hatte nicht mit der EU gerechnet. Am 25. Februar 2013 wurde sie von José Manuel Barroso, EU-Kommissionspräsident, vor ein Ultimatum gestellt: Sie müsse sich für die EU oder Rußland entscheiden. Worauf die Ukraine beschloß, die Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages mit der EU vorläufig zu verschieben (was zum Beginn des Aufstandes führte).

Ende 2013, zur Zeit des Umsturzes, war auch der mächtige US-Senator John McCain, Vorsitzender des US-Streitkräfteausschusses, in Kiew. Auch er traf sich mit der Opposition, darunter die Führer der rechtsextremen SWOBODA. Am 15. Dezember 2013 hielt er auf dem Maidan in Kiew eine Rede an die Opposition. Er versicherte ihr: „Amerika steht auf Eurer Seite.“ Eine Ungeheuerlichkeit in einem souveränen Staat! Außer ihm waren Victoria Nuland, die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, und andere europäische Parlamentarier und Politiker zu dieser Zeit immer wieder in Kiew, um den Umsturz zu unterstützen. Nuland vereinbarte in einem Telefonat mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt, das abgehört und veröffentlicht wurde, daß Arsenij Jazenjuk neuer Premierminister der Ukraine werden müsse. Am 27. Februar 2014 wurde er das unter Umgehung des verfassungsmäßigen Vorgehens auch. Die solange mit Rußland eng verbundene Ukraine sollte ins westliche Lager geholt werden. Erst am gleichen Tag, als der Umsturz quasi abgeschlossen war, überschritten russische Truppen die Grenze zur Krim. Putin verhinderte so, daß Sewastopol, der wichtige Hafen der russischen Flotte, unter die Kontrolle der USA geriet.

Gotthard Frick

Quelle: Zeit-Fragen, Zürich, Nr. 28/29, 14. Dezember 2021

Redaktionell gekürzt

Am 27. Februar begeht

## Jürgen Thiele

aus Berlin seinen 80. Geburtstag. Jürgen, der zu den Mitbegründern des „RotFuchs“-Fördervereins im Jahre 2001 gehört, hat als Kassierer dessen Finanzgeschäfte fast zwei Jahrzehnte verantwortungsbewußt, einsatzbereit und zuverlässig geführt. Dafür nochmals herzlichen Dank. Herzlichen Glückwunsch, lieber Jürgen, und alles, alles Gute für Dich.

Vorstand und Redaktion

# USA: Von der verlorenen Führungsrolle zum neuen Kalten Krieg und darüber hinaus

Wenn wir vom Kalten Krieg und dem neuen Kalten Krieg sprechen, können wir Marx nicht übersehen, wenn er uns im 18. Brumaire daran erinnert: „Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Obwohl die Versuchung fast unwiderstehlich ist, diesen Artikel zumindest mit einem Verweis auf die Ursprünge und das Wesen des vielschichtigen Konflikts zu beginnen, der nach dem Zweiten Weltkrieg begann und als Kalter Krieg bezeichnet wurde und sich bis zum Zerfall der UdSSR hinzog, werden wir durch die Dringlichkeit, die im Titel angekündigten Bedrohungen aufzudecken, und die Notwendigkeit, über die neuen Gefahren nachzudenken, denen wir alle durch die Aktionen der USA und der NATO gegen Rußland ausgesetzt sind, davon befreit.

Das Ende des Kalten Krieges, des ersten, galt als Abschluß der Kriege und Revolutionen nach dem endgültigen Triumph des Marktes, des Liberalismus und des Neoliberalismus, der durch den Washington Consensus gefördert worden war. Mit dem Zerfall der UdSSR im Jahr 1991 wurde die bipolare Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg für beendet erklärt, was der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seinem vorschnellen Dekret vom Ende der Geschichte bejubelte, das den endgültigen Triumph des Wirtschaftsliberalismus mit seinen politischen und sozialen Folgen und der liberalen Demokratie bedeuten sollte.

Auf die bipolare Welt folgte die unipolare, von den USA beherrschte Welt und mit ihr die Herrschaft des Neoliberalismus und der Globalisierung.

Zum Leidwesen von Fukuyamas Pseudowissenschaft begann die neugeborene unipolare Welt jedoch ab den 90er Jahren so schnell zu bröckeln, daß es bereits Mitte des Jahrzehnts (1994–1995) zu Krisen kam: die erste in Mexiko, gefolgt von der in Argentinien seit Alfonsín, der Hyperinflation und dem Austral-Plan, dann mit Menem und der Konvertierbarkeit des argentinischen Peso und auch mit De la Rúa und seiner Flucht per Hubschrauber aus dem Gelben Haus; gefolgt von den Krisen der asiatischen Tiger-Staaten und auch der von Rußland, welches das Ende der Geschichte in die vermeintlich freie Welt gestellt hatte; die von Brasilien mit der Abwertung des Real ... und alle begleitet von der zunehmenden Finanzialisierung der Wirtschaft.

Und es war die Finanzialisierung, die dafür sorgte, daß die Weltwirtschaft, die der USA und der reichen Länder, so funktionierte, wie es sich die neoliberalen Globalisierer vorgestellt hatten. Die Vereinigten Staaten erlebten einen außergewöhnlichen Aufschwung – ebenso wie unmittelbar nach

dem Zweiten Weltkrieg, als sie von den Schrecken und der Zerstörung, die dieser verursacht hatte, profitieren konnten – in dem sie ihren Haushalt ausglich, wuchsen und sogar als perfekte Wirtschaft galten, ein Ausdruck, der von der amerikanischen Presse bereits in den Tagen vor der Krise verwendet worden war, die an jenem fernem Schwarzen Dienstag im Oktober 1929 ausbrach. Und so war es bis Ende 2007 und auch 2008 bis zum Beginn dessen, was zunächst als Subprime-Krise, dann als Hypothekensenkrise, dann als Illiquiditätskrise, als Kreditkrise, als globale Krise bezeichnet wurde ...

Seit der Krise mit den vielen Namen wurden Maßnahmen in der Annahme ergriffen, daß es sich nur um eine weitere zyklische Finanzkrise handelte, so daß die Behandlung immer dieselbe war: Liquiditätsspritzen, Steuerenkungen, Zinssenkungen ... Alle Maßnahmen zielten darauf ab, daß die frei handelnden Märkte die Stabilität und Effizienz des Systems wiederherstellen würden. Es wurden also zwei Fehler gemacht: Erstens wurde nicht verstanden, daß die Krise bereits eine Krise des Kapitalismus selbst, des Systems selbst, und nicht Teil seines Regulierungsmechanismus war; zweitens, und eine Folge des ersten, wurde angenommen, daß die beschlossenen Maßnahmen die Krise lösen würden.

Da nicht berücksichtigt wurde, daß die Krisen als Krise des Systems vielfältig und eins sind – einschließlich derjenigen der US-Hegemonie und des Westens, in Wirklichkeit der USA und ihrer Vasallen- und Dienerstaaten – wurde die Strategie der Kontinuität des Globalisierungsprozesses, begleitet von der (für den Kapitalismus) unerwünschten Stärkung des Marktsozialismus, zum Fehlschlag. Während all dies den Prozeß der Finanzialisierung der Wirtschaft weiter vorantrieb, machte es gleichzeitig den Fehler der globalisierenden Geostrategie deutlich, die darauf ausgerichtet war, den Interessen der zunehmend transnationalen dominierenden Plutokratie (der 1 %) zu dienen, zusammen mit der Tatsache, daß die Nationalstaaten, die mit der Umsetzung einer solchen Strategie beauftragt waren, ebenfalls zunehmend transnationalisierte Staaten waren.

Und sie würde zwangsläufig scheitern, weil diese transnationalisierten Staaten, obwohl sie kein alleiniges Zentrum haben, Institutionen wie die G7, die G20, den IWF, die WTO, das Weltwirtschaftsforum (Davos-Forum) und Hunderte von Universitäten, Think Tanks, Expertenausschüsse, das Pentagon und Strukturen wie die NATO, jetzt auch die Quad, die Aukus und andere ähnliche militärische Strukturen nutzen und von ihnen verwendet werden, die ein Netzwerk bilden, das in der Lage ist, die Interessen des Großkapitals zu planen, zu koordinieren und zu verteidigen.

Da die Interessen des Großkapitals jedoch nicht die gleichen sind wie die der Parteien, aus denen es sich zusammensetzt, kann es paradoxerweise zu Unstimmigkeiten kommen, die nicht nur nicht zur Lösung der bestehenden Probleme, zur Stabilisierung der Märkte, zur Steigerung ihrer Effizienz und schon gar nicht zur Lösung der Probleme der Armut, der Ungleichheit, der Arbeitslosigkeit und der globalen Erwärmung beitragen, sondern auch die Widersprüche des Systems, insbesondere die seines Paradigmas, verschärfen und auch diejenigen mit seinen Partnern, einschließlich derjenigen, die ihm am nächsten stehen, wie die NATO, denn, wie „Das Kapital“ betont, „wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide encouragieren. Beweis: Schmuggel und Sklavenhandel“. Zu den Beweisen, die uns Marx seinerzeit vorgelegt hat, kommt heute noch der Kalte Krieg hinzu, der angesichts der erhöhten tödlichen Macht von Atomwaffen und den sie tragenden Hyperchallsystemen noch perverser geworden ist.

Die Analyse aus dieser allumfassenden Perspektive macht deutlich, daß, wenn im ersten Kalten Krieg die Tragödie die Folge des geopolitischen Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, vertreten durch die UdSSR, war, in dem der osteuropäische Sozialismus besiegt wurde, so wird in diesem neuen, in der Farce, die uns jetzt präsentiert wird, der Sozialismus nicht einmal erwähnt und hat auch nur formal mit Rußland zu tun, denn darin spiegelt sich, auch ohne es zu nennen, China wider.

Was dieser neue Kalte Krieg in Wirklichkeit zu verbergen versucht, ist der Niedergang des Kapitalismus und vor allem der Verlust der globalen Hegemonie der USA und sogar ihrer Fähigkeit, die Welt zu beherrschen. Bei der Inszenierung der Farce kann man übrigens nicht übersehen, daß, wenn das Ende des ersten mit Gorbatschow und der Perestroika (Umbau, Umgestaltung) in Verbindung gebracht werden kann, der zweite bereits mit Biden und „build back better“ (besser wiederaufbauen) verbunden ist.

In dem verzweifelten Bemühen, die geopolitischen Interessen der USA in Osteuropa aufrechtzuerhalten (das von der traditionellen Geopolitik immer noch als Teil des Kernlandes betrachtet wird und daher angeblich notwendig ist, um die Welt zu beherrschen), setzt die Regierung Biden weiterhin auf militärischen Keynesianismus, den Kalten Krieg und die NATO, was Europa akzeptiert, obwohl es gegen seine legitimen Interessen verstößt und die Welt in einen Paroxysmus der Absurdität treibt. Jenseits der Farce gibt es keine Wahl: Es gibt nur Raum für Rationalität und Vernunft.

Jorge Casals LLano

Quelle: [informacion@granma.cu](mailto:informacion@granma.cu), 29.12.21

# Tote an der polnischen EU-Außengrenze

Die deutsche Berichterstattung über Vorgänge an der Grenze zwischen der Republik Belarus und Polen sind außerordentlich tendenziös und frei von jeglicher Objektivität. Doch rutschten auch ab und zu Meldungen durch, in denen die gleichgeschalteten Medien über „Tod und Elend im Grenzgebiet“ (Deutsche Welle) berichten. Bereitwillig wird behauptet, daß dafür die Verantwortung auf belarussischer Seite liegen würde. Filmberichte zeigen jedoch, daß es hauptsächlich polnische Soldaten sind, die Gewalt ausüben. Sie setzen Schußwaffen, Tränengas, Blendgranaten, akustische Granaten, körperliche Gewalt u.a.m. gegen Flüchtlinge ein.

„Die EU wirft dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, Migranten gezielt an die EU-Außengrenzen zu schleusen, um Druck auszuüben und damit Vergeltung für EU-Sanktionen zu üben. Minsk weist die Vorwürfe zurück“, meinte das „Wahrheitsmedium“ ntv am 17.12.2021. In dem Bericht teilt der Sender mit, daß ein polnischer Soldat des 11. Artillerie-Regiments vermißt würde. Er soll in Belarus um Asyl gebeten haben.<sup>1</sup> Der Mann sagte aus, er habe gesehen, wie polnische Grenzschützer zwei Flüchtlingshelfer an der polnisch-weißrussischen Grenze erschossen. Daß es Tote an der Grenze gegeben hat, ist allgemein bekannt. Die Ursachen liegen im polnischen Grenzregime unter Bedingungen des Ausnahmezustandes. Somit können Menschenrechte, wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, ausgehebelt werden. Die polnische Regierung hat die Maske fallenlassen und die EU erweist sich als eine Festung, in der Menschenrechte, Demokratie und Freiheit zu Makulatur verkommen und keine wirklichen „Werte“ sind. Sie werden mißbraucht, um andere Länder zu diskreditieren. Polen ist Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und hat die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948 (Resolution 217) anerkannt. Im Artikel 3 steht: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“

Polen verstößt gleichfalls gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, die das Recht auf Leben gesetzlich schützt. Im Artikel 2, Recht auf Leben, heißt es: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt. Niemand darf absichtlich getötet werden, ...“ (Stand 1. August 2021) Dieses Recht scheint an den EU-Außengrenzen, insbesondere der Ostgrenze Polens, keine Gültigkeit zu besitzen.

Die belarussische Regierung hatte nach der Verhängung von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die mit angeblich gefälschten Präsidentenwahlen zusammenhängen, aufgehört, Geld für den Schutz der Grenzen gegen Asylsuchende in der EU auszugeben. Die Behauptung, daß Minsk sich zum Schleuser von Migranten mache, ist völlig unbewiesen und reine Propaganda.

Mit finanzieller Unterstützung der EU hat die polnische Regierung an ihrer Staatsgrenze begonnen, Grenzschutzmaßnahmen umzusetzen. Sie verhängte das Kriegsrecht an der Grenze. Somit gibt es keine objektive Berichterstattung über die dortige Lage. Helfern und Journalisten wird der Zugang zum Grenzgebiet und zu Asylbewerbern verweigert. Was wir erfahren, scheint nur sehr wenig die Realität widerzuspiegeln.



Polnisch-belarussische Grenze, Nov. 2021

Die sogenannte Migrationskrise an den Grenzen der östlichen NATO/EU-Staaten ist nicht durch Weißrußland verschuldet. Die Ursachen hierfür liegen in den geopolitischen und militärischen Bestrebungen des Westens unter Führung der USA, weltweit die Vormachtstellung zu erhalten. Die Anmaßung der USA und ihrer willigen Partner, anderen Staaten ihre Vorstellungen von Demokratie und Freiheit zu diktieren, führten in den letzten Jahrzehnten zu immer mehr bewaffneten Konflikten, Zerstörungen und wirtschaftlichem Rückgang. Sie lösten enorme Migrationsströme aus Nordafrika und dem Nahen Osten aus. Hier liegen die wahren Ursachen dafür, daß Weißrußland zum Transitland für politische und wirtschaftliche Flüchtlinge bzw. Asylsuchende geworden ist.

Im Hintergrund agieren professionelle, kriminelle Schleusergruppen, die am Migrations- und Fluchtprozeß Geld verdienen und immer neue Migrationsrouten erschließen, wenn bisherige Wege z.B. durch die EU bzw. einzelne EU-Staaten versperrt werden.

Im Falle Belarus scheint die EU von vornherein eine großangelegte Propagandaaktion geplant zu haben. Vorstellbar ist in diesem Zusammenhang, daß Migrationsströme bewußt beeinflußt wurden, um politisches Kapital daraus zu schlagen und weitere Sanktionen gegen Minsk verhängen zu können. „Statista“, ein deutsches Online-Portal für Statistik, weist für 2020 122 170 Asylanträge in der Bundesrepublik aus. Für 2021 stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rund 190 800 Asylanträge fest. Das sind 56 Prozent mehr als 2020.<sup>2</sup>

Die deutsche Bundespolizei registrierte 2021 insgesamt 11 213 unerlaubte Einreisen über Polen.<sup>3</sup>

Und die nächste Migrationswelle steht uns bereits bevor. Sie ist direkt darauf zurückzuführen, daß die USA und die NATO Afghanistan den Taliban überlassen haben. Das Bundesinnenministerium teilte dpa auf Anfrage mit, daß zum Jahresanfang rund 20 000 Afghanen auf eine mögliche Einreise in die BRD warten.<sup>4</sup>

Im Zusammenhang mit dem fluchtartigen Abzug der Kriegsmächte wurden die Vermögenswerte des afghanischen Staates gestohlen und eingefroren. Das betrifft insbesondere die Reserven der Zentralbank.<sup>5</sup> Somit ist der Kauf von dringend notwendigen Lebensmitteln für Afghanistan durch die Taliban blockiert. Nach zwanzig Jahren Krieg ist die Wirtschaft Afghanistans deformiert und liegt am Boden. Die Lebensmittelversorgung für Millionen Menschen ist nicht gesichert.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ging bereits im Oktober 2021 davon aus, daß die Wirtschaft in Afghanistan um bis zu 30 Prozent schrumpft. Der IWF prophezeit, daß mit fehlender Ernährungsgrundlage in Afghanistan eine Fluchtwelle einsetzen wird. In einer Modellrechnung wurde angenommen, daß eine enorme Belastung für die Nachbarländer entsteht, wenn nur eine Million Menschen dorthin fliehen. „Dies würde sich in Tadschikistan zu jährlichen Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge von 100 Millionen Dollar (1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) belaufen, im Iran auf etwa 300 Millionen Dollar (0,03 Prozent des BIP) und in Pakistan auf mehr als 500 Millionen Dollar (0,2 Prozent des BIP)“ (Deutsche Welle, 19.10.2021)<sup>6</sup> Anders ausgedrückt heißt das: Die Anrainerstaaten werden bei solchen Belastungen kaum die Flüchtlinge in der Region aufnehmen bzw. versorgen können.

Mindestens 18,8 Millionen Menschen sind in Afghanistan nach Angaben der UNO gegenwärtig nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren. Diese Zahl wird weiter zunehmen und in diesem Jahr auf 22,8 Millionen Menschen steigen.<sup>7</sup> Es ist eine Frage der Zeit, ob sich aus einer Hungerkrise eine weitere Migrationskrise wie 2015 in Richtung der EU entwickeln kann.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 <https://www.n-tv.de/politik/Polen-meldet-Grenzsoldaten-als-vermisst-article23007169.html>

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/>

3 [https://www.bundespolizei.de/Web/DE/04Aktuelles/01Meldungen/2021/10/staendige\\_aktualisierung\\_migrationslage.html](https://www.bundespolizei.de/Web/DE/04Aktuelles/01Meldungen/2021/10/staendige_aktualisierung_migrationslage.html)

4 [https://www.zeit.de/news/2022-01/01/rund-20000-afghanen-warten-auf-einreise-nach-deutschland?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/news/2022-01/01/rund-20000-afghanen-warten-auf-einreise-nach-deutschland?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

5 <https://www.rnd.de/politik/afghanistan-taliban-fordern-freigabe-von-geldreserven-und-warnen-vor-massenmigration-R4BQFUZRORJKEA4JE3RGYWXVM.html>

6 <https://www.dw.com/de/afghanistan-blickt-in-den-wirtschaftlichen-abgrund/a-59549669>

7 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-un-105.html>

# Warum die Schokolade in Europa so billig ist

Was für eine Aufgabe, dieses monströse „Francafrrique“, dieses militärisch-ökonomisch-politisch gewebte Netz neokolonialer wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Abhängigkeit zu denunzieren und Solidarität zu mobilisieren. Gerade heutzutage, wo koloniale Verbrechen des deutschen Imperialismus mit angeblich zivilisatorischen Verdiensten verbrämt werden, so wie der kolossale Ausbeutungsmechanismus im 3. Reich versucht wird, vergessen zu machen. Und besonders jetzt, wo die französische herrschende Klasse ihre Methoden der Beherrschung in Afrika zu verschleiern sucht – um nur zwei Stichworte anzuführen: Rückgabe gestohlener Kunstwerke, Rückzug der Militärbesatzung „Barkhane“.

Um so größer das Verdienst von Dr. Somavo Th. Vissiennon aus Leipzig, „Mafiafrika“ zu schreiben, eine „kurze Geschichte französischer Kolonien in Afrika. Der Sinn der Francafrrique“. (Als Vorsitzender des Vereins „Eine-Schule-für-Kingon e.V.“ stellte er mehrere Projekte in Benin auf die Beine.)

Ihn treibt an, wie er im Vorwort schreibt, „gemeinsam hinter die Kulissen zu schauen, damit Hilfe richtig ankommt und die afrikahelfenden Institutionen ihre Arbeit nicht nur als Ablaßhandel betrachten müssen“, mit dem man sich zu Luthers Zeiten von Sünden freikaufen konnte. Werner David „I.viss“ untermalt gekonnt seine Ausführungen, verdichtet die Intensität seiner Geschichten, die 106 Seiten lang betroffen machen. Dabei schreibt der Autor nicht über den 450jährigen Sklavenhandel und nicht über die Kolonisierung im 19. Jahrhundert. Er beginnt mit der sogenannten Befreiung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Eine Pionierarbeit, die Somavo Th. Vissiennon geleistet hat, denn im deutschsprachigen Raum gibt es nichts derartiges, den französischen Neokolonialismus entlarvend. Gut, im frankophonen Raum schrieb der Belgier Francois-Xavier Verschave (der die Worte „Francafrrique“ und „Mafiafrika“ geprägt hatte) bis zu seinem Tod 2005 dagegen an, der ehemalige Vorsitzende der „Association Suvie“, die mit ihrer Website und Taschenbüchern wie „Francafrrique. La famille recomposée“ beim Verlag Syllepse um Aufklärung bemüht ist und zu Solidaritätsveranstaltungen mobilisiert.

Nein, der Autor lieferte nicht eine fachhistorische Arbeit. Dazu bräuchte es nur, vorhandene Literatur ins Deutsche zu übersetzen. Er listet nicht die über fünfzig militärischen Interventionen Frankreichs auf, die seitdem für neokoloniale und seit den 80er Jahren für neoliberale Ordnung sorgten. Der Historiker mag bemängeln, daß ein Autor wie Patrick Pesnot, der 2014 mit Monsieur X in „Les dessous de la Francafrrique. Les dossiers secrets de Monsieur X“ nach Ländern geordnet, entlarvende Dokumente auswertete, in der Literaturliste nicht aufgeführt ist. Oder der Film von Patrick Benquet „Francafrrique. 50 annees sous le sceau de secret“, in dem der vom Krebs gezeichnete französische Botschafter in Benin gesteht, die Wahlen gefälscht zu haben. Somavo Theophile Vissiennon erzählt Geschichte in seinen Geschichten – und das macht die Stärke des Buches aus, auf daß der Zorn Solidarität mobilisiert. Er erzählt, wie er es sicher schon x-mal Freunden, aber auch seinen Kindern erzählt hat. Wie er selbst es wohl auch von seinem Großvater erzählt bekommen hat. Und er hat es endlich aufgeschrieben neben seiner Arbeit als promovierter Tiermediziner und es im Selbstverlag herausgegeben, den Kosten zum Trotz. Er habe keinen Verlag gefunden, sei „auch kein Günther Grass oder Gregor Gysi“ schrieb er mir. Er wendet sich an Deutsche, die von Afrika nur wilde Tiere, Katastrophen und Krieg kennen, denen die Zusammenhänge von Francafrrique oder imperialistische Ausbeutung vorenthalten werden.

Und Somavo Th. Vissiennon erzählt nicht als „servant“, sondern schlüpft listig in die Rolle des „masters“: französische Präsidenten und andere Handlanger des französischen Monopolkapitals, allen voran „Monsieur Afrique“ Jacques Foccart, der bis zu seinem Tod an den Strippen zog, oder der Sohn von Staatspräsident Mitterand Jean-Christoph, genannt „papa-ma-dit“ (Papa hat mir gesagt), bluttriefende Söldner und andere Militärputschisten nicht zu vergessen.

Somavo Vissiennon spricht „tacheles“, läßt das herrschende Diktum offen und unverblümt bis zu verbrecherischen Absichten zu Worte kommen, die zum Teil als Zitate belegt, aber immer auf realen Grundlagen basieren. Natürlich ist jede Seite unten gespickt mit erklärenden Anmerkungen, wissenschaftliche

Belege im Anmerkungsapparat animieren am Ende wissenschaftliches Weiterarbeiten. Das Buch liest sich wie ein Kriminalroman, bloß daß die Verbrecher straffrei ausgingen, solange nicht die Völker über sie zu Gericht sitzen. Somavo Theophile Vissiennon schreibt in verständlicher Sprache und demaskiert das gesteuerte System der Ausbeutung. Es ist keine „graphic novel“ wie die 2006 in Poitiers erschienenen fünf Bände von Gregory Jarry & Otto<sup>1</sup> T, deren Band 4 sich „Francafrrique“ widmet. Aber es gehörte in die Bibliotheken, besonders in den Schulen. Und es gehört in die Hand aufgeklärter (Groß-)Väter, die ihren Kindern und Enkeln diese Geschichten vorlesen und damit zu erklären suchen, warum zum Beispiel in Europa die Schokolade so billig ist.

Georges Hallermayer

weltsolidaritaet.blogspot.com



Somavo Th. Vissiennon/I.viss: „MAFIAFRRIKA. Kurze Geschichte französischer Kolonien in Afrika. Der Sinn der Francafrrique“, Leipzig 2021 109 Seiten, zu bestellen: [www.afrika2030.net](http://www.afrika2030.net)

- 1 Gregory Jarry & Otto T.: Petite histoire des colonies francaises, Poitier 2006  
Tome 1: l’Amerique francaise  
Tome 2: l’Empire  
Tome 3: la decolonisation  
Tome 4: La Francafrrique  
Tome 5: les Immigrés:

## Im Hohen Norden gegen Rußland

Der eskalierende Konflikt mit Rußland erfaßt den Hohen Norden und führt zu Aufrüstung und Manövern der Bundeswehr für Operationen im Europäischen Nordmeer. Dies geht aus einer aktuellen Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hervor. Wie es in der Studie heißt, gewinnt insbesondere die Seepassage zwischen Grönland, Island und Großbritannien (GIUK Gap) an Bedeutung, die von

der russischen Marine durchquert werden muß, will sie in den Atlantik einfahren. Die GIUK Gap galt bereits im Kalten Krieg als hochwichtig, um eventuelle sowjetische Attacken auf den Nachschub aus Nordamerika nach Europa, aber auch sowjetische Angriffe von See her auf die USA zu verhindern. Island, mitten in dem Seegebiet gelegen, habe „den geopolitischen Status einer Art Schlachtfeld“ gehabt, berichtet der

ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Admiral James Stavridis. Die Bundeswehr erhält Seefernaufklärer und U-Boote für Milliarden-summen, um in der GIUK Gap operieren zu können. Zudem bereiten sich deutsche und niederländische Spezialkräfte gemeinsam auf Operationen im Hohen Norden vor.

Quelle: *german-foreign-policy*, 16.12.21

# Die Neue Seidenstraße Chinas in Lateinamerika

Am 10. Dezember 2021 stellten die Volksrepublik China und die Republik Nicaragua diplomatische Beziehungen her. Beide Seiten stimmten darin überein, vertrauensvolle Bande zwischen den Ländern auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, des Nicht-Angriffs, der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit, des gegenseitigen Wohlstands und der friedlichen Koexistenz zu knüpfen.

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega erklärte, Mittel- und Südamerika werde von der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China profitieren. Für die Völker Mittelamerikas habe die USA-Dominanz bisher keinen Wohlstand gebracht. Er betonte: „Guatemala, Honduras und Panama waren hundert Jahre lang Finanzpartner der USA. Die Banken und Konzerne der Wall Street haben in diesen Ländern fast freie Hand. Das Ergebnis können alle sehen: Skandalöse Armut, Macht des Drogenhandels und wachsende Kriminalität.“

Für viele in Mittelamerika und Mexiko macht die unkontrollierte Vorherrschaft der USA-Konzerne das Leben unerträglich. Sie sehen sich gezwungen, in die USA auszuwandern. Jeden Tag werden entlang der Grenze zu den USA Leichen gefunden. Dieses Schicksal ist Alltag in den meisten mittelamerikanischen Ländern.

In Honduras könnte sich das jetzt mit der linksorientierten Präsidentin Xiomara Castro ändern. Sie kündigte an, die Beziehungen mit Taiwan zu beenden und sich der VR China zuzuwenden. Es ist auch zu erwarten, daß sich Honduras stärker in ALBA-TPC und CELAC engagiert.

Nicaragua ist eine Ausnahme in der Region. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn wird Nicaragua nicht von prowestlichen und marktorientierten Regimes geleitet. An der Macht sind die Sandinisten. Das Lebensniveau steigt, die Wirtschaftskraft wächst kontinuierlich. Das *Wall Street Journal* schrieb, daß zwischen 2005 und 2014 die Armut in Nicaragua um 30 Prozent zurückging, während das BIP zwischen 2007 und 2016 um 36 Prozent anstieg. Die Sabotage und die Sanktionen der USA haben in Nicaragua, das nicht so stark von Importen abhängig ist und seine Lebensmittel größtenteils selbst produziert, einen geringeren Effekt.

Die Beziehungen zwischen Nicaragua und der VR China werden politischen und kommerziellen Charakter tragen. Der politische Aspekt besteht im überaus starken Druck der USA und der OAS auf Nicaragua, vertreten durch den Generalsekretär Almagro. Sie drohen damit, die Demokratische Charta der OAS gegen Nicaragua anzuwenden. Nun hat aber Nicaragua diese Organisation verlassen. Nach Interpretationen einiger Experten wird jetzt gedroht, Nicaragua aus dem Freihandelsvertrag mit Zentralamerika auszuschließen, was Schwierigkeiten für die Fortsetzung der politischen,

diplomatischen und kommerziellen Beziehungen zwischen Nicaragua und einem Teil Lateinamerikas auslösen könnte.

Ein anderes Argument besteht darin, daß die Anwendung der Demokratischen Charta der OAS nicht so einfach sei. Die Verflechtung der Handelsbeziehungen zwischen den zentralamerikanischen Ländern würde beim Scheitern der bestehenden Verträge mit Managua dazu führen, daß sich die Partner neue Märkte suchen müßten. Das wäre für die bisherigen Handelspartner Nicaraguas weniger vorteilhaft. Den Preis für das kriminelle Wüten der USA müßten ihre folglosen Verbündeten bezahlen.

Mit der Öffnung des chinesischen Marktes ist der Exportumschlag Nicaraguas abgesichert. Die Gefahr, die Exporte nach Nicaragua zu blockieren, falls sich Managua nicht dem Willen des Imperiums fügt, kehrt sich um. Die Beendigung der Beziehungen mit Taiwan und die Wiederaufnahme der Beziehungen zur VR China haben einen absoluten Wert, sowohl taktisch als auch strategisch. Taktisch, weil die Auswirkungen der Handelssanktionen der OAS und der USA mit dem Gesetz „Renacer“ und der Europäischen Union enorm eingeschränkt werden. Strategisch, weil die VR China einen politischen Schutz auf höchstem Niveau vermittelt. Die VR China hat ein internationales Gewicht, das dem Westen Paroli bieten kann. Sie hat mit Rußland einen politisch-militärischen Vertrag.

Für das Wirtschaftswachstum Nicaraguas ist die enge Verbindung zur VR China von entscheidender Bedeutung. Die Volksrepublik ist in das größte Projekt Nicaraguas eingebunden: den Bau eines schiffbaren Kanals zwischen dem Karibischen Meer und dem Pazifischen Ozean – ein Projekt im Wert von 50 Milliarden US-Dollar und eine Alternative zum Panama-Kanal. Das Projekt ist Teil der Seidenstraße-Initiative.

Mit diesem Vorhaben übernehme Nicaragua eine Führungsrolle in Zentralamerika. Andererseits hätte die VR China mit Nicaragua einen Partner auf ihrem bevorzugten Seeweg über zwei Ozeane, den Pazifik und den Atlantik. Strategisch betrachtet ist das von enormer Bedeutung für beide Länder, für ganz Lateinamerika und die Karibik. Welche Möglichkeiten eröffneten sich Kuba, wenn die chinesischen Ozeanriesen in ihren Überseehäfen ankern könnten?

Mit der Entscheidung Managuas, diplomatische Beziehungen zu Beijing herzustellen, erhält die Unterstützung Mittel- und Lateinamerikas durch die VR China eine neue Dimension. Vereinbart wurde, daß Nicaragua aktiv am Projekt der Neuen Seidenstraße Chinas teilnehmen wird.

Nicaragua ist wie Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras Mitglied des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes (MCCA). Die VR China ist heute der zweitgrößte Handelspartner im MCCA. Es liegen also neue Optionen auf dem Tisch.

Der Schritt Nicaraguas kann als Gegenmaßnahme zur Infrastrukturinitiative der USA „Build Back Better World“ verstanden werden. Dieser Plan gibt an, stark zu investieren. Es wachsen Zweifel an den realen Kapazitäten der USA, den Vorschlägen der VR China Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die Länder des MCCA benötigen Investitionen. Washington verbindet damit Restriktion und Einmischung, die VR China nicht. Die Länder werden aufmerksam darauf schauen, wie die VR China die Entwicklung der Infrastruktur in Nicaragua finanziert, in Projekte investiert und den Handel entwickelt.

Die VR China konsumiert in bedeutendem Maße Lebensmittel, Mineralien, Metalle und Treibstoffe aus der Region. Der Handel, die Finanzhilfe und die Investitionen sind Schlüsselpositionen, mit denen Lateinamerika und die Karibik unabhängig vom Charakter der Regierungen die Wachstumsprobleme meistern können.

Die asiatische Nation ist der zweitgrößte Handelspartner Lateinamerikas und der Karibik vor der Europäischen Union. Sie ist die drittgrößte Investitionsquelle der Region. Chile hat seit 2006 einen Freihandelsvertrag mit der VR China. Hier kann sich einiges entwickeln. Nach der ersten Wahlrunde im November 2021 lag der Kandidat der extremen Rechten und Sohn eines deutschen Wehrmachtsoffiziers José Antonio Kast vorn. Zweiter wurde der Kandidat des progressiven Bündnisses „Apruebo Dignidad“ Gabriel Boric. Am 19. Dezember fand die Stichwahl zwischen Kast und Boric statt. Gabriel Boric gewann, Kast erkannte den Wahlsieg an. Peru gilt als Beispiel für Investitionen der chinesischen Betriebe auf dem Kontinent. Nach Informationen des Forschungszentrums China-Mexiko (CeChiMex) unterhält der östliche Gigant 138 Infrastrukturprojekte in Lateinamerika in einem Umfang von 94 Milliarden US-Dollar und mit 600 000 Arbeitsplätzen.

Die wachsende Präsenz der VR China in einem traditionellen Einflußgebiet der USA geht mit der wachsenden Unruhe Washingtons einher. Das Imperium versucht, den Einfluß der östlichen Macht aufzuhalten und ihn auf die Wirtschaftssphäre zu begrenzen. Beijing verhandelt bedächtig, investiert und vergibt Darlehen, ohne Bedingungen an politische Kriterien zu stellen. In einem Interview mit der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* erklärte der bolivianische Ex-Präsident Evo Morales: „China unterstützt unsere Entwicklung, ohne uns zu erpressen. Die USA dagegen machen ihre Hilfe davon abhängig, daß wir unsere natürlichen Ressourcen und Grunddienstleistungen privatisieren.“

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

gestützt auf Informationen von teleSUR

# Japan ist China keineswegs moralisch überlegen

**B**erichte über den wahrscheinlichen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking durch Tokio wegen der Menschenrechte in China erscheinen besonders kraß, weil sie ausgerechnet mit dem Jahrestag japanischer Gräueltaten 1937 in China zusammenfielen.

Am 13. Dezember jährte sich das Massaker von Nanking zum 84. Mal. „Diese Vergewaltigung von Nanking“ ging in die Geschichtsbücher ein, weil Japans kaiserliche Armee schätzungsweise über 200 000 Chinesen brutal getötet und die Stadt bei der Einnahme komplett verwüstet hat. Die Gräueltaten ereigneten sich während des Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieges, mit dem Japan versuchte, ganz China zu erobern und zu besetzen. Jeder, der auch nur über elementare Kenntnisse der chinesischen Geschichte verfügt, sollte wissen, daß dieses Massaker das sensibelste und traumatischste Ereignis für die chinesische Nation in der Neuzeit ist – nicht zuletzt deshalb, weil Japan aus chinesischer Sicht weder für seine Gräueltaten gesühnt noch sich jemals gebührend dafür entschuldigt hat.

Und dann stellte sich an diesem düstersten aller Jahrestage heraus, daß Japan ernsthaft erwägt – zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen anglophilen Ländern –, „aus Gründen der Menschenrechte“ einem diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking im kommenden Februar beizutreten. Das ist für China in mehrfacher Hinsicht ein Schlag ins Gesicht, nicht zuletzt, weil Peking noch im vergangenen Sommer Tokio bei den Olympischen Spielen entscheidend unterstützt hat. Daß Japan in Menschenrechtsfragen gegenüber China eine Position der moralischen Überlegenheit einnimmt, gilt nach einer so schrecklichen Erinnerung wie Nanking als würdelos, unsensibel und arrogant.

Nachdem ich auf Twitter die Heuchelei der Haltung Japans in Fragen der Menschenrechte hervorgehoben hatte, antwortete mir ein User: „Das war 1937.“ Die Logik dieses „Arguments“ als Entkräftung spiegelt ein bekanntes Muster im anglophonen Denken wider: Daß nämlich die einst in grauer Vergangenheit in ihrem Namen begangenen Gräueltaten heute einfach keine Rolle mehr spielen.

Die offensichtlich notwendige Erwiderung auf diese Antwort lautet: Wenn China vor so langer Zeit eine solche Tat begangen hätte, würde man dann China jetzt genauso behandeln wie Japan? Wären seine Missetaten vergessen? Absolut nicht. Hier scheint ein logischer Trugschluß im Spiel zu sein, nämlich daß das Verstreichen der Zeit irgendwie den Freispruch vor der Gerechtigkeit bewirkt, zumindest, weil einige Länder sich selbst ja zu den „Gerechten“ zählen.



**Symbolbild: Nationaler chinesischer Gedenktag in Nanking am 13. Dezember 2018**

Aber wenn wir dieselbe Logik etwa auf den Holocaust anwenden würden, würde man sie zurecht weithin als empörend verurteilen. Heilt die Zeit alle Wunden, macht die Zeit die Schwere der Greuelthaten rückgängig? Natürlich nicht. Warum also sollte China die Greuel von Nanking einfach vergessen, wenn sich dieses Land der Täter – ganz im Gegensatz zu dem, was mit Deutschland und den Nazis nach dem Krieg geschah – niemals wirklich seiner Schuld stellen mußte?

Als das Kaiserreich Japan schließlich vor den Vereinigten Staaten kapitulierte, wurde das bestehende imperiale Regime einfach in ein neues System integriert. Aufgrund der Tatsache, daß die USA die ausschließliche Gerichtsbarkeit über das besiegte Land hatten – und nicht etwa wie in Deutschland auf die Sowjetunion Rücksicht nehmen mußten – wurde Japan umgehend zu einem strategischen Vorteil umgewandelt, um die Dominanz der USA in Asien auszubauen. Dies erklärt auch, warum Japan für seine Kriegsbarbarei weitgehende Absolution erteilt wurde.

Einzig aus diesem Grund konnten all die Wunden, die von den Japanern den Ländern Asiens zugefügt wurden, nicht heilen. Ob in Korea oder in China, die Ressentiments sind bis heute dieselben. Während Japan und China in der Praxis gelernt haben, miteinander zu leben – der Handel zwischen Tokio und Peking beispielsweise ist enorm –, so hat die traumatische Erfahrung von Ereignissen wie Nanking dennoch unauslöschliche Spuren in Chinas zeitgenössischer nationaler Identität hinterlassen. Die Kommunistische Partei rühmt sich, am antijapanischen Kampf teilgenommen und die Souveränität der Nation vor dem Hintergrund eines Jahrhunderts ausländischer Aggression wiederhergestellt zu haben, in der Nanking die schrecklichste Gräueltat auf chinesischem Boden war.

Die Narben sind so tief, daß jeder Jahrestag von Nanking zu einem Moment kollektiver Staatstrauer in ganz China geworden ist. Jedes Mal, wenn ein älterer Überlebender des Ereignisses stirbt, wird in den Medien ausführlich darüber berichtet. Wenn Japan dies ignoriert und nun eine Position der moralischen Überlegenheit gegenüber China einnehmen will, ist das stets eine ausdrückliche Beleidigung für jeden einzelnen Chinesen. Das gilt als perfektes Beispiel für Japans Mangel an Reue und Sensibilität gegenüber seinem imperialen Erbe, das es hinter seinen Beziehungen zu den USA versteckt.

Dessen ungeachtet hoffen viele Menschen mit dem Aufstieg Chinas, mit dem eine Verschiebung der Machtverhältnisse einhergeht, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem sich Japan zur Selbstbesinnung gezwungen sieht. Während Japan einst ein Wirtschaftsgigant war, ist Chinas Wirtschaft heute dreimal so groß. Und der Abstand wird von Jahr zu Jahr größer. Bis Ende 2021 wird Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 8 Prozent wachsen, während das von Japan um 3 Prozent schrumpfen wird. Im Jahr 2020 wuchs Chinas BIP noch um 2,1 Prozent, während das von Japan sogar um 4,59 Prozent sank.

**Tom Fowdy**

*Quelle: RT deutsch, 27. 12. 2021*

*Tom Fowdy ist ein britischer Autor und Analytiker für Politik und internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Ostasien.*

## Europas Macht erodiert

**D**as Potenzial der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für ihre globale Machtentfaltung erodiert und kann mit demjenigen der Vereinigten Staaten und Chinas nicht mithalten. Das bestätigen Angaben, die einem soeben publizierten „Power Atlas“ des European Council on Foreign Relations (ECFR) zu entnehmen sind. Demnach geht nicht nur die relative ökonomische Stärke der EU und Deutschlands systematisch zurück; auch beim Anteil der

Großkonzerne mit starkem globalem Einfluß verliert die Bundesrepublik. Vorn liegt jeweils China. In High-Tech-Branchen wie Künstlicher Intelligenz, Quantencomputing, Robotik und ähnlichem dominieren die USA und China; die EU, stellt der ECFR fest, „hält nicht mehr mit“. Dabei werde künftig die „Geopolitik von Ländern und Unternehmen beherrscht“, die auf genau diesen Feldern herausragende Fähigkeiten besäßen. Mit Abstand vorn liegen die

westlichen Mächte, angeführt von den USA, nur noch beim Militär – beim Volumen ihrer Militärausgaben, bei der Zahl der Militärstützpunkte im Ausland. Das Militär könnte deshalb zentrale Bedeutung beim Versuch des Westens erhalten, die schwindende globale Dominanz gegen China zu verteidigen.

*Quelle: german-foreign-policy, 15.12.21*

# Da steht Sozialismus nicht nur drauf

Zum 75. Geburtstag der Zeitung „Junge Welt“, der heutigen „junge Welt“

Am 12. Februar 1947 erschien die „Junge Welt“ zum ersten Mal. Im Untertitel stand „Zeitung der Jugend“, im Impressum war der Zentralrat der FDJ als Herausgeber angegeben. Vorerst war sie eine Wochenzeitung mit einer Startauflage von 12 500 Exemplaren. Deutschland lag nach Faschismus und Weltkrieg in Trümmern, der Kalte Krieg zeichnete sich ab und faschistisches Gedankengut regte sich wieder. Unser Genosse Armin Lufer hat zum 70. Jubiläum der Zeitung beschrieben, auf welches Echo er mit ihr 1947 in seinem Ausbildungsbetrieb stieß: „Dort in der Pößnecker Lohestraße machte ich meine Mitlehrlinge und die jungen Zimmermannsgesellen mit der ‚Jungen Welt‘ bekannt. Das mußte mit Fingerspitzengefühl geschehen. Denn ich wußte, daß die meisten meines Alters ihre HJ-Jahre nicht vergessen hatten und sich nicht mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung anfreunden wollten. Besonders schwierig wurde es für mich, als ich als angehender Zimmermann zur Demontage des damals sehr bekannten Wirtschaftsfachverlages Vogel abkommandiert wurde. Dessen Druckerei war als Reparation für die Sowjetunion bestimmt worden. Alle Maschinen und Geräte mußten fachgerecht abgebaut, in Kisten verpackt, zum Transport vorbereitet und verladen werden. Mir als FDJler sagten einige, ich solle doch über die Zerstörung des Betriebes und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen in der ‚Jungen Welt‘ berichten, ich sei doch dafür, daß über den ‚Aufbauprozeß in der Presse‘ geschrieben werde.“

Am antifaschistischen und antiimperialistischen Kurs hielt die „Junge Welt“ fest und hatte Erfolg. Während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 in der DDR-Hauptstadt fand ein Probelauf für die Tageszeitung „Junge Welt“ statt. Die startete am 1. März 1952 mit einer Auflage von etwa 261 000 Exemplaren. Mit ihr verbanden sich viele Neuerungen im DDR-Journalismus, wie die wöchentliche Seite mit Antworten auf Leserfragen, die Wochenendbeilage „Du und deine Zeit“, die Kolumne „Offene Worte“ von Gerhart Eisler, die regelmäßige Literaturbeilage „Du und das Buch“ oder die Rubrik „Unter vier Augen“, in der Leserfragen rund um Pubertät und Partnerschaft beantwortet wurden. Jutta Resch-Treuwerth, die diese Kolumne von 1971 bis 1992 betreut hatte, schrieb von 2013 bis zu ihrem Tod 2015 für die heutige „junge Welt“ erneut unter diesem Titel.

Das Profil, das die „Junge Welt“ mit Texten dieser Art erhielt, bildete sich zusammen mit der Offensive heraus, die Walter Ulbricht Ende Anfang der 60er Jahre unter der Losung „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“

eingeleitet hatte. Es ging nicht zuletzt darum, die „Hausherren der Zukunft“ nach Schließung der Grenze 1961 für den Sozialismus zu gewinnen und ihre Mitwirkung auf allen Ebenen von Gesellschaft und Staat zu sichern – so war es im Jugendkommuniqué des Politbüros 1963 und in der Neufassung des Jugendgesetzes 1964 verankert. Vor allem war es mit der Förderung einer aufklärerischen, internationalistischen, einer sozialistischen



DDR-Jugendkultur verbunden. Daran hatte die „Junge Welt“ zusammen mit dem Jugendsender DT 64 großen Anteil, kein Wunder, daß sie bald beliebteste Tageszeitung der Republik war. Ab 1960 wurden täglich zwei Ausgaben produziert: eine Republikausgabe (A) und eine aktualisierte Ausgabe für Berlin und das Umland (B). Im Juli 1966 überschritt die Auflage erstmals die Marke von 300 000 Exemplaren, 1977 erreichte sie die Millionengrenze. 1990 waren es 1,6 Millionen Exemplare. Hier ist nicht Platz, die Geschichte nach 1990 zu erzählen. Sie reiht sich ein in die kriminelle Ausplünderung von ertragreichen DDR-Betrieben – selbst bei rasch sinkender Auflage konnten mit der Zeitung noch Millionen D-Mark verdient werden – und der willigen Mithilfe mancher, die ihre sozialistische Weltanschauung nicht schnell genug an der Garderobe des imperialistischen Theaters abgeben konnten. 1994 war die Auflage auf etwa 30 000 Exemplare gesunken, das Aussehen der Zeitung änderte sich, seitdem schreibt sich die Zeitung „junge Welt“ (jW) und ist heute eine von acht überregionalen Tageszeitungen der BRD – die einzige, die von Parteien und Konzernen in der Tat, nicht nur formal, unabhängig ist. 1995 schickte der Westberliner Eigentümer die Belegschaft wegen Konkurs nach Hause, einige aber kauften ihm die Zeitung ab, gründeten eine Genossenschaft für die Herausgabe und retteten die „junge Welt“ auch durch den Putsch, den ein Teil der Redaktion unter Führung Jürgen Elsässers 1997 anzettelte. Das Geschehen reduzierte

die Auflage noch einmal um mehr als die Hälfte und dürfte Zweck der Veranstaltung gewesen sein. Die Tageszeitung aber gab nicht auf. Elsässer gibt heute „Compact“, das Sprachrohr des AfD-Naziflügels, heraus. Die von ihm damals gegründete angeblich linke, vor allem aber Verwirrung produzierende Zweiwochenzeitung „Jungle World“ existiert noch immer. Seit damals beobachtet das Bundesamt für Verfassungsschutz die „junge Welt“ und ihre

Redakteure und erwähnt sie rechtswidrig in seinen Jahresberichten. Das hat mit Inhalten und Personen zu tun: Die Mannschaft, die im Mai vor 25 Jahren die „junge Welt“ übernahm, knüpfte an die Tradition von 1947 und die DDR an. Profilbestimmend sind Antifaschismus, die soziale Frage, die Verteidigung des Sozialismus und vor allem die Aufdeckung der imperialistischen Kriegsgefahr. Jeden Tag eine Zeitung gegen den Krieg herzustellen, ist das Motto der Redaktion. Das trug der Zeitung viele neue Leser ein, die Auflage stieg und die ökonomische Grundlage konsolidierte sich. Diese Tatsache und die Orientierung der Zeitung garantieren ihr den Haß der Herrschenden, aber

auch immer wieder den vermeintlicher Linker. Zwei Beispiele: Am 13. August 2011 veröffentlichte die „junge Welt“ auf der Titelseite ein Foto mit Genossen der Kampfgruppen vom 13. August 1961 vor dem Brandenburger Tor und schrieb dazu: „Wir sagen einfach mal Danke!“. Die Regierungssozialisten in der Partei Die Linke und ihr Anhang reagierten hysterisch, den Vogel schoß Hubertus Knabe ab, der jW als „Stürmer“ von links“ bezeichnete. Das „RotFuchs“-Kollektiv unter Leitung von Klaus Steiniger urteilte im Septemberheft 2011 dagegen: „Wir beglückwünschen die ‚junge Welt‘ – seit dem 13. August das Flaggschiff der linken Tagespresse in der BRD – zu ihrem mit Standhaftigkeit und Witz gepaarten Bekennermut. (...) Die jW kontrastiert scharf mit dem Bild, das andere bieten. Wir meinen nicht allein jene, deren alle bisherigen Dimensionen sprengende Haßausbrüche gegen die angeblich mausetoten Kommunisten und Sozialisten Tag für Tag den Beweis liefern, daß sie uns nicht erschlagen haben. Nicht weniger schlimm als die offenen Klassengegner sind die Feinde in den eigenen Reihen, die uns das Messer in den Rücken stoßen. Wir meinen damit das wehleidige Gewinsel und das wütende Gekläff der Eingeknickten, Abschwörenden, sich selbst in Frage Stellenden, die Nachahmer der kleinen Schabowskis und die Anbeter jener Knäblein, die für die schmutzige Ausbeuterwelt den ‚Stürmer‘ abgeben.“ Das andere Beispiel: Als im Frühjahr 2014 Elsässer und der Medienunternehmer Ken Jepsen sich unter beachtlicher Resonanz in

Berlin daran beteiligten, eine „neue“ Friedensbewegung, die sich gegen eine vorgebliche „alte“ richtete, aus der Taufe zu heben, machte jW darauf aufmerksam, daß nicht nur in der Hauptstadt bekannte Neonazis wichtige Positionen anstreben oder die Führung zu übernehmen versuchten. Das genügte, um eine Boykottkampagne angeblich linker Kräfte gegen die Zeitung loszutreten. Der groteske Vorwurf u. a.: Die Zeitung wende sich von der Linie Dimitroffs gegen den Faschismus ab. Unter verschiedenen Vorwänden – von Migration über Klimabewegung bis zur Corona-Leugnung – setzen sich Aktionen dieser Art bis heute fort und münden immer wieder in Aufrufen zur Abbestellung. Das schadete der Zeitung, allerdings nicht ernsthaft. Die von ihr und mehr als 30 anderen Organisationen im Januar jedes Jahres veranstaltete Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz entwickelte sich mit vor der Pandemie mehr als 3 000 Teilnehmern zum größten Neujahrstreffen der deutschen Linken. Die aus der Musikzeitschrift „Melodie und Rhythmus“

vom jW-Verlag entwickelte „Zeitschrift für Gegenkultur“ m&r verzeichnete eine gute Entwicklung.

Im vergangenen Jahr folgte daher mit einer gewissen Folgerichtigkeit der Frontalangriff des Verfassungsschutzes. Diese Attacke kann ebenso wie der versuchte Ausschluß der DKP von der Bundestagswahl auch für den „RotFuchs“ von großer Bedeutung werden. Kern der diesmal offenen Geheimdienstoperation ist: Ein journalistisches Produkt wurde erstmals von Bundesbehörden als „verfassungsfeindliche Gruppierung“ eingestuft. Der Zeitung, erklärte das Bundesinnenministerium im Mai 2021 auf eine Anfrage der Linke-Fraktion im Bundestag, solle „der Nährboden entzogen werden“, d. h. ihre ökonomische Grundlage beseitigt werden. Es geht um maximalen wirtschaftlichen Schaden. Dazu ist selbstverständlich jedes Mittel recht und sei es noch so absurd. Als jW gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht im September 2021 Klage erhob, legte das Bundesamt dem Gericht einen fast 300 Seiten umfassenden Schriftsatz vor.

Der Hauptvorwurf darin lautet, jW sei marxistisch orientiert. Denn Marxismus sei auf Kompromißlosigkeit, Intoleranz und Feindschaft gegenüber abweichenden Meinungen gegründet und deswegen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet. Wer von „Klasse“ spreche, hatte schon das Bundesinnenministerium behauptet, verstoße gegen die im Grundgesetz verankerte Unantastbarkeit der Menschenwürde (siehe dazu die Seiten 7 und 8 in der Wochenzeitung „Unsere Zeit“ vom 7. Januar). An ihrem 75. Geburtstag hält jW ungeachtet aller Anfeindungen Kurs. Es ist der, den die Zeitung 1947 eingeschlagen und in der DDR weiterentwickelt hat: Für eine sozialistische Gesellschaft, die nicht mehr den Krieg in sich trägt, für Antifaschismus und antiimperialistische Solidarität. 2011 forderten Klaus Steiniger und seine Mitstreiter ihre Leserinnen und Leser auf: „Lest und stärkt die ‚junge Welt‘ – da steht nicht nur Sozialismus drauf, da ist auch welcher drin!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

**Arnold Schölzel**

## Geleitwort des FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker zur ersten Ausgabe am 12. Februar 1947

Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, mit altem Elan, der jungen Menschen eigen ist, die Interessen der jungen Generation zu vertreten. Diese Aufgabe ist keine leichte. Viel leichter wäre es, in den Chorus derer einzustimmen, die sich in der bloßen Aufzählung negativer Erscheinungen mit der „verlorenen Generation“ beschäftigen. Wollten wir auch in diese Linie einschwenken, bräuchte unsere Zeitung nicht zu erscheinen. Die Junge Welt stellt sich die Aufgabe, der Jugend den Weg in die Zukunft zu weisen. Sie ist daher das Sprachrohr der Hundert-

tausenden, die diesen Weg bereits beschritten haben. Die Junge Welt bekennt sich zur fortschrittlichen Demokratie, die das Mitbestimmungsrecht der Jugend in sich schließt. Die Junge Welt wird alle die entlarven, die unter dem Deckmantel der Demokratie jugendfeindliche Maßnahmen durchführen wollen. Sie wird daher Freunde der Jugend Freunde und Feinde der Jugend Feinde nennen. Die Junge Welt wird unentwegt für Frieden, Freiheit und Recht eintreten. Sie wird die freundschaftlichen Beziehungen zur Weltjugend pflegen und

die Einigungsbestrebungen der deutschen Jugend fördern. Die Junge Welt soll in der Hand der Freien Deutschen Jugend eine Waffe sein in ihrem Kampf für die Durchsetzung und Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation, der Verteidigung der Einheit der Jugend und der Herstellung der Einheit Deutschlands. Sie wird diese Aufgabe um so eher erfüllen können, je mehr Jungen und Mädels aus Stadt und Land, aus Fabriken und Kontoren sie als ihre Zeitung betrachten und an ihrer Ausgestaltung mitarbeiten.

### Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

#### Zum 99. Geburtstag

Dr. Paul Reiter (Markkleeberg) am 3. Februar

#### Zum 95. Geburtstag

Karlaugust Arndt (Rostock) am 10. Februar

#### Zum 94. Geburtstag

Karl Dlugosch (Strausberg) am 8. Februar  
Georg Schulze (Eberswalde) am 20. Februar  
Ilse Thiel (Berlin) am 24. Februar

#### Zum 93. Geburtstag

Armin Lufer (Oranienburg) am 11. Februar  
Hans Krüger (Torgau) am 16. Februar

#### Zum 92. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

#### Zum 91. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar  
Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar  
Dr. Helga Lange (Rostock) am 9. Februar  
Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde) am 24. Februar

#### Zum 90. Geburtstag

Heinz Gaida (Erfurt) am 7. Februar  
Charlotte Koch (Satow, OT Hanstorf) am 26. Februar

#### Zum 85. Geburtstag

Hans-Joachim Köhler (Chemnitz) am 3. Februar  
Siegfried Hess (Graag-Müritz) am 9. Februar  
Siegfried Behlke (Eberswalde) am 11. Februar

#### Zum 80. Geburtstag

Sigrid Aé (Halle) am 12. Februar  
Dr. Gerhard Schlesinger (Hamburg) am 27. Februar

#### Zum 75. Geburtstag

Götz Bockmann (Nördlingen) am 18. Februar  
Bernd Paul (Hohenmölsen) am 21. Februar

#### Zum 70. Geburtstag

Jutta Jesko (Großbadegast) am 22. Februar  
Klaus Curth (Bad Belzig, OT Lütze) am 23. Februar

#### Zum 65. Geburtstag

Andreas Werchan (Bad Muskau) am 24. Februar  
Ingolf Seiß (Leezen) am 28. Februar

#### Zum 60. Geburtstag

Marion Simon (Waldbrunn) am 2. Februar  
Uta Hohlfeld (Bad Belzig, OT Lütze) am 26. Februar

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

# Gezerre um Grenzen – dem Grundlagenvertrag zum Fünfzigsten

Am 21. Dezember wird es 50 Jahre her sein, daß der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD abgeschlossen wurde. Ob das Datum dann staatsoffiziell Erwähnung finden wird, ist kaum anzunehmen. Deshalb wollen wir an den 1972 ausgehandelten Vertrag erinnern, in dem die BRD einerseits in einem gewissen Maße die DDR als souveränen Staat anerkannte, es andererseits aber nicht vermochte, über ihren revanchistischen und alleinvertretungsanmaßenden Schatten zu springen. Die Frage, was denn dieses „Ding“, diese Linie, die „Quasi-Grenze“ zwischen der DDR und der BRD darstellt, beschäftigte das bundesdeutsche Parlament, Völker- und Staatsrechtler und – wen wird es wundern – natürlich das über allem schwebende Bundesverfassungsgericht. Auf die einfache, schlichte Antwort, die mit dem Völkerrecht als einzigem relevanten Maßstab übereinstimmt, kam man nicht. Man hat sich gedreht und gewunden, um eine völkerrechtswidrige Position irgendwie am Leben zu erhalten. Und das hatte gute Gründe. Wenn die BRD anerkannt hätte, daß zwischen der DDR und der BRD eine Staatsgrenze zwischen zwei souveränen Staaten besteht, an der noch dazu die größten Militärblocke sich feindlich gegenüberstehen, dann hätten Grenzverletzungen nicht in der Weise – wie sattsam bekannt – instrumentalisiert werden können; dann hätte man einen Grenzdurchbruch nicht mehr zum „Drang nach Freiheit“, zum „Akt der Menschlichkeit“ hochstilisieren können. Salzgitter wäre zur völligen Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft. Das galt es zu verhindern.

Der Grundlagenvertrag war eingebettet in die Vertragswerke, welche die Marksteine auf dem Weg Europas vom Kalten Krieg zur Entspannung bildeten. Zu ihnen gehörten der Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD vom 12. August 1970, in dem in Art. 3 ausdrücklich die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich anerkannt wurden, wie sie am Tag der Unterzeichnung verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der BRD und der DDR. Von ebensolcher Bedeutung war der Warschauer Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD vom 7. 12. 1970. Im Art. 1 nimmt dieser ausdrücklich Bezug auf das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. Die beiden Staaten stellten darin übereinstimmend fest, „daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Potsdamer Konferenz von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.“

Das war natürlich ein Stich ins Herz der westdeutschen Revanchisten, die sich in den Landsmannschaften tummelten und die Begehrlichkeiten nach Osten immer wieder anzuheizen verstanden.

Diese völkerrechtlichen Regelungen hatten ihren Ausgangspunkt in der Vereinbarung der drei Hauptmächte der Antihitlerkoalition vom 12. September 1944, in der die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen einschließlich Berlins beschlossen wurde. Die klarsten Vereinbarungen zwischen der UdSSR, den USA und dem Vereinigten Königreich zwischen den geplanten Zonen betrafen zunächst die sowjetische Besatzungszone, deren westliche Grenze die spätere Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD sowie die Staatsgrenze der Hauptstadt der DDR Berlin und der drei Westsektoren von Berlin (Westberlin) bildeten.

Angeblich soll ja die Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD die „unmenschlichste auf der Welt“ gewesen sein. Deshalb hat auch der Herr Oberstaatsanwalt Carl Hermann Retemeyer, einstiger Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter zur Erfassung der „Gewaltakte“ an der Grenze, am 13. Juni 1976, bezogen auf den Fall Weinhold, der bekanntermaßen am 19. 12. 1975 die DDR-Grenzsoldaten Jürgen Lange und Peter Seidel kaltblütig und hinterrücks ermordet hatte, im Brustton der Überzeugung erklärt: „Jeder DDR-Bürger, der in die Bundesrepublik fliehen will, hat das Recht, sich zu bewaffnen und, wenn er in seiner Freizügigkeit gehindert wird, diese Waffe einzusetzen.“

Dies war also das humanistische, freiheitlich-demokratische, die Würde des Menschen achtende Rechtsverständnis desjenigen, der für die Erfassung der „Gewaltakte an der innerdeutschen Grenze“ zuständig war.

Diesem Mann, ganz in der Tradition und im Geiste seiner Kollegen mit tiefbrauner antikommunistischer NS-Vergangenheit, paßte natürlich der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD überhaupt nicht in den Kram, der in Art. 3 „die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft“ bekräftigte. Und in Art. 6 wurde auch noch „die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten auf sein eigenes Staatsgebiet beschränkt“.

Retemeyer wird froh gewesen sein, als die Bayerische Staatsregierung mit Antrag vom 28. Mai 1973 beim Bundesverfassungsgericht beantragte festzustellen, daß das Gesetz zum Grundlagenvertrag nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und deshalb nichtig sei. Das Bundesverfassungsgericht entschied am 31. 7. 1973 weder im Sinne der Bayerischen Staatsregierung noch im Sinne Retemeyers. Es stellte die Verfassungskonformität fest, wenn auch mit dem bundesdeutschen Gezerre um eine klare

Aussage zur Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten.

Das BVerfG doziert in seiner Begründung: „Es gibt Grenzen verschiedener rechtlicher Qualität: Verwaltungsgrenzen, Demarkationsgrenzen, Grenzen von Interessensphären, eine Grenze des Geltungsbereichs des Grundgesetzes, die Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937, staatsrechtliche Grenzen und hier wiederum solche, die den Gesamtstaat einschließen, und solche, die innerhalb eines Gesamtstaates Gliedstaaten (zum Beispiel die Länder Deutschlands) voneinander trennen.“

Ausdrücklich wird die Staatsgrenze, die zwischen den souveränen Staaten DDR und BRD existiert, nicht erwähnt, allenfalls verschämt als staatsrechtliche Grenze beiläufig mit aufgezählt. Damit wird völlig die Realität ausgeblendet, daß an dieser Grenze die größten Militärblocke der Welt nicht als Waffenbrüder gegenüberstehen, sondern – um einmal den deutschen Begriff vom Erbfeind, der seinerzeit auf Frankreich bezogen war, ins Spiel zu bringen – als Erbfeinde, als Todfeinde, aber niemals als so eine Art von Linien zwischen zwei zusammengehörenden Teilen!

Und weiter in der Begründung: „Für die Frage, ob die Anerkennung der Grenze zwischen den beiden Staaten als Staatsgrenze mit dem Grundgesetz vereinbar ist, ist entscheidend die Qualifizierung als staatsrechtliche Grenze zwischen zwei Staaten, deren ‚Besonderheit‘ ist, daß sie auf dem Fundament des noch existierenden Staates ‚Deutschland als Ganzes‘ existieren, daß es sich also um eine staatsrechtliche Grenze handelt, ähnlich denen, die zwischen den Ländern der Bundesrepublik verlaufen.“

Und da ist es auf einmal wieder aufstanden – das „Deutsche Reich“. Nein, das meint das Bundesverfassungsgericht nicht, denn unter III heißt es klarstellend und keinen Widerspruch duldend wörtlich: „Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und Staatsrechtslehre! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist.“

Dies, so die Herren mit der roten Robe, ergäbe sich bereits aus der Präambel und aus vier Artikeln des GG. Nach diesem Rechtsverständnis spielt natürlich das Völkerrecht keine entscheidende Rolle. Ob ein Staat untergegangen ist, ob er noch besteht oder so halb oder zu einem Viertel und welchen Charakter eine Grenze besitzt, entscheiden nun einmal deutsche Richter. Wer sonst?

Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Berlin

# Demokratie als eigenständige Frage marxistischer Programmatik

Das Thema Demokratie läßt uns als Sozialisten und Kommunisten nicht zur Ruhe kommen. Das betrifft dessen anhaltende ideologische Rolle in den Klassenauseinandersetzungen ebenso wie dessen programmatische Bedeutung als wichtiger Aspekt der Handlungsorientierung für eine bessere Gesellschaft. Im Namen der Demokratie wird von den USA der Sturz unliebsamer Regierungen betrieben. Die Forderung nach Demokratisierung gehört zum Kampf für eine bessere Gesellschaft. Das Wort Demokratie wurde zum erfolgreichen Markenzeichen für den Kapitalismus in der Systemauseinandersetzung gegen den Sozialismus. Es steht ebenfalls für den Kampf um Selbstbestimmung der Menschen über die eigenen Angelegenheiten.

## Ideologische Bedeutung

Konzentrierter Ausdruck der ideologischen Komponente der Demokratie in der globalen Systemauseinandersetzung ist das 1983 gegründete US-amerikanische Institut „National Endowment for Democracy“ (NED). Es agiert im großen Stil gegen sozialistische Staaten und linke Regierungen. Überall, ob 2013 in der Ukraine, jüngst in Hongkong, in Belorussland und in der Russischen Föderation, wo es um „Regime-Changes“ geht, spielte und spielt das NED eine aktive Rolle. „Zig Milliarden Dollar“ aus dem US-Bundshaushalt hat das NED bisher ausgegeben. Es finanziert „mehr als 6000 politische und soziale Organisationen in der Welt“.<sup>1</sup> Im Dienste des USA-Imperialismus koordiniert es seine Tätigkeit mit den Geheimdiensten und ähnlichen Organisationen in der EU und anderen Ländern.

Der Stellenwert des Demokratiebegriffs im Rahmen der Leitbilder sowie der Freund- und Feindbilder der bürgerlichen Ideologie ist ganz vorn. Mit der Logik ist es dabei nicht weit her: Die parlamentarische Demokratie wird zum Maßstab von Demokratie überhaupt erklärt. Der Abbau von Demokratie drapiert sich positiv als besonders „wehrhafte Demokratie“. Errungenschaften der sozialistischen Demokratie hat es nie gegeben.

Die Demokratiefrage ist eine eigenständige Frage linker Politik und Programmatik – im Kapitalismus und im Sozialismus. Sie ist jeweils auf spezifische Weise mit der Eigentumsfrage und der Machtfrage verbunden. Aber sie ist damit nicht identisch.

Es gibt kaum ein anderes politisches Thema, über das in den letzten hundert Jahren so viel geschrieben wurde. Mehr als zehntausend Bücher sind bis heute weltweit zum Demokratiethema erschienen. Staatsrechtler, Politologen und Philosophen verfaßten dazu eine unüberschaubare Zahl von Artikeln. Dennoch ist die Unschärfe im politischen Denken über das, was Demokratie ist, nicht geringer geworden.

Offensichtlich trägt ein Teil der Publikationen zur Verwirrung bei.

In einer Umfrage vom August letzten Jahres des Instituts für Demoskopie Allensbach<sup>2</sup> zur Demokratiewirklichkeit sagten 70 Prozent der Befragten, „die Demokratie, die wir haben, ist die beste Staatsform“. Kritischer fielen die Antworten auf die Fragen aus, ob man als Bürger Einfluß „auf das, was hier am Ort“ geschieht, hat und inwieweit man mit dem Funktionieren der „Demokratie“ zufrieden sei. 34 Prozent meinten, man hat „Einfluß“; 43 Prozent sagten, man hat keinen Einfluß. „Zufrieden“ und „einigermaßen zufrieden“ waren 26 bzw. 44 Prozent. 22 Prozent waren „nicht sehr/überhaupt nicht zufrieden“.

Im übrigen sind bei uns alle Politiker Demokraten. Auch die finstersten Reaktionäre bezeichnen sich als entschiedene Verfechter der Demokratie.

## Demokratie als besondere Herrschaftsform

Demokratie war für etwa 130 Jahre die Herrschaftsform im Athen des 5. und 4. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung. Sie entwickelte sich als Alternative zur tyrannischen Adelherrschaft. Die Übersetzung aus dem Altgriechischen von „demos“ (das einfache Volk) und „kratia“ (von Herrschaft) lautet: „Herrschaft des (einfachen) Volkes“. Mehrheitsentscheidungen einer Volksversammlung, ein gewählter Rat der 500 und von Laien besetzte Geschworenengerichte sicherten damals für etwa ein Viertel der 170 000 Einwohner Athens eine reale Teilhabe an der Machtausübung. Die attische Demokratie war eine Form von Herrschaft mit neuen Methoden (Mehrheitsentscheidungen, Wahlen und Teilhabe an der staatlichen Macht). Sie ging einher mit einem Klassenkompromiß zwischen Sklavenhaltern und Plebejern.<sup>3</sup> Athen war eine Sklavenhalterdemokratie. Die große Mehrheit des einfachen Volkes war ausgeschlossen: Frauen, Sklaven und Zugezogene. Die demokratische Herrschaftsform existierte im römischen Weltreich (nicht in Rom selbst) in zahlreichen selbstverwalteten Gemeinden bis etwa 300 nach der Zeitrechnung. An dieses Modell knüpften dann im 17. und 18. Jahrhundert die großen Theoretiker der Aufklärung an. Thomas Hobbes, John Locke, Jean Jaques Rousseau, Montesquieu und Voltaire kritisierten die absolutistische Herrschaft des Feudaladels und forderten im Interesse der Bourgeoisie grundlegende strukturelle Veränderungen der monarchistischen Herrschaftsstrukturen.

Zu ihren Forderungen gehörten die Gleichheit vor dem Gesetz, Menschenrechte und

Wahlrecht, Gewaltenteilung zur Machtbegrenzung und überhaupt Volkssouveränität. Im Zuge der großen bürgerlichen Revolutionen in England 1648, in den Vereinigten Staaten von Amerika 1776 und in Frankreich 1789 entstanden unterschiedliche verfassungsrechtlich fixierte Formen einer parlamentarischen bzw. präsidialen Demokratie (fortan als „parlamentarische Demokratie“ bezeichnet), die die jeweiligen Strukturen von Herrschaft prägten. In den USA gilt die Verfassung von 1787 immer noch – mit bis heute 27 Zusatzartikeln. In Frankreich wechselten seit 1789 die Verfassungen bzw. die Grundzüge der Staatsform der bürgerlichen Demokratie siebenmal.

## Demokratie von unten

Uwe-Jens Heuer schreibt in seinen Demokratiethesen von 1987: „Menschliches Handeln wird nicht nur von Bedürfnissen der physischen, sondern auch von denen der sozialen Existenz bestimmt.“ Zu diesen sozialen Bedürfnissen zähle das Bedürfnis „nach Herrschaft über die eigenen Lebensbedingungen, nach Bestimmung der politischen, vor allem staatlichen Entscheidungen ... das Bedürfnis des Volkes nach eigener Herrschaft, nach Volksherrschaft.“<sup>4</sup>

Der Kampf für Demokratie hat so zwei Seiten. Demokratie ist eine Herrschaftsform, mittels derer die ökonomisch Herrschenden die politische Macht tarnen, aber auch mit besonderen Methoden ausüben und ausgestalten. Demokratie ist zugleich „eine notwendige Triebkraft des politischen Lebens“ von unten. Sie hat zum Ziel eine wirkliche Volksherrschaft.

Die Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts war maßgeblich durch die demokratischen Forderungen der aufkommenden Arbeiterbewegung geprägt. Dabei ging es um das Recht der Lohnarbeiter auf politische Organisiertheit: um Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, um das allgemeine gleiche Wahlrecht, um die Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum, um eine Erweiterung der Rechte des Parlaments, und nicht zu vergessen: auch um Volksbegehren und Volksentscheid.

Die Form des Staates und damit von Herrschaft wurde zu einem umkämpften Terrain in den Klassenkämpfen. Die Regierenden bewegte die bange Frage, ob womöglich die parlamentarische Demokratie das Ende ihrer Herrschaft bewirkt.<sup>5</sup> Die arbeitenden Klas-

4 Vgl. Uwe-Jens Heuer, Demokratie, Ökonomie und Recht in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1987), in: Demokratie-Thesen, Herausgegeben von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, Essen o. J., S. 12.

5 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, S. „Meint man, die Demokratie werde, nachdem sie das Feudalsystem zerstört und die

1 Vgl. Thierry Meyssan, NED, Das legale Schaulfenster der CIA, <https://www.voltairenet.org/article180540.html>

2 Vgl. Thomas Petersen, der Aufsteiger, FAZ vom 25. 8. 2021.

3 Vgl. Arthur Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf im Altertum, Herausgegeben und eingeleitet von Peter Priskil, Nachdruck von 1921, Freiburg im Breisgau 1997, S. 8 ff.

sen nutzten und veränderten diese Staatsform im Kampf um soziale und politische Verbesserungen in der Erwartung, damit der Ausübung der politischen Macht näher zu kommen.<sup>6</sup>

1871 formulierte Karl Marx in der von ihm verfaßten Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation das Demokratiekonzept der Kommune: „Selbstregierung der Produzenten“, eine „Republik, die nicht nur die monarchistische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst“.<sup>7</sup>

### Wende im Demokratiedenken

Karl Marx war zu Beginn revolutionärer Demokrat. 1843, in der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ sprach er noch ganz allgemein von der Demokratie als „*besonderer Staatsform*“. „In der Demokratie ist *das formelle Prinzip* zugleich *das materielle Prinzip*.“<sup>8</sup> Ein Jahr später distanzierte er sich von dieser Position: „Selbst die radikalen und revolutionären Politiker suchen den Grund des Übels *nicht im Wesen des Staats*, sondern in einer bestimmten *Staatsform*, an deren Stelle sie eine *andere Staatsform* setzen wollen.“<sup>9</sup> Das „Wesen des Staates“ aber habe ein „Naturfundament“: die unsoziale „Natur dieses bürgerlichen Lebens, dieses Privateigentums“, das „*Sklaventum der bürgerlichen Gesellschaft* ...“, worauf der *moderne Staat* ruht.“<sup>10</sup> Etwa 20 Jahre später, im Kapital, Dritter Band,<sup>11</sup> definierte Marx das „Naturfundament“ des Staates genauer: als das jeweilige „unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten“. Er sprach von der „verborgene(n) Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion“, aus der die „jedemalige spezifische Staatsform“ hervorwächst.

### Staatsformenwandel im 19. Jahrhundert

Die drei bleibenden Erkenntnisse von Marx waren:

Die „parlamentarische Republik“ ist diejenige Form der Bourgeoisieherrschaft, worunter die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie „gemeinsam herrschen konnten“.<sup>12</sup>

Die parlamentarische Form der Herrschaft ist in ruhigen Zeiten geeignet, „ihre Herrschaft

als den Willen des Volkes erscheinen“ zu lassen.<sup>13</sup>

Sie hat die reale politische Wirkung, den „Gegensatz“ von „Kapital und Lohnarbeit“ nicht etwa „aufzuheben“, aber doch „abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln“.<sup>14</sup>

Die Bourgeoisie zwingt ihre Herrschaft mit der verfassungsrechtlich „proklamierten Demokratie“ in „demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Siege verhelfen, und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen“. Geschieht dies tatsächlich, so gilt: Die Bourgeoisieherrschaft als „Ausfluß und Resultat des allgemeinen Volkswillens“ ist vorbei. Nunmehr wird die „Diktatur“ der Bourgeoisie „befestigt, ... wider den Volkswillen“.<sup>15</sup>

Im übrigen rang Karl Marx in den Frankreichschriften um eine allgemeine Theorie des Staatsformenwandels im Kapitalismus im Kontext zu den Klassenkämpfen. Er verwies auf einen grundlegenden Unterschied zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die US-amerikanische Republik sah er als „*konservative Lebensform*“, die Französische Republik als „*politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft*“.<sup>16</sup> Die Ursache für diese Andersartigkeit vermutete er zurecht in einem unterschiedlichen Grad der „Klassenbildung“. Er nannte die Französische Republik auch „Treibhaus der Revolution“.<sup>17</sup> Das „Regime des Kaisertums mit seiner bloßen Posse eines Parlaments“ charakterisierte er als „einzig mögliche Staatsform (zumindest auf dem europäischen Kontinent! – E. L.), die der alten gesellschaftlichen Ordnung eine Galgenfrist sichern konnte“.<sup>18</sup>

### Parlamentarische Demokratie oder offene Diktatur

Wichtige Erkenntnisse brachten die Analysen von Rosa Luxemburg, W. I. Lenin und Antonio Gramsci zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wiederum ging es sowohl um Demokratie als Staatsform und als Demokratie von unten. Mit dem Aufkommen des Faschismus bzw. anderen Formen einer offenen Diktatur war beides bedroht.

Lenin wandte sich gegen die von Eduard Bernstein vertretene Vorstellung eines Hinewachsens in den Sozialismus ohne politische Machtergreifung durch immer mehr Demokratie. Die Arbeiterbewegung müsse demgegenüber stets den Charakter der Demokratie als Kapitalherrschaft deutlich machen: Die „demokratische Republik“, so Lenin, sei die „denkbar beste Hülle des Kapitalismus“, nachdem das Kapital von dieser Hülle „Besitz ergriffen hat“.<sup>19</sup> Er wies dem Kampf um

Demokratie bzw. einer Demokratisierungsstrategie, die sich auch auf die Wirtschaft erstreckt, einen entscheidenden Platz im Kampf um eine andere Gesellschaft zu: „Entwicklung der Demokratie bis zu Ende, Auffinden der Formen einer solchen Befreiung, ihre Erprobung in der Praxis ... Einfluß auch auf die Ökonomik“.<sup>20</sup> Und er ließ dabei keinen Zweifel an der Notwendigkeit eines politischen Bruchs mit dem Kapitalismus.

Bereits in der Zeit der revolutionären Erschütterung des Kapitalismus im Gefolge des Ersten Weltkrieges hatte sich die Herrschaft des Kapitals unter den Bedingungen der demokratischen Republik gerade auch in Deutschland als brauchbar erwiesen. Mit der Polarisierung der Klassengegensätze 1920 ff. und 1930 ff. wuchs das Streben der ökonomisch Herrschenden, diese Republik zu besetzen.

Der Einsatz des staatlichen Gewaltapparates erklärt die Niederlage der Novemberrevolution und die Stabilisierung der Kapitalherrschaft nur unzureichend. Gramscis Begriffe von Herrschaft als „mit Zwang gepanzerte Hegemonie“ und vom Staat als ein „vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten lag“ und in dem ein „Stellungskrieg“ der Klassen um Einfluß und Macht geführt wird,<sup>21</sup> bildet die Veränderungen genau und anschaulich ab.

Mit den parlamentarisch wirksamen Parteien war ein neues System der politischen Eliterekrutierung und der Integration der subalternen Klassen in das bestehende politische System im Entstehen. Die Legitimation von Klassenherrschaft als „Macht des Volkes“ gewann zugleich auch in der sozialdemokratischen Richtung der Arbeiterbewegung enorm an Einfluß. Widerstand konnte auf neue Weise mittels Integration in Zustimmung verwandelt werden.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie war in Deutschland nach dem November 1918 unter der Fahne der Demokratieverteidigung zur Reserve der Kapitalherrschaft geworden. Der Preis, den die Herrschenden dafür „bezahlen“ mußten, waren neue soziale und politische Konzessionen an die Arbeiterklasse: in der Weimarer Reichsverfassung und in Gesetzen Anfang der 20er Jahre. Diese Konzessionen in Form von politischen und sozialen Gestaltungsrechten stärkten die Möglichkeiten der Demokratie von unten. Allerdings nur dann, wenn die Arbeiterklasse diese Rechte für die Schaffung von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht nutzte. Dies geschah: im Reichstag, in den Printmedien, in den Betrieben und im politischen Leben der Weimarer Republik. Es entwickelten sich für die Herrschenden bedrohliche Gegenmachtstrukturen wie starke Arbeiterparteien, kämpferische Gewerkschaften, betriebliche Gegenmacht und eine einflussreiche Arbeiterpresse.

Diese und eine Reihe weiterer Umstände erschütterten in Deutschland den Glauben

Könige überwunden hat, bei den Bürgern und den Reichen zögern?“

6 James Bronterre O'Brien, einer der Führer der Chartisten in England, meinte zur gleichen Zeit: „Wenn das Volk Macht hat über das Gesetz, so kann es alles, was nicht von Natur aus unmöglich ist“. The Poor Man's Guardian vom 30. 11. 1833.

7 Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW, Band 17, Berlin 1979, S. 339 und 340.

8 Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW, Band 1, Berlin 1981, S. 231.

9 Karl Marx, Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, MEW, Band 1, Berlin 1981, S. 401.

10 Ebenda.

11 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, MEW, Band 25, S. 799 f.

12 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, Band 8, Berlin 1978, S. 131 und 172.

13 Ebenda, S. 137.

14 Ebenda, S. 141.

15 Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, a. a. O., S. 43 und 93.

16 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, a. a. O., S. 122.

17 Karl Marx, Klassenkämpfe in Frankreich, a. a. O., S. 94.

18 Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a. a. O., S. 592 und 594.

19 W. I. Lenin, Staat und Revolution, LW, Band 25, Berlin 1981, S. 405.

20 Ebenda, S. 466.

21 Vgl. Antonio Gramsci, Politischer Kampf und militärische Auseinandersetzung, in: Antonio Gramsci, Zur Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 273.

der Bourgeoisie an die Tauglichkeit der parlamentarischen Demokratie als Form ihrer Herrschaft. Zu diesen Umständen gehörten: die Angst vor der Wirkung des Ausbruchs der Sowjetunion aus dem kapitalistischen Welt-system als nachahmenswertes Beispiel, der Drang des mit dem Friedensvertrag von Versailles geschwächten Rüstungskapitals nach Kriegspolitik und Rüstung, die Weiterexistenz des Staatsapparates der Kaiserzeit, die Verbreitung des Rufes nach Revanche für die Niederlage im Ersten Weltkrieg in der Bevölkerung, ein autoritärer Wandel des Staates, die Entwicklung der Nazi-Partei nach der Weltwirtschaftskrise zur Massenpartei.

In Deutschland übertrug 1933 das große Kapital die politische Herrschaft an die Nazi-Partei. Die parlamentarisch-demokratischen Institutionen wurden rabiat beseitigt, ebenso alle Klassenorganisationen der Arbeiterbewegung, einschließlich der reformistischen. In den Mittelpunkt der Staatspolitik rückten Beseitigung aller demokratischen Verfassungsrechte, Kriegsvorbereitung, das „Führerprinzip“ in Politik und Wirtschaft und eine durch Chauvinismus, Antisemitismus und soziale Demagogie flankierte terroristische Machtausübung. Dem vorangegangen war 1922 der faschistische Staatsstreich von Mussolini und seiner Falange in Italien. 1940 folgte der Übergang zur offenen Diktatur durch Militärputsche in Spanien und Japan. 1938 gab es in den kapitalistischen Staaten Europas 16 parlamentarische Demokratien und 15 offene Diktaturen; 1940 waren noch acht parlamentarische Staatsformen übriggeblieben.

Der massenhafte Übergang zum Faschismus bzw. zu offen terroristischen Militärdiktaturen folgte dem im 19. Jahrhundert von Karl Marx aufgedeckten Prinzip der Bourgeoisie, bei Gefährdung ihrer Herrschaft zur offenen Diktatur überzugehen. Sie hatte in Gestalt des Faschismus einige neue Merkmale. Besonders in den Ländern Deutschland, Italien und Japan verband er sich mit aggressiver Kriegsvorbereitung und Welteroberungsplänen. Der Faschismus setzte auf Kapitalismuskritik, soziale Demagogie und Rassenhaß und begründete „an der Macht“, gestützt auf faschistische Massenorganisationen, eine extrem reaktionäre Form der Eigenständigkeit des kapitalistischen Staates.

### **Transformation der parlamentarischen Demokratie nach 1945**

Die letzten faschistisch regierten Staaten Portugal und Spanien konnten Mitte der 60er Jahre gestürzt werden. In Griechenland führte ein Militärputsch (1967 bis 1974) noch einmal zur offenen Diktatur. In der Türkei kam es 1960, 1962 und 1971 zu erfolgreichen Militärputschen. Seit 2014 regiert in der Türkei Recep Erdogan im Rahmen einer besonders autoritären Variante der parlamentarischen Demokratie mit Tendenzen hin zu einer autoritären Diktatur.

Der Siegeszug der parlamentarischen Demokratie mit zahlreichen Abstufungen in den kapitalistischen Industrieländern nach dem Zweiten Weltkrieg ist unübersehbar. Sie erwies sich überall als „beste Hülle“, als taugliche Form der Kapitalherrschaft, nicht zuletzt

wegen erfolgreicher Tarnung als Herrschaft des Volkes. Dies schloß massive Verletzungen demokratischer Rechte besonders in den 50er und 60er Jahre sowie in jüngster Zeit ein. Die Ersetzung der parlamentarischen Demokratie durch eine „offene Diktatur“ erfolgte bisher nur noch, wie in Griechenland, für begrenzte Zeit.

Marxistische, aber auch bürgerliche Wissenschaftler wie Wolfgang Abendroth, Ralf Dahrendorf, Maurice Duverger, Reinhard Opitz, Johannes Agnoli und Colin Crouch untersuchten und bewerteten den Formenwandel der parlamentarischen Demokratie. Die von Marx in seinen Frankreichschriften im 19. Jahrhundert gewonnenen Erkenntnisse zu ihrer Funktionsweise bestätigten sich und mußten zugleich präzisiert und erweitert werden.

Die parlamentarische Demokratie, samt allgemeinem Stimmrecht, ist generell zur „konservativen Lebensform“ (Karl Marx) der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Bestätigt hat sich die Erkenntnis: „Wenn die demokratischen Institutionen in der Lage schienen, die kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten, hat man sie auch beibehalten.“<sup>22</sup> Sie ist in ihren Strukturen eng mit dem Parteiensystem, den politischen Verbänden, den Denkfabriken und Chefetagen der Banken, Konzerne und Finanzgruppen verflochten. Große Teile der staatlichen Apparate agieren außerhalb der Reichweite der parlamentarischen Institutionen. Die parlamentarische Demokratie spielt eine erhebliche Rolle bei der Abstimmung von Staatspolitik und Rechtssetzung zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse.

Mit der parlamentarischen Demokratie erfolgten so wichtige Veränderungen in den Grundlagen, Strukturen und Methoden der Kapitalherrschaft. Zum einen: Es gelang den Herrschenden ein deutlicher Rückbau der zuvor erreichten politischen Klassenbildung der Lohnarbeiterklasse. Gegenmachtstrukturen wurden zu peripheren Erscheinungen des bestehenden politischen Systems. Kommunistische und linkssozialistische Parteien konnten fast überall marginalisiert werden. Der Klassengegensatz von Kapital und Lohnarbeit fand in den Parlamenten kaum noch Ausdruck.

Zum anderen: Die Festigkeit und Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie weitete sich aus. Die Kapitalherrschaft erhielt gerade auch in der BRD mit der politisch-ideologischen Bindung der Mehrheit der Bevölkerung bei Wahlen zunächst an CDU/CSU, SPD und FDP eine gewisse Massenbasis. Parteien, die den gesellschaftlichen Status quo nicht in Frage stellten, teilten den Wählermarkt unter sich auf. Es entwickelte sich eine enge Allianz der wahlpolitischen Parteiapparate mit den ideologischen Staatsapparaten und den bürgerlichen Medien. Die Führungsgruppen der Parteien konkurrierten in Wahlen miteinander.

Schein und Sein sind dabei nur mühselig auseinanderzuhalten. Wahlkämpfe werden erfolgreich als spannende „Wettrennen“ um unterschiedliche Richtungen der Staatspolitik inszeniert. Sie sind es in der Regel aber

nicht. Die Herkunft der Parteifinzen liegt überwiegend im Dunkeln. Sie kommen aus verschiedenen Quellen: über Diäten, Fraktionsgelder, aus der Erstattung von Wahlkosten, aus Zuwendungen für Stiftungen und in Form von Spenden der Wirtschaft. Mitgliederbeiträge fallen kaum ins Gewicht. Die vielgestaltige Ämterpatronage entzieht sich einer genauen Analyse. Die Politiker der Parteien üben im Parteienstaat nicht nur abwechselnd im Zusammenhang mit Regierungs- und Oppositionsaufgaben bestimmte Ämter aus. Für Parteiaktivisten gibt es mittlerweile darüber hinaus zehntausende bezahlte Ämter „bei der Partei“ und in den staatlichen Apparaten.

Wichtigste gesellschaftliche Grundlage der Integration von subalternen Klassen und widerständigen politischen Bewegungen ist der „Sozialstaat“. Parallel zum Siegeszug der parlamentarischen Demokratie erfolgte unter dem Einfluß von Klassenkämpfen und unter dem Druck der Systemauseinandersetzung eine außerordentliche Erweiterung der sozialen Tätigkeit des kapitalistischen Staates. Auch wenn dieser Trend mit der neoliberalen Gegenreformation seit Mitte der 70er Jahre zum Teil umgekehrt werden konnte, hat der „Sozialstaat“ dennoch nach wie vor in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern den Charakter eines wirksamen Klassenkompromisses. Dieser besteht vor allem in den Bereichen der Sozial-, Steuer-, Bildungs-, Gesundheitspolitik und der Arbeitsbeziehungen. Asymmetrisch ist dieser Klassenkompromiß deshalb, weil es keinen wirklichen Kompromiß im Bereich der Herrschaftsausübung selbst gibt. Die Banken und Konzerne üben im Rahmen der parlamentarischen Demokratie die politische Kontrolle über den Staat und dessen Politik aus. Wahlen und Parlamentarismus verbergen wirksam ihren Charakter als Formen der Klassenherrschaft. Bei Wahlen und Wahlkämpfen gilt mehr denn je die Sentenz von Otto von Bismarck: „Es wird nie so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“<sup>23</sup>

Die von Marx vermutete Möglichkeit, die parlamentarische Demokratie als „Treibhaus der Revolution“ bzw. als „Umwälzungsform“ hin zu einer sozialistischen Gesellschaft nutzen zu können, ist bisher nirgends Wirklichkeit geworden. Mit der „Transformation der Demokratie“ und deren Kern, dem Rückbau von Gegenmacht der Lohnarbeiterklasse, ist dies derzeit auch realitätsfern. Der von Gramsci diagnostizierte „Stellungskrieg“ zwischen Kapital und Lohnarbeit im Rahmen der parlamentarischen Demokratie hält an, aber auf dem niedrigen Level eines im Großen und Ganzen funktionierenden „Konfliktregulierungsmechanismus“ mit einzelnen Lichtpunkten des Klassenwiderstandes.

Die wenigen ernsthaften Versuche, mittels einer Demokratisierungsstrategie den Kapitalismus zu überwinden, schlugen fehl. In Spanien putschte 1936 das Militär unter Francisco Franco gegen die linke Volksfrontregierung. Sowohl die Volksfrontregierung von 1934 in Frankreich unter Leon Blum

<sup>22</sup> Maurice Duverger, Demokratie im technischen Zeitalter, München 1973, S.

<sup>23</sup> <http://berühmte-zitate.de/1951298-otto-von-bismarck-es-wird-niemals-so-viel-gelogen-wie-vor-der-wahl/>

und die Linksregierung 1981 unter Francois Mitterand scheiterten. Dies geschah, obwohl beiden Linksregierungen dabei jeweils eine politisch gut organisierte, kämpferische Arbeiterklasse zur Seite stand. Nach wenigen Monaten konnte die herrschende Klasse mit Investitionsstreiks, Kapitalflucht und regierungsfeindlichen Medienkampagnen die „Umwälzung“ stoppen.

Die im Wahljahr 2021 in der Bundesrepublik gemachte Ansage der Linkspartei, einen grundlegenden Politikwechsel mittels eines „linken Parteienlagers aus SPD, Grünen und Linken“ herbeiführen zu wollen, ist nicht mehr als ein matter Schatten dieser großen Kämpfe um die politische Macht im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Angesichts des Zustandes dieses Parteienlagers erweist sie sich als politisches Täuschungsmanöver. Für neue Projekte einer Nutzung der parlamentarischen Demokratie als „Umwälzungsform“ bedarf es augenscheinlich einer tiefen Erschütterung der Kapitalherrschaft und grundlegend anderer Klassenmachtverhältnisse.

### Erfahrungen mit 40 Jahren Sozialismusanlauf

Es gibt nicht wenige berechtigte und unberechtigte Vorwürfe über Demokratiedefizite in der DDR. Das Etikett „Ohne Demokratie kein Sozialismus“<sup>24</sup> für die DDR gehört nicht dazu. Das Problem ist nicht, daß es im realen Sozialismus „keine Demokratie“ gab (gibt), sondern daß sich bis jetzt kein neuer überzeugender neuer sozialistischer Demokratietyp herausbildete.

Im Sinne Lenins, das Verständnis von Demokratie als „reine Demokratie“ abzulehnen, war berechtigt. Nicht gerechtfertigt war, damit die Notwendigkeit eines allgemeinen Demokratiebegriffs zu verneinen. Sozialistische Gesellschaftsgestaltung bedarf eines allgemeinen Maßstabs für das erreichte Niveau von Demokratie und als Richtschnur für die weitere Demokratieentwicklung und demzufolge auch eines solchen Begriffs.

Uwe-Jens Heuer unterbreitete 1986 in einer Sitzung der Klasse „Gesellschaftswissenschaften“ der Akademie der Wissenschaften der DDR dazu folgenden, auch heute noch aktuellen Vorschlag: „Demokratie ist die individuelle und kollektive Selbstbestimmung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten im Rahmen gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse.“<sup>25</sup> Er verband diesen Vorschlag mit der Aussage: Demokratie sei eine eigenständige Frage sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Dieser Position kommt auch aus der heutigen Sicht die Rolle einer tragfähigen Handlungsorientierung zu. Sie grenzt sich deutlich ab von der Position, Demokratie sei mit der Existenz von Wahlen und konkurrierenden Parteien identisch.

Eine weitere Lehre aus den Erfahrungen der sozialistischen Länder Europas zur Demokratiefrage ist, daß mit der Existenz eines Staates als „Hauptinstrument des sozialistischen

Aufbaus“ (so im Programm der SED) dessen Kontrolle eine wichtige Aufgabe sozialistischer Demokratie geworden war.

Dem suchte die DDR mit der Demokratisierung der Staat-Bürger-Beziehungen Rechnung zu tragen. Vor allem mit dem Eingaberecht vom 27. 2. 1961 erhielten die Bürgerinnen und Bürger vielfältige Rechte gegenüber den staatlichen Organen, ergänzt durch Pflichten der staatlichen Organe. Im Zuge der Eingabepaxis gab es deutlich mehr Bürgernähe des Staates. Mehr als 80 Prozent der jährlich etwa zwei Millionen Eingaben wurden im Sinne der Einreicher entschieden. Weniger erfolgreich waren die Bemühungen, der Tendenz zur bürokratischen Eigenständigkeit des sozialistischen Staates generell entgegenzuwirken. Sozialistische Lösungen wie die „Arbeiter- und Bauerninspektionen“ erwiesen sich als wenig wirksam. Projekte einer „Gewaltenteilung“ gab es am Ende der DDR, mit dem Aktionsprogramm „zur Erneuerung“ auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8. bis 10. 11. 1989.<sup>26</sup>

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Demokratiefrage in der DDR waren die Veränderung der Eigentumsverhältnisse: Mit der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel erweiterten sich deutlich die Wirkungsmöglichkeiten von Demokratie im Sinne einer tatsächlichen „individuellen und kollektiven Selbstbestimmung“.

Die Demokratie machte im sich entwickelnden Sozialismus nicht mehr vor den Werktoeren halt. Es gab neue Rechte der Arbeiter und Angestellten im Bereich des Arbeitsrechts und neue wirksame soziale und personelle Mitbestimmungsrechte in den Betrieben. Wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte kamen in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften dem Charakter einer Selbstbestimmung der Produzenten nahe. Mit dem Projekt eines Neuen Ökonomischen Systems unter Walter Ulbricht in den 60er Jahren wurde deutlich, daß das reale Maß an Mitbestimmung hin zur „Selbstregierung der Produzenten“ entscheidend von der Eigenständigkeit der Betriebe im ökonomischen System des Sozialismus abhängt. Wenn es 1989/1990 am Willen der meisten Werktätigen fehlte, ihre Betriebe zu verteidigen, dann war das auch Ausdruck dafür, daß sie sich nicht als Eigentümer fühlten, weil sie es auch unzureichend waren.

Rückblickend wird deutlich, daß ohne die führende Rolle der SED es weder eine vier Jahrzehnte währende Existenz der DDR noch deren wirtschaftliche und soziale Erfolge gegeben hätte. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie die Dinge nicht zum Besten standen. Das für das Wirken der Partei geltende Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ war in der Wirklichkeit wenig demokratisch und sehr zentral. Der Parteiapparat mit seinen 32 000 Mitgliedern beherrschte weitgehend die Partei. Dem Ergebnis nach offene Diskussionen über die Grundrichtung der Parteipolitik fanden kaum statt.

In der Systemauseinandersetzung zwischen 1946 und 1989 spielte die Demokratiefrage eine vielschichtige Rolle. Im Kalten Krieg erwies sich die Forderung des „Westens“ nach demokratischen Reformen in den sozialistischen Ländern als geeignet, die Machtverhältnisse ins Wanken zu bringen. Das zeigte sich besonders 1956 in Ungarn im Zuge der Konterrevolution und dann 1968 in der ČSSR. Das Problem war, daß die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft kein tragfähiges Gesamtkonzept hatten, wie dem konstruktiv entgegenzutreten sei.

Mit Beginn der 70er Jahre wurde die Notwendigkeit einer ökonomischen Vitalisierung des Sozialismus in Europa immer dringender. Jedoch auch die Reformpolitik 1983 unter Michail Gorbatschow in der Sowjetunion orientierte primär mit Glasnost und Perestroika auf Veränderungen des politischen Systems, verstand sich als „Demokratisierung“ und endete in einer Konterrevolution. Sie hatte kein Konzept zur Reform des ökonomischen Systems. Die NÖS-Strategie von Ulbricht dagegen war anders konzipiert. Sie wollte mittels Reformen die Wettbewerbsfähigkeit des Sozialismus durch ein anderes ökonomisches System verbessern. Die Beseitigung der Defizite an sozialistischer Demokratie war als Ergänzung dieser ökonomischen Strategie gedacht.

Ulbrichts Demokratiekonzept zielte auf mehr reale Selbstbestimmung im Sozialismus und damit auf Stabilisierung der Machtausübung durch sozialistische Demokratie. Er verfolgte dabei drei Wege:

**Erstens:** Festigung der Staat-Bürger-Beziehungen über die Lösung von auftretenden Konflikten

**Zweitens:** Ausbau des Staatsrats und der Volksvertretungen zu Clearingstellen der Interessenabstimmung

**Drittens:** Entwicklung der Betriebe und Kommunen zu eigenverantwortlichen Gemeinschaften in der Wirtschaft und im politischen Leben (Artikel 41 der DDR-Verfassung)<sup>27</sup>

Karl Marx hat im Mai 1871 kurz nach der Pariser Kommune im „Bürgerkrieg in Frankreich“ geschrieben, daß mit der Pariser Kommune die „endlich entdeckte politische Form“ gefunden worden sei, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen (kann).<sup>28</sup>

30 Jahre nach der Niederlage von 1989/1991 kann Ähnliches nicht gesagt werden. Allenfalls kann an die Vorstellungen von Ulbricht erinnert und hinzugefügt werden: Die Lösung der Demokratiefrage beim sozialistischen Aufbau ist im Zusammenhang mit der Eigentums- und Machtfrage eine unabdingbare und sehr vielschichtige Aufgabe. Von der parlamentarischen Demokratie ist zu lernen. Ihre Übernahme bringt keine Lösung.

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam  
Leipzig

Redaktionell gekürzt

24 So Programm der Partei DIE LINKE, Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei Die Linke am 21. bis 23. Oktober 2011, Erfurt, S. 10.

25 Vgl. Uwe-Jens Heuer

26 Vgl. ND vom 11./12. November 1989, Diese Erneuerung schloß auch die Bildung eines Verfassungsgerichts in der DDR ein.

27 Vgl. Ekkehard Lieberam, Ökonomische Reformen und Demokratisierung, In: Ulbrichts Reformen, Herausgegeben von Ekkehard Lieberam, Lothar Poppe und Roland Wötzel, Berlin 2015, S. 81 ff.

28 Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, a. a. O., S. 342.

# DIE LINKE ohne Liebknecht?

## Wer keinen Halt hat, stürzt

Vereinzelt vor der Bundestagswahl, geballt danach, fordern führende Köpfe der LINKEN einen Kurswechsel vor allem in der Außenpolitik; so die Vorsitzenden, der Bundesgeschäftsführer und aus dem Parteivorstand<sup>1</sup>. Unterschiedlich gewichtet, führen sie drei Argumente ins Feld:

1 | *Das Thema Außenpolitik, v.a. die linke NATO-Kritik, sei für den Wahlkampf nicht so erheblich, es spiele laut Umfragen für die Stimmabgabe kaum eine Rolle.*

➤ Die Umfragen stammen aus einem Wahlkampf, in dem alle anderen Parteien und die mediale Öffentlichkeit DIE LINKE wegen ihrer NATO-Ablehnung als regierungsuntauglich dargestellt haben. Sich auf diese Fake-Demoskopie zu stützen, ist abenteuerlich.

➤ Abenteuerlich auch die geschichtliche Vergessenheit: Karl Liebknecht war am 2. Dezember 1914 im ohrenbetäubenden Gebrüll des Hurra-Patriotismus der einzige Reichstagsabgeordnete, der gegen die Kriegskredite gestimmt hat. Karl Liebknecht ermutigte andere, ebenfalls ihrem Gewissen und ihren Überzeugungen zu folgen. Wer in der entscheidenden Frage von Kriegsvorbereitungen nicht als Partei „nein“ sagt, macht den Scheidemann.

➤ Entgegen der Fake-Demoskopie will die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Frieden, Abrüstung, ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Rußland. Genau das verhindert die NATO. Sie zerstört Frieden mit ihren Kriegen gegen Jugoslawien, Syrien, Afghanistan, den Kriegen der Willigen im Irak und Libyen. Sie feuert die Aufrüstung an. Laut SIPRI betrug die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahr 2020 knapp zwei Billionen Dollar, das sind alle vier Stunden (!) eine Milliarde Dollar. Allein das ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und zudem an Ressourcen, Böden, Wasser und Luft. Mit fast 45 Prozent der Welt-Rüstungsausgaben sind die NATO-Staaten die Antreiber, auf China entfallen 13 Prozent, 3,1 auf Rußland. Mit ihrer Osterweiterung, mit ihren „Farbenrevolutionen“ in Georgien, der Ukraine und Kirgisien kreist die NATO Rußland ein. Wer nicht nur Frieden ersehnen, wer Frieden machen will, muß die NATO überwinden.

2 | *Der LINKEN werde vorgeworfen, sie folge doppelten Standards im Völker- und im Menschenrecht. Deshalb müsse ihre Außenpolitik jetzt klar menschenrechtsbasiert werden.*

➤ Auf Parteitagen der LINKEN wird – noch – gesungen: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. Gleiche Rechte für alle Menschen, ist der Kern linker (demokratisch-sozialistischer, sozialistischer, kommunistischer) Politik. Warum jetzt die Angst, daß eine friedensbasierte Außenpolitik Menschenrechten widersprechen könnte? Weil dieser Widerspruch von anderen aufgemacht worden ist,

nicht zuletzt von den Grünen. Sie verschärfen mit ihrer „menschenrechtsbasierten Außenpolitik“ die Spannungen gegenüber Rußland, indem sie jetzt der Aufrüstung zustimmen, Sanktionen, Blockaden, Boykotte fordern und „Farbenrevolutionen“ fördern.

➤ „Den Kompaß neu ausrichten“ haben die beiden LINKEN-Vorsitzenden ihr Strategiepapier überschrieben. Ein Kompaß richtet sich immer nach den Polen; damit er eine andere Richtung anzeigt, müssen die Pole ausgetauscht oder die Achse verschoben werden.



**Mit einer vorgeblich menschenrechtsgemäßen als Ersatz für eine friedensbasierte Außenpolitik sollen nicht nur die „roten Haltelinien“ fallen, sondern ist der Kern sozialistischer Politik infrage gestellt.**

3 | *Die EU sei „ein Bezugspunkt für eine globale Zivilgesellschaft und könnte zentraler Ansatzpunkt für eine solidarische Weltordnung sein.*

➤ wenn sie grundlegend verändert würde“, schreibt der LINKEN-Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler. Eine „globale Zivilgesellschaft“ ist eher nicht in Sicht, aber abgesehen davon sieht die Bevölkerung in Griechenland in der EU statt eines (positiven) „Bezugspunkts“ wohl eher eine Demokratie verachtende Institution zur Knebelung von Volkserhebungen. Genau das hat die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission im Jahr 2015 in Griechenland angerichtet. Im Kalten Krieg als – damals noch als EWG – westliches Wirtschaftsblockwerk gegründet, ist aus der Europäischen Union längst ein militaristischer, undemokratischer, neoliberaler Block geworden.

➤ Für Teile der LINKEN ist die EU ein – wenn nicht DAS – Subjekt einer gesellschaftlichen Veränderung. Bislang hat die Union zwar nicht in jedem Fall die schlechtesten, aber schlechte Standards in EU-Europa verallgemeinert: Schlechteren Arbeitsschutz, Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Öffnung aller Schranken für das

internationale Finanzkapital – und nun noch die immer engere Verquickung mit der NATO zu einem wirtschaftlichen und militärischen Kampfbündnis. Ausgerechnet diesen Block positiv als Subjekt der Veränderung zu werten, entbehrt jeglicher Grundlage.

**Im Angesicht wachsender Kriegsgefahr ist es ein Vergehen, den Friedenskampf kleinzureden. DIE LINKE sollte dabei nicht mitmachen.**

**Reiner Braun**, Berlin, International Peace Bureau, Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Wolfgang Gehrcke**, Berlin, Mitglied des Gesprächskreises Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung | **Heike Hänsel**, Tübingen, die LINKE, Mitglied u.a. in attac, ver.di | **Ulla Jelpke**, Berlin, Mitherausgeberin von ‚Ossietzky‘, Mitglied u.a. in ‚Sea-Watch‘ | **Kristine Karch**, Düsseldorf, Co-Sprecherin internationales Netzwerk ‚No to war – No to NATO‘, Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Prof. Dr. Karin Kulow**, Berlin, Nahost- und Islamwissenschaftlerin | **Ekkehard Lentz**, Bremen, Sprecher Bremer Friedensforum | **Pascal Luig**, Berlin, NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss), Kampagne Stopp Air Base Ramstein | **Dr. Alexander Neu**, Rhein-Sieg-Kreis, Politologe | **Willi van Ooyen**, Frankfurt/M., Aktivist der Friedens- und Sozialforumsbewegung, Bundesauschuß Friedensratschlag, Ostermarschbüro | **Prof. Dr. Norman Paech**, Hamburg, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht | **Karl Heinz Peil**, Frankfurt/M. Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., verantwortlicher Redakteur des ‚Friedensjournal‘ | **Christiane Reymann**, Berlin, Publizistin | **Prof. Dr. Werner Ruf**, Edermünde, Kasseler Friedensforum, Mitglied des Gesprächskreises Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung | **Bernhard Trautvetter**, Essen, Mitbegründer Netzwerk Schule ohne Bundeswehr NRW, Sprecher Essener Friedensforum, VVN-BdA, GEW | **Winfried Wolf**, Potsdam, Chefredakteur Zeitung gegen den Krieg.

<https://frieden-links.de>  
<https://www.facebook.com/friedenlinks.de>  
<https://twitter.com/FriedenLinks>  
[info@frieden-links.de](mailto:info@frieden-links.de)  
 V.i.S.d.P. Wolfgang Gehrcke, Rykestr. 39,  
 10405 Berlin

1) Susanne Hennig-Wellsow, Janine Wissler, Den Kompaß neu ausrichten, Aufgaben für DIE LINKE nach der Bundestagswahl: <https://www.links-bewegt.de/de/article/457.den-kompass-neu-ausrichten.html>; Jörg Schindler in einer Vorlage an den Parteivorstand vom 9.12.2021 „Friedliche Außenpolitik und solidarischer Internationalismus“; Wulf Gallert, Linke Außenpolitik braucht die Rückkehr zu Marx, nd v. 4.1.2022.

# Erklärung des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke

## Unsere Partei muß gegen den Strom der Kriegsvorbereitungen schwimmen!

Im Parteivorstand der Linken soll wohl demnächst eine Vorlage behandelt werden, die einen „Vorschlag zur Bearbeitung der zu klärenden Fragen“ darstellt. Das Thema: „Friedliche Außenpolitik und solidarischer Internationalismus“

Auf fünf Seiten werden verschiedene Positionen miteinander verwoben, um die Kernformulierung des Ganzen als eine unter vielen erscheinen zu lassen. Bezogen auf das 2011 beschlossene Erfurter Parteiprogramm heißt es: „Akteure jenseits ‚des Westens‘ tauchen nicht auf. Angesichts der Zuspitzung zahlreicher Konflikte in den letzten 10 Jahren ist diese Leerstelle heute noch problematischer.“ Man könnte das auch so formulieren: Die Linke muß aufhören, nur den US-Imperialismus mit der NATO im Schlepptau für die akute Gefährdung des Weltfriedens verantwortlich zu machen.

Diese Herangehensweise würde einen relativierenden Blick auf die Aggressivität der „Akteure ... des Westens“ erlauben, indem die Verantwortung für die gefährliche Weltlage ebenso Rußland und China zugeschrieben wird.

Es ist hier nicht der Platz, all die Fakten aufzuführen – begonnen bei der NATO-Osterweiterung – welche die oben beschriebene Position der Äquidistanz ad absurdum führen würden. Jedem ist freigestellt, von Putins Rußland zu halten, was er will. Aber Krieg wollen die Russen nicht. Mit 27 Millionen Toten im II. Weltkrieg wissen sie zu gut, was Krieg bedeutet, und die Chinesen wissen das auch. Und wir können wissen: Die die Menschheit bedrohenden ökonomischen, politischen, ideologischen und militärischen Zuspitzungen haben ihre Hauptursache darin, daß der im Niedergang befindliche US-Imperialismus unter allen Umständen diesen Niedergang stoppen will. Daraus resultiert, daß das aufsteigende China zum Hauptfeind erklärt wird und dessen faktischer Verbündeter Rußland natürlich auch. Begründet wird das alles damit, daß es sich um autoritäre Staaten handelt, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Wollte die NATO alle Nationen züchtigen, in denen es um die Menschenrechte nicht gut bestellt ist, sie müßte damit beginnen, sich selbst zu geißeln.

Zurück zur Vorlage „Friedliche Außenpolitik und solidarischer Internationalismus“.

Wulf Gallert, Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes der Linken und zudem stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Kommission beim Parteivorstand, liefert für diese Vorlage die entsprechende ideologische Munition im ND vom 4. Januar 2022 <sup>[1]</sup>. Dort finden wir seinen Artikel „Linke Außenpolitik braucht die Rückkehr zu Marx“. Marx kann sich bekanntlich nicht mehr wehren.

Gallert bedient sich folgenden Konstrukts. Er zitiert verkürzt den jungen Marx aus

der Einleitung „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“, so daß noch suggeriert wird, dies sei d e r kategorische Imperativ – also das von Marx präferierte, unbedingte ethische Gesetz, „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Nun gibt es solche



Grafik von Käthe Kollwitz, 1924

Verhältnisse weltweit, und auch Rußland und China, Venezuela und Kuba sind nicht das Paradies auf Erden. Gallert sieht nun ein, daß es illusorisch für unsere Partei wäre, „den Anspruch zu erheben, im globalen Maßstab all diese Verhältnisse umstürzen zu können“. Gallert formuliert also, was für Die Linke im Bereich des Möglichen läge. Linker Internationalismus habe „nicht zuallererst Beziehungen von Staaten oder Machtblöcken als zentralen Bezugspunkt ..., sondern die Situationen und Verhältnisse, in denen Menschen leben, unabhängig von ihrer Nationalität oder Staatsangehörigkeit“. In dieser Konsequenz sei, so Gallert weiter, „die Orientierung an den Menschenrechten nicht die Übernahme einer eurozentrierten bürgerlichen Weltsicht, sondern Ausdruck linker Identität“.

Man kann es kürzer sagen: „Linker Internationalismus“ erfordert nach Gallert, überall alles anzuprangern, was, zumindest seiner Auffassung nach, an den Pranger gehört – völlig unabhängig davon, in welcher objektiven Lage sich ein Land befindet. Hier endlich bietet sich die Möglichkeit, die Leerstelle zu füllen und die „Akteure jenseits ‚des Westens‘“ ins Spiel zu bringen.

Würde Wulf Gallert, hätte er etwa vor 80 Jahren gelebt, nicht nur Hitlerdeutschland angeprangert haben, sondern auch die britische Kolonialpolitik, die nun wirklich jede Kritik verdiente? Hätte er nicht nur die Bombardements der deutschen Faschisten verurteilt,

sondern auch die Bombardierungen deutscher Städte? Hätte er innenpolitische Probleme der Sowjetunion thematisiert, als diese auf Leben und Tod kämpfte? Nicht nur für sich selbst, sondern für die ganze Menschheit. Hätte er das jüdische Großkapital attackiert, während sechs Millionen jüdische Menschen auf schreckliche Weise ermordet wurden? Er hätte das wohl nicht getan.

Wenn Gallert also in seinem ND-Artikel zum Beispiel meint, man müsse in puncto russischer Außenpolitik nicht immer gleich berücksichtigen, „daß all dies ja nur die logische Antwort auf eine aggressive NATO-Strategie sei“, dann erhebt sich doch die Frage: Was ist es denn dann? Welche Leerstelle soll denn hier gefüllt werden? Wollen wir uns zukünftig mit der psychologischen Kriegsführung gegen Rußland und China gemein machen und dies noch als Rückkehr zu Marx deklarieren? Wollen wir die faktische Entsolidarisierung mit Kuba oder Venezuela wirklich verlogen mit dem Begriff linker Internationalismus umschreiben? Es geht für Kuba und Venezuela nicht zuletzt entweder um Souveränität oder – wie Lateinamerika geschichtlich und aktuell belegt – um ein erbärmliches Dasein im US-amerikanischen Hinterhof, nachdem mit allen fortschrittlichen Kräften blutig abgerechnet wurde. Chile vergessen? Argentinien vergessen? Kolumbien vergessen? Uruguay vergessen? Alles vergessen?

Nicht nur Wulf Gallert scheint die Lage nicht zu begreifen, in der wir alle uns befinden. Es geht um Leben oder Tod, um Sein oder Nichtsein, und für diese Lage gibt es einen Hauptverantwortlichen: Das ist der US-Imperialismus mit der NATO im Schlepptau. Alle bürgerlichen Medien sind darauf ausgerichtet, das zu verschleiern. Wenn wir diese Manipulationen auch noch mitmachen, werden wir nicht mehr gebraucht; so wie sich die Sozialdemokratie 1914 überflüssig machte, als sie den Kriegskrediten zustimmte.

Die Linke darf die Äquidistanz nicht zu ihrer Politik machen. Würde sich die von Wulf Gallert, Matthias Höhn und weiteren Protagonistinnen und Protagonisten vertretene Linie auf dem kommenden Parteitag im Juni 2022 durchsetzen, gäbe es in diesem Land keine in den Parlamenten vertretene Partei mehr, die die UN-Charta verteidigt und gegen den Strom der Kriegsvorbereitungen schwimmt. Das dürfen wir nicht zulassen.

**Kommunistische Plattform der  
Partei Die Linke  
Berlin, 6. Januar 2022**

### Anmerkung:

[1] Der im ND dokumentierte Text ist eine stark gekürzte Version der Analyse zur internationalen Politik der Linken, die auf der Europaplattform die-zukunft.eu erschienen ist.

# Eine bemerkenswerte Korrespondenz zwischen Bundesgenossen

Unser Autor Prof. Dr. Gerhard Oberkofler aus Wien schrieb für die österreichische „Zeitung der Arbeit“ einen Beitrag, in dem es u.a. um die erhellende Korrespondenz zwischen dem Theologen Emil Fuchs aus Leipzig und dem religiösen Sozialisten Hugo Kramer in Genf geht. RF veröffentlicht eine gekürzte Fassung.

Die 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) war keine atheistische Insel, schon weil im deutschen Volk aufgrund seiner Geschichte die Religion eine fundamentale Kraft ist. Die DDR stand der Religion nicht als Feind gegenüber. Von ihrem Ansatz her dachten Kommunisten, daß unter sozialistischen Verhältnissen das „Opium des Volkes“ mit der Zeit überflüssig werden würde. Die Aneignung der wissenschaftlichen Weltanschauung durch die Menschen ist aber ein komplizierter Prozeß, der mit Rückschlägen rechnen muß. Unsere Zivilisation ist nach wie vor weit davon entfernt, auf evidenzbasiertem Wissen mit einer neuen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Ordnung für ein besseres Morgen aller Menschen hinzuarbeiten. Angesichts der deutschen Vergangenheit waren Kommunisten und Christen in der DDR von der gemeinsamen Hoffnung getragen, wenigstens ein Teil des deutschen Volkes könnte mit der DDR eine friedliche Perspektive entwickeln. Zudem besteht zwischen Kommunismus und Christentum keine prinzipiell unüberwindbare Barriere.

Der von den Faschisten aus seinem Kirchenamt verjagte und verfolgte evangelische Theologe Emil Fuchs (1874–1971) ist 1949 in die DDR als Professor für Systematische Theologie und Religionssoziologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Leipzig übersiedelt. Diese Universität war seit 1945 im Aufbruch begriffen. Das Leipziger Umfeld hat Emil Fuchs zu seinem Büchlein „Marxismus und Christentum“ ange-regt, das im Rückblick ein befreiungstheologisches Pionierwerk ist. Er spricht darin von jenen Eigentumsverhältnissen, die auf der einen Seite den Reichtum weniger und auf der anderen Seite Armut und Elend der vielen bedingen. Über diese Einsicht in die Realität der Eigentumsverhältnisse kam Emil Fuchs auf direktem Weg zu dem von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) in der Schweizer Emigration geschriebenen Werk „Der Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus“, das „am überzeugendsten“ die Herausbildung der Monopole und des Finanzkapitals und deren barbarische Herrschaft über die Menschen analysiert und den Blick auf „eine die Menschheit umfassende Schau und damit eine alle sittlichen Kräfte wachrufende Aufgabe“ wieder geöffnet hat. Geschichte? 2021 werden nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation über 150 Millionen Kinder durch Arbeit ausgebeutet, was in etwa allen Einwohnern von Spanien, Frankreich und Italien zusammen

entspricht. Nirgends auf der Welt gibt es einen Gerichtshof gegen dieses Gewaltverbrechen des Reichtums. Es sei „Schuld der Kirche“, so Emil Fuchs, daß dieser Blick sich nur im radikalen Gegensatz zu ihr entfalten konnte: „Wie groß aber wäre unsere Schuld, wenn wir nun wieder kein Auge hätten für das Große und kein Ohr für den lebensweckenden Ruf?“ Emil Fuchs war in freundschaftlichem Kontakt mit Hugo Kramer (1890–1969), der ab



Emil Fuchs

1911 in Zürich und seit 1941 bei und in Genf lebte und dort als religiöser Sozialist den „Zeitdienst“ herausgab. Hugo Kramer war eine Ausnahmeerscheinung, so wie der schweizerische Kommunist Konrad Farner (1903–1974), der im November 1956 aufgrund einer von der Neuen Zürcher Zeitung organisierten Hetzjagd mit seiner jungen Familie seinen Wohnsitz in Thalwil fluchtartig verlassen mußte. „Hängt ihn!“ – so war die Losung der von der NZZ mobilisierten ca. 300 Personen vor dem Haus der Farner-Familie. Zum 70. Geburtstag von Kramer schreibt Farner in einer veröffentlichten Würdigung, die ein Zeugnis über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Christen ist: „... Gewiß, wir verfechten nicht die gleiche Weltanschauung: Sie sind ein überzeugter Christ, ich zähle mich zu den Marxisten. Was uns aber eint, das ist der Wille zur Gestaltung einer neuen besseren Welt, das ist die Idee des Sozialismus. Dieser uns verbindende Wille ist weit stärker als unsere Differenzen. Das besagt allerdings nicht, daß ich stets mit Ihren politischen Ansichten und Kommentaren übereinstimme. ... Was ich jedoch ganz besonders schätze, das ist Ihr unentwegt christliches Sein als Sozialist“. Emil Fuchs schreibt am 21. Dezember 1956 an Hugo Kramer, weil sich in der Schweiz wegen der medialen Manipulationen der Ereignisse in Ungarn der Antikommunismus vehement zugespitzt und unter vielen religiösen Sozialisten Zweifel über die Richtigkeit ihrer Kooperation mit Kommunisten verbreitet hat. Fuchs erklärt ehrlich und logisch seine sich aus der historischen Wirklichkeit ergebende

Position zum Problem der Gewalt und zur Situation der DDR im Kalten Krieg:

„(...) Anfangen will ich mit dem, was die Lage der Menschheit betrifft: Wir sind ein Häuflein, das sich beauftragt fühlt, Frieden zu schaffen und dem Geiste der Gewalt, des Machtbegehrens und der Habsucht entgegenzustehen, wo wir auch immer sind und wirken können oder müssen.

Wir haben aber zu wirken in einer Menschheit, deren Massen und führende Schichten glauben, das Mittel der Gewalt, sei es zum Schutze, sei es zum Erreichen ‚berechtigter‘ Ansprüche anwenden zu dürfen, ja zu müssen. Der Kommunismus in seiner marxistischen Form teilt mit uns die Überzeugung, daß Gewalt des Menschen unwürdig ist, glaubt aber gleichzeitig, daß dieser Glaube erst verwirklicht werden könne, wenn die Umwandlung der Gesellschaftsordnung erreicht ist, die den von dort ausgehenden Zwang zu Gewaltübung unnötig macht.

So ist die kommunistische Welt auf dem Wege der Gewalt geboren und hat dies Schicksal weiter zu tragen, auch da, wo sie nun daran arbeitet, es zu überwinden. Aber sie läßt keinen Zweifel darüber, daß sie gewillt ist, ihr Dasein mit jedem Mittel der Gewalt zu verteidigen.

Welche Seite in dem gewaltigen Kampf wir für die richtigere halten, wir haben es mit auf uns zu nehmen, daß die, die wir dabei als Bundesgenossen haben, bereit sind, am entscheidenden Punkt Gewalt einzusetzen. Können wir aber mit Menschen zusammenarbeiten, seien sie sog. Christen oder Materialisten, die auch an Gewalt zu appellieren ev. bereit sind?

Diese Menschen haben ja nun neben ihrer Haltung dieser Frage gegenüber noch andere Dinge, die zu sie zu tun haben. Ich für mein Teil bin nach dem Osten gegangen, weil ich glaube, daß diese neubeginnende Weltgestaltung das Notwendige tut, das der heutigen Menschheit aufgetragen ist – vom Schicksal – Gottes Schicksal –, eine Gestaltung zu beseitigen, die ohne Zweifel diese Menschheit in unaufhörliche Kämpfe stürzen muß, weil ihr Wesen Kampf ist und nicht Liebe. Es ist die große Schuld der Christen – auch von uns allen –, daß dieses Werk nicht zur rechten Zeit aus unserm Gewissen heraus angegriffen wurde, sondern es zu dem kam, was in Rußland geschah und was nun Anfang der Erneuerung wurde.“

Am 2. Jänner 1957 schreibt Emil Fuchs wieder an Hugo Kramer:

„(...) Mir fiel über Nacht noch ein Gedanke ein, der unbedingt wichtig ist. Wenn wir Verständigung wollen, müssen wir uns dann nicht mühen, den Andern zu verstehen? Der, mit dem der Westen sich verständigen muß, ist nun einmal dieser böse Kommunist. Das ist er aber in dem Augenblick nicht mehr, wo wir wirklich versuchen, mit ihm um die Verständigung zu ringen – oder wie wir es tun, mit ihm zu arbeiten um die Verwirklichung dessen, was er Großes will.

Dann erkennen wir, daß er Gutes und Großes will. Dann sehen wir, daß er zu dem, was uns erschreckt, sich getrieben fühlt durch die große Not seiner Aufgabe, die er meint, nicht anders erfüllen zu können. Dann hören wir auf, das als entsetzliches Verbrechen anzurechnen, was wir einem uns mit seinen Zielsetzungen vertrauteren Staatsmann nur als ein verzeihliches Entgleisen vorwerfen. Wir sehen ja, welche edle, nationale u. andere Beweggründe er hat und sympathisieren mit seinen andersartigen. Die Herren Adenauer und Eden u. ähnliche werden das nie lernen. Aber wir sollten doch meinen, daß es die lernen sollten, die wahrhaften Frieden wollen. – Sie müssen es lernen.

Wir werden uns nie mit dem Osten verständigen können – weil wir ihn ja nicht verstehen können – so lange wir uns weigern, mit den Kommunisten unsers eigenen Landes Verstehen und Zusammenarbeit zu suchen. Nicht einmal ihr Mißtrauen, das an so vielem schuld ist, was man ihnen zum Vorwurf macht, wird man so überwinden.

Ein Socialismus, der wie in Frankreich lieber unsagbares Unheil anrichtet als mit Kommunisten arbeiten, eine Labour Party, die sowohl den 20. Parteitag als nun Ungarn nur sieht als Gelegenheit, Parteileidenschaft gegen den Kommunismus zu entwickeln (selbst New Statesman & Nation), arbeiten die am Frieden?

Vor allem aber müssen wir einsehen, daß Kommunisten und ihre Staatsmänner Menschen sind, wie andere, daß sie auch so kurz-sichtig und so überwältigt von Gewaltglauben sein können wie ein Dulles oder ein Eden und deshalb doch Besseres wollen als diese.

Und wenn wir Christen sind, Christi Botschaft verkünden wollen und sollen – können wir es wirklich, wenn wir nicht einmal so innerlich frei gemacht sind von unsern ererbten Vorurteilen, Nationalismen und Interessen, daß wir einen, der auf der andern Seite des bitteren

Kämpfens und Ringens steht, als einen Menschen nehmen können, mit gutem Willen wie wir und mit Sünde und manchmal Verzweiflung wie wir? Um dies Freiwerden des Christen in der Liebe Jesu Christi kämpfe ich vor allem, daß es uns geschenkt werde und den Seiten überall. (...).

Wer glaubt, daß er über die Lage im Osten besser von der westlichen Presse unterrichtet wird als durch uns, die wir die Dinge erleben, der scheidet als Eigengewicht aus (s. unsere religiösen Socialisten drüben, oder unsere tugendhaften Quäker). Wer alle die schweren Fehler und Machtentgleisungen des Ostens für sündhafter und schwerer nimmt als die eine Tatsache, daß z. B. in England oder Frankreich der Wille des Volkes Regierungen nicht beseitigen kann, die den Kreisen widerstandslos gegenüberstehen, die sofort an einer andern Ecke Feuer legen, sobald sie an einer unschädlich gemacht sind, der hat eben kein klares gerechtes Urteil. Wer alle Proteste gegen die gemeine und niederträchtige Führung des kalten Krieges, unter dem wir hier so bitter zu leiden haben, als nichts nimmt und dann Rußland verurteilt, wenn es in einer Lage wie in Ungarn keinen andern Weg weiß als den, den es ging, der nimmt eben an dieser ganzen Heuchelwelt mit teil, die immer nur 'drüben' den Sünder sieht. (...) Es ist völlig klar, daß keine der vorhandenen Mächte eine pacifistische Macht ist, auch Nehru nicht im strengen Sinn. Aber der Osten – und hier sind Rußland und China und Indien einer Meinung – will eine Verständigung und Frieden. Schon um des innern Aufbaus willen, haben sie das nötig. Alle sind bereit, sich mit jedem Mittel zu verteidigen, wenn man sie angreift – aber eben nur dann. War England in Ägypten angegriffen? War Rußland in Ungarn nicht angegriffen? – Aber Rußland hat jedenfalls jedes Weitergehen über die Sicherung in Ungarn hinaus vermieden. (...) Heute sind wir wirkende Pacifisten, wenn wir den Mut haben, dieser Verleumdung und Verhetzung gegenüber die Versöhnung mit dem Kommunisten zu betreiben, nur so können wir ihm helfen, seine Verhetzung zu überwinden und seine falschen Vorstellungen zu korrigieren und nur so können wir die Menschen um uns zur Versöhnung mit ihm bestimmen. Wer selbst der Hetze unterliegt, ist seiner pacifistischen Überzeugung untreu geworden und hilft am Werk der Zerstörung. (...)

Emil Fuchs blieb seiner Haltung treu und ließ sich nicht verbiegen. Breite Kreise seiner vom Westen ideologisch gelenkten Kirche distanzieren sich nach 1956 von ihm. Am 21. März 1957 klagt er Kramer: „Ich stehe unter Studenten, stehe einer sehr gehässigen Opposition der kirchlichen Kreise und unserer Fakultät gegenüber und sage in vollster Überzeugung, diese Kreise wissen gar nicht, in welcher wachsenden Isolierung von den andern, den verantwortungsbewußten Menschen sie stehen. Unser Bürgertum, das sich mit der Kirche seine Isolierung geschaffen hat, übt einen solchen Gesinnungsterror, daß man dort überhaupt nicht mehr weiß, wie die Menschen denken, die nicht im ‚Bruderkreis‘ stehen. Von da aus kommen dann solche Nachrichten, die nur dazu dienen, im Westen die Hoffnung auf einen Zusammenbruch zu stärken, was

eben Unsinn ist. – Die große Masse spürt, daß es aufwärts geht, und auch von da aus ist die Haltung in immer stärkerem Grade beruhigt. Daß wir dabei voller Kritik an den Zuständen sind, daran ist gar kein Zweifel – ich glaube, wir bis zu Pieck und Grotewohl wünschen im Innern und nach Außen uns alle aus der schweren Grenzsituation und ihren Folgen heraus. (...)

Hugo Kramer behielt sich in der Schweiz seinen offenen Blick. Er veröffentlichte 1961 einen Reisebericht über die DDR, worin er bei den Menschen das Lebensgefühl, daß „es vorwärts geht“, empfand. Über die Anfangsjahre der DDR schreibt Kramer: „Ich bin der letzte, der sich für Zwangs- und Diktaturmethoden zu erwärmen vermag. Allein bei nüchterner Überlegung muß sich jeder Sozialist sagen, daß eine Umwälzung, wie sie nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Ostdeutschland notwendig wurde, niemals möglich gewesen wäre, wenn sie nach den Regeln westlicher Demokratie – die eben eine bürgerlich-kapitalistische Demokratie oder gar Scheindemokratie ist – versucht worden wäre. Es mußte hart und oft autoritär zugegriffen werden, wenn eine neue, haltbare Ordnung aufgebaut werden sollte – daran kann überhaupt kein Zweifel sein. Daß dabei viele menschliche Fehler und Schwächen zum Vorschein kamen und bis zum heutigen Tag sichtbar geblieben sind, war unvermeidlich. Aber die besten Kräfte in der DDR geben sich nun doch redlich Mühe, den jungen Staat über diese Fehler und Schwächen hinwegzuführen. Und wenn sie dabei für uns oft zu wenig Selbstvertrauen zeigen und zu zögernd vorgehen, so ist daran in erster Linie der gewaltige Druck schuld, der vom Westen her auf die DDR ausgeübt wird und sie nicht zu einem normalen Leben in Frieden und Freiheit kommen läßt“.

Emil Fuchs blieb in all den Widersprüchen der DDR-Gesellschaft ein glaubwürdiger Christ. Seine Briefe öffnen den Blick für Menschen, die bereit waren, mit aufmerksamen Augen die Dinge hinter den von der BRD propagierten, zu Egoismus und Gleichgültigkeit hinführenden westlichen Konsumwerten zu sehen und sich nicht entmutigen ließen, als Einzelne und in Gemeinschaft für eine Veränderung der Welt zur ganzheitlichen Befreiung des Menschen zu wirken.

## Geschichte ist der Zukunft Fundament

Früher erschien mir beim Essen  
In der Stube der Tisch oft zu klein.  
Zwar mag ich ihn heute nicht messen,  
Doch ich sehe, zu groß muß er sein.

Einst flimmerte bildend ein Fernsehprogramm  
– zunächst sogar auch bloß schwarzweiß –  
Kulturvoll! – den heutigen Lügenschlamm  
Im Westformat gab es mit Fleiß.

Nicht antagonistisch materiell,  
Vermögend sich selber zu finden,  
So floß Sozialismus als frischer Quell  
Im Frieden einst ... Unter den Linden.

Von heut' mir Gedanken am Tische  
Versichern, Geschichte, sie bleibt  
Erhalten in eherner Frische  
Als Wahrheit, die Dummheit vertreibt.

E. Rasmus

Am 19. Dezember 2021 verstarb nach schwerer Krankheit im Alter von 71 Jahren der Vorsitzende der Regionalgruppe Dresden

### Andreas Barth

Mit Andreas verlieren wir einen Genossen, der seinen Überzeugungen auch in schweren Zeiten treu blieb und der, von hohem Verantwortungsgefühl getragen, über viele Jahre hinweg seine Kraft für den „RotFuchs“ und seine Verbreitung einsetzte. Wir werden Andreas ein ehrendes Andenken bewahren.

# Vor 75 Jahren wurde die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gegründet

Aufgewachsen bin ich in der Weimarer Republik. 1928 fand ich den Weg in die Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes. Ich erlebte in diesen Jahren die Duldung und Förderung der Nazi-Ideologie und stand Seite an Seite mit meinen Genossen und anderen Antifaschisten im Kampf gegen die lebensbedrohende faschistische Gefahr. Meine erste Verhaftung und Unterbringung in einer SA-Kaserne erfolgte im April 1933 in Dresden. Danach brachte man mich in das berüchtigte Schutzhaftlager Hohenstein in der Sächsischen Schweiz. Was ich dort an Demütigungen und grausamer Behandlung der Gefangenen erlebte, ist mit Worten kaum zu beschreiben. Aber das konnte meine Überzeugung nicht brechen, sondern verstärkte nur meine antifaschistische Einstellung gegenüber dem Naziregime. Deshalb setzte ich nach meiner Entlassung im Jahre 1934 die illegale Arbeit im Auftrag des Kommunistischen Jugendverbandes und der KPD fort. Am 13. Februar 1935 wurde ich von der Gestapo erneut verhaftet und im November wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren und vier Monaten Zuchthaus verurteilt. Von 1935 bis 1937 hat man mich im Zuchthaus Zwickau eingesperrt, 1937/1938 wurde ich im Achenbacher Moor gefangen gehalten und von 1939 bis 1945 war ich politischer Häftling im Konzentrationslager Buchenwald. Ich gehörte mit zu jenen Häftlingen, die auch unter den mörderischen Bedingungen der Haft den Widerstand fortsetzten und war Mitglied der illegalen Lagerorganisation. Nach unserer Selbstbefreiung am 11. April 1945 leistete ich am 19. April mit 21 000

überlebenden Häftlingen den inzwischen historisch gewordenen Schwur. Der Inhalt des Schwurs, der mit den Worten „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ endete, ist zur Grundlage meines Handelns in meinem späteren Leben geworden. Zurückgekehrt in die Freiheit, gehörten wir zu den Aktivisten der ersten Stunde. Wir, die wir die Hölle von Buchenwald überstanden, fühlten uns wie „neugeboren“. In Waldheim in Sachsen bin ich wieder Mitglied meiner alten Partei, der KPD, geworden. Der Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 war für uns eine wegweisende Orientierung für den Neuanfang. Auf Anregung von Antifaschisten wurde beschlossen, jeweils am zweiten Sonntag im September den „Tag der Opfer des Faschismus“ feierlich zu begehen. Schon am 9. September 1945 fand in Waldheim eine Kundgebung statt, auf der ehemalige Häftlinge aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern auftraten und über Verbrechen der Nazis berichteten. Die Gründung der VVN am 22./23. Februar 1947 war ein notwendiger Schritt zur Erhöhung der Wirksamkeit unserer Arbeit bei der Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse in unserem Land. Es gab schon vorher soziale Betreuungsstellen und Antifa-Gruppen, aber die VVN war eine parteiübergreifende Organisation mit eigenem Statut und Programm. Ihre Mitglieder stellten sich das Ziel, die Nazi-Ideologie aus den Köpfen zu vertreiben und einer neuen Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Wir ehemaligen Häftlinge fühlten uns verpflichtet, über die verbrecherische Rolle der Nazis besonders unter der Jugend

Aufklärungsarbeit zu leisten. Diese Gespräche erfolgten in Schulen, Antifa-Gruppen, aber auch in Betrieben und sogar in Jugendherbergen.

Das war nicht immer leicht, denn was da manchmal vor allem in den ersten Nachkriegsjahren an falschen Auffassungen über die Nazizeit und an Vorbehalten gegenüber unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur Sprache kam, war oft erschreckend. Aber wir ließen uns davon nicht beirren und waren uns stets unserer großen Verantwortung bewußt. Ich hatte darüber hinaus als Lehrer an einer Kreispartei-schule der SED die Möglichkeit, meine Aufklärungsarbeit über die verhängnisvolle Rolle des deutschen Faschismus fortzusetzen.

Mein Lebensweg möge Beweis genug sein, die Behauptung von dem angeblich verordneten Antifaschismus in der DDR als unerhörte Geschichtsfälschung zu widerlegen. Noch unerträglicher ist es, die DDR mit dem Faschismus auf eine Stufe zu stellen. Was dabei herauskommt, erleben wir Tag für Tag, wenn Kommunisten beschimpft und verleumdet, Ausländer gejagt, Juden bedroht und Nazi-Parolen wieder auf unseren Straßen gegrölt werden. Gegenüber diesen zunehmenden neofaschistischen Aktivitäten ist höchste Wachsamkeit geboten, damit uns nicht erneut widerfährt, was wir schon einmal erlebt haben.

**Reinhold Lochmann †**  
Lagerarbeitsgemeinschaft  
Buchenwaid-Dora e. V.

Entnommen den „Roten Kalenderblättern“,  
Februar 2001

## Über die Besten an der unsichtbaren Front

Henry Nitschke wird dem einen oder anderen bereits bekannt sein als Verfasser umfangreicher Bücher zur Arbeit der DDR-Sicherheitsorgane. Immer sind die Texte akribisch, analytisch, von irgendeiner Art „Siegerhäme“ weit entfernt. Was Nitschke schreibt, macht er gründlich und möglichst objektiv. Auch sein neuestes Buch, mehr als 700 Seiten stark, erschienen in der Berliner Edition Berolina, folgt diesen Maximen. Diesmal geht es um die Arbeit jener Hauptverwaltung Aufklärung, über die in der FAZ 2019 zu lesen war: „Sie wußten fast alles!“ Wenn das stimmt, und wir gehen mal davon aus, dann brauchte es dafür viele Helfer.

Und genau diese, die Inoffiziellen Mitarbeiter der HVA, stehen im Mittelpunkt des Nitschke-Buches. Gewinnung, Führung, Schulung, Nachrichtentransport sind die zentralen Punkte, die der Autor detailliert schildert.



Nichts Sensationelles oder gar Enthüllendes, nur die tagtägliche Tätigkeit, die zu jener oben erwähnten Einschätzung führte. Hinzu kommen Texte darüber, wie der nachrichtendienstliche Gegner versuchte, dagegen zu halten. Den Abwehrbemühungen des BRD-Verfassungsschutzes ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Mit viel Zeit und einiger Kraft in den Unterarmen – wegen der insgesamt 765 Seiten – kann man seine Neugier darüber stillen, mit wieviel Engagement und täglicher Kleinarbeit Frauen und Männer für die Friedensbewahrung in Mitteleuropa gearbeitet haben.

**U.J.**

Henry Nitschke: *An der unsichtbaren Front. Inoffizielle Mitarbeiter der MfS-Auslandsaufklärung*, Edition Berolina, Berlin 2021, 765 Seiten, sw-Abbildungen und Skizzen, 29,99 Euro, ISBN 9783958411159

## Zusammenstehen – heute mehr denn je!

Eigentlich wissen wir, welche Fragen wichtig sind.

Ganz oben auf der Liste steht die Frage von Krieg und Frieden und sie kann nicht losgelöst von dem, was die Menschen im Alltag bewegt und trifft, betrachtet werden.

Das Bundesgesundheitsministerium hat eine Umfrage bei Ungeimpften in Auftrag gegeben, die ergab, daß mehr als die Hälfte sich impfen lassen würde, wenn andere Impfstoffe zur Verfügung stünden. Diese anderen Impfstoffe haben schon vor Monaten ihre Zulassung bei der EMA beantragt, und wenn die Bundesregierung das wollte, würden sie sehr schnell zugelassen. Statt dessen werden Maßnahmen eingeführt, die gefährlich sind, wie 3G im Nahverkehr. Gefährlich, weil es zu Ausfällen kommen wird. Weil Menschen, die in dringend benötigten Berufen arbeiten, wie unter anderem in der Pflege, sich zur Wehr setzen werden. Und sei es, indem sie einfach aufhören, in ihren Berufen zu arbeiten. Das kann Stellwerke treffen, Kraftwerke, lebenswichtige Teile der Versorgung. Die Regierenden nehmen das offensichtlich billigend in Kauf.

Oder schauen wir auf die Gaspreise, die explodieren, weil in Westeuropa damit spekuliert wird, Nord Stream 2 wird hinausgezögert. Die neue Bundesregierung will die Kohlekraftwerke abschalten, erlaubt aber nur neue Gaskraftwerke, wenn sie auch mit Wasserstoff betrieben werden können; solche Gaskraftwerke sind aber noch nicht einmal entwickelt.

Momentan häufen sich Probleme in der Stromversorgung. In Berlin ist am 29./30. No-

vember vergangenen Jahres ein Heizkraftwerk komplett ausgefallen. Tausende Menschen saßen am Beginn der Winterperiode ohne Heizung in ihren Wohnungen.

Oder, ganz aktuell – es gibt zu wenige LKW-Fahrer. Seit Jahren schon werden Fahrer aus ganz Osteuropa in Deutschland eingesetzt. Aber die Kosten der Ausbildung müssen sie hier selbst übernehmen; der Lohn bleibt bescheiden. Und jetzt dürfen viele Fahrer aus dem Balkan gar nicht einreisen, weil ihre Impfungen hier nicht anerkannt werden und die Firmen damit überfordert sind, tägliche Tests zu machen.

Die gepriesene Elektromobilität macht zwar Schlagzeilen, aber keine guten. Die Autos sind im Grunde nur als Zweitgefährt zum Shopping zu gebrauchen; es fehlt die ganze Infrastruktur an Stromanschlüssen und Lademöglichkeiten. Sie sollen gebaut werden, aber es gibt nicht einmal die Bautrups, um die nötigen Kabel zu verlegen, und der Kupferpreis steigt gerade massiv.

Und bei all dem gilt es, den Kopf oben zu behalten, Vernunft und Menschlichkeit nicht preiszugeben.

Je mehr sie in der Gesellschaft verlorengelht, durch Spaltung und Hetze gegeneinander, desto stärker müssen wir an ihr festhalten. Dieses Ringen war und ist immer ein wichtiger Teil unseres Kampfes, auch wenn es erst einmal keine sichtbaren Erfolge hervorbringt.

Es war Antonio Gramsci, der seine wichtigsten Texte im Gefängnis schrieb (und gern bis ins liberale Ungefähre verwässert wird), der den Klassenkampf in Phasen des

Bewegungs- und in Phasen des Stellungskriegs teilte.

Der Stellungskrieg, das ist der beständige Belagerungszustand des Schützengrabens. Heute und hier befinden wir uns tief im Stellungskrieg, und die Aufgabe lautet schlicht: standhalten.

Das, was Gramsci den Bewegungskrieg nannte, ist die revolutionäre Phase, in der die Stellung der Klassen selbst in Fluß gerät und völlig neue Positionen errungen werden können. Bewegungskrieg, das sind die Tage, in denen sich Jahrzehnte ereignen. Sie sind zu erahnen, denn was wir gerade erleben, ist keine stabile Herrschaft. Eine solche Herrschaft bedarf nicht derart des Zwangs.

Und dennoch müssen wir jetzt schlicht die Stellung halten, unsere Menschlichkeit hüten und die Geduld bewahren, in dem Wissen, daß dieses Hüten der Menschlichkeit der härteste Teil des Kampfes ist.

Was auch immer noch versucht wird, um die Menschen hier so zuzurichten, daß sie sich eine Gesellschaft bieten lassen, die ihre eigenen Produktivkräfte verstümmelt, die Menschen als bloße überflüssige Verfügungsmasse namens „Humankapital“ behandelt, das einfach wegrationalisiert werden kann, damit die herrschende Klasse an der Macht bleibt und im großen Finanzcasino Gewinne eintreibt – wir wissen, daß diese Pläne letztlich scheitern müssen.

Wir lassen uns nicht entmenschlichen und entsolidarisieren, wir stehen zusammen, trotz alledem!

**Liane Kilinc**  
Wandlitz

## Marx und Engels beantworten Fragen zu Gegenwärtigem

Hier nun eine absolute Leseempfehlung für die trüben Winterstunden, in denen uns der panzerkreuzergraue Himmel direkt aufs marxistische Gemüt drückt. Marx und Engels geben Antworten auf Fragen der Gegenwart! Ach, ich höre schon den Aufschrei, sie können uns nicht helfen, die einen, sie sind lange begraben, die anderen. Den Gegenbeweis und damit auch den Beweis dafür, daß mancher sich marxistisch gebildet Nennende offensichtlich niemals gründlich gelesen hat, tritt ein Münchner Philosoph und Ästhetiker an: Konrad Lotter.

Dabei war es nicht von Beginn an Lotters Absicht, grundlegend Stellung zu beziehen, indem er die Denkungsart und -methode unserer beider Lieblingsbarträger des 19. Jahrhunderts hernimmt, um Antworten auf gegenwärtig anstehende Fragen zur Entwicklung der Gesellschaft zu geben. Dieses Verdienst gebührt wohl dem Verleger des Verlages, in dem das Buch erscheint.



Jener Mahboob Hassan veranlaßte Lotter wohl, bereits erschienene Texte mit neuen zusammenzufassen, um daraus dieses lezenswerte Buch entstehen zu lassen. Lotter erspart nun Interessierten, auf der Suche nach Antworten sich durch viele Seiten jener blauen Bände zu wühlen, die uns in unserem Kampf für eine bessere und friedlichere Welt bestärken.

Und er zeigt zugleich, daß man nie aufhören sollte, immer mal wieder nachzulesen, woberüber und auf welche Art Marx und Engels nachgedacht haben. Es könnte denkstoßend sein. Lesen Sie – jetzt!

**Uli Jeschke**

*Konrad Lotter: Anatomie der Gegenwart. Beschleunigung, Nachhaltigkeit, Utopie und Fortschritt aus dem Blickwinkel von Marx. Mangroven-Verlag, Kassel 2021, 196 Seiten, 18 Euro*

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

# Zur aktuellen Bedeutung von Lenins Schrift „Was tun?“

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

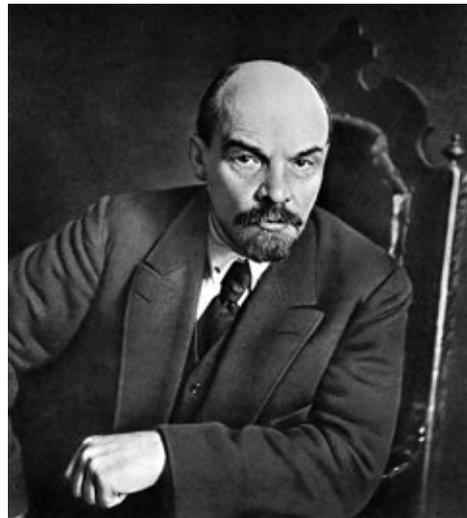
25. August 1977

Wenn wir vom Leninismus als dem Marxismus unserer Epoche sprechen, so hat dies seinen Grund nicht zuletzt in der folgenden Leistung Lenins: Er ist der Begründer der Partei neuen Typs. Das Werk „Was tun?“ verdankt seine herausragende Bedeutung der Tatsache, daß hier die entscheidenden Prinzipien entwickelt sind, nach denen diese Partei neuen Typs sich zum Vortrupp der revolutionären Arbeiterklasse formierte. Unter der Führung der Partei neuen, Leninschen Typs haben die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands das Tor in die kommunistische Zukunft der ganzen Menschheit aufgestoßen – der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist unauflöslich mit dieser Partei verbunden.

Lenins Arbeit „Was tun?“ ist eine Streitschrift. Sie trägt den Untertitel „Brennende Fragen unserer Bewegung“. Um welche Probleme geht es in der zwischen dem Herbst des Jahres 1901 und dem Februar des Jahres 1902 geschriebenen Arbeit? Lenin selbst führt sie im Vorwort auf: nämlich die Frage nach dem Charakter und dem Hauptinhalt der politischen Agitation der Arbeiterpartei, nach ihren organisatorischen Aufgaben und „nach dem Plan für den gleichzeitig und von verschiedenen Seiten in Angriff zu nehmenden Aufbau einer kampffähigen gesamtrossischen Organisation“<sup>1</sup>. Diese Fragen beantwortete Lenin in Zusammenhang mit einer grundsätzlichen Kritik an der damaligen russischen Variante des Opportunismus, nämlich des sogenannten Ökonomismus. Opportunismus – das sei hier eingefügt – bedeutet, auf eine knappe Formel gebracht, Aufgeben der Klasseninteressen des Proletariats, Unterordnung unter die Interessen der Bourgeoisie.

Worin besteht das Wesen dieses „ökonomischen“ Opportunismus? In politischer Hinsicht kennzeichnen ihn die Beschränkung auf bloße ökonomische Reformen der bestehenden kapitalistischen Ordnung und der Verzicht auf den politischen Klassenkampf gegen die kapitalistische Gesellschaft. In organisatorischer Hinsicht kennzeichnet ihn die Auffassung, daß eine selbständige zentralisierte Kampfpartei nicht notwendig sei, daß man darauf verzichten könne, in die spontanen Massenaktionen Organisiertheit, Disziplin und wissenschaftliche Bewußtheit hineinzutragen. Der „Ökonomismus“ mißachtet also

die Führungsrolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse als der höchsten Form ihrer politischen Organisation und baut statt dessen auf die Spontaneität, insbesondere aber auf den bloß ökonomischen Kampf. Wie aller – damaliger und auch heutiger – Op-



Wladimir Iljitsch Lenin

portunismus läuft er also darauf hinaus, die Arbeiterbewegung politisch zu entmündigen, ihre revolutionäre Energie zu lähmen, sie an die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse anzupassen.

Wollen wir eine erste Antwort auf die Frage geben, worin die Aktualität der Leninschen Schrift „Was tun?“ besteht, so ist festzuhalten: Sie ist von brennender Aktualität, weil der Hauptgegenstand ihrer kritischen Analysen, nämlich der Opportunismus in der Arbeiterbewegung, ja keine bloß historische, sondern eine noch immer gegenwärtige politische und ideologische Erscheinung ist. Lenins Werk enthält glänzende Argumente auch für die Kritik des heutigen Opportunismus, heutiger Versuche, die Arbeiterbewegung auf Gedeih und Verderb an die politischen und ideologischen Mächte des Kapitals zu binden. Ich will nun versuchen, einen kurzen Überblick über die in Lenins Werk behandelten Fragen zu geben: Es wird nicht möglich sein, auf sie alle im Detail einzugehen, wir müssen uns auf einige wenige beschränken. Ich hoffe, die knappe Übersicht regt dazu an, Lenins Schrift selbst zur Hand zu nehmen.

Aus der Notwendigkeit, die Illusion zu beseitigen, daß die Arbeiterklasse durch ökonomische Reformen, durch Ausweitung einiger demokratischer Rechte innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems befreit werden könne, entspringt Lenins Klarstellung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf.

Lenin zeigt, warum und in welchem Sinne der politische Kampf, d. h. wesentlich der Kampf um die Vernichtung der politischen Herrschaft der Kapitalisten und um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, das Primat hat vor dem ökonomischen Kampf um bloße Verbesserungen der Lage der Arbeiter innerhalb der nicht angetasteten kapitalistischen Ausbeuterordnung. In einer vorbereitenden Arbeit zu „Was tun?“ heißt es (und eben dieses Thema ist dann in „Was tun?“ detailliert ausgeführt): „Das Proletariat muß die Bildung selbständiger politischer Arbeiterparteien anstreben, deren Hauptziel die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat zwecks Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sein muß. Die ändern Klassen und Parteien soll das Proletariat keineswegs, als eine reaktionäre Masse‘ betrachten; es muß im Gegenteil am gesamten politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die fortschrittlichen Klassen und Parteien gegen die reaktionären unterstützen, jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende Ordnung unterstützen, der Verteidiger jeder unterdrückten Völkerschaft oder Rasse, jeder verfolgten Glaubenslehre, des rechtlosen Geschlechts usw. sein.“<sup>2</sup>

Am Rande sei angemerkt, daß Lenins Konzept von der Partei als dem straff organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse überhaupt nichts gemein hat mit Sektierertum, mit der Vernachlässigung der Bündnispolitik. Die Leninsche Generallinie für die Führung des Kampfes der Arbeiterklasse, die im eben zitierten Gedanken steckt, hat sich als die einzig richtige, einzig revolutionäre erwiesen. Denn dort und nur dort, wo die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und bewahrt hat, konnte sie auch den Sozialismus ins Werk setzen, wurde die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ihre Inbesitznahme durch die Produzenten selbst zur gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit. Diese Realität bestand in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Überall dort aber, wo der Opportunismus in der Arbeiterbewegung die Oberhand behalten

hat, existiert der Kapitalismus weiter, sind die Werktätigen unfrei, existieren Menschenrechte vor allem als Klassenrechte der kapitalistischen Minderheit.

Einen großen Raum nehmen in Lenins Arbeit jene Fragen ein, die sich auf das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit sowie auf die Rolle des ideologischen Klassenkampfes für die revolutionäre Befreiung der Arbeiterklasse beziehen. Einer der für die Entwicklung der Partei neuen Typs und für die revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt wichtigsten und aktuellsten Gedanken Lenins ist in den folgenden Sätzen enthalten: „Kann nun von einer selbständigen, von den Arbeitermassen im Verlauf ihrer Bewegung selbst ausgearbeiteten Ideologie keine Rede sein, so kann die Frage nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine ‚dritte‘ Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, die von Klassengegensätzen zerfleischt wird, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann). Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwächen von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“<sup>3</sup>

Wenden wir uns zunächst der Leninschen These zu, daß die Arbeitermassen aus sich heraus keine selbständige Ideologie entwickeln können. Diese These ist darum so entscheidend, weil aus ihr die Notwendigkeit folgt, daß die Ideologie, die Theorie in die noch weitgehend spontane Arbeiterbewegung hineingetragen werden mußte. Letzteres aber ist die oberste Aufgabe der revolutionären Partei. Es ist ganz im Geiste Lenins, wenn wir auch heute von der ideologischen Arbeit als dem Herzstück revolutionärer Parteiarbeit sprechen, und es ist eine charakteristisch Leninsche Auffassung, die er auch in „Was tun?“ begründet, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis geben kann. Nicht so – wie Lenin fälschlich unterstellt wird – als würde die Theorie die revolutionäre Praxis überhaupt erst erzeugen. Wohl aber in folgendem Sinne: Die Arbeiterklasse bleibt ohne revolutionäres, wissenschaftliches Bewußtsein unfähig, revolutionär zu handeln; denn für dieses Handeln braucht sie die richtigen Ziele und das Wissen um die richtigen Wege, sie zu erreichen.

Ideologie ist Klassenbewußtsein, Bewußtsein von der Lage, den Interessen, den Zielen einer

gesellschaftlichen Klasse. Läge nun – gerade wenn man vom historischen Materialismus ausgeht, von der Auffassung, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt – nicht die folgende Annahme nahe: Das proletarische Sein, die Lage der Arbeiter als vom Kapital ausgebeutete, unterdrückte, erniedrigte Klasse, müsse doch zwangsläufig ein adäquates proletarisches Klassenbewußtsein erzeugen! Genau dies bestreitet Lenin. Er zeigt, daß die Arbeiter von sich aus, aus der spontanen Bewegung heraus, aus ihren Lohnkämpfen, ihren Streiks, ihrem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit kein revolutionäres, sondern nur ein, wie es Lenin nennt, „tradeunionistisches Bewußtsein“ hervorbringen können. Unter letzterem ist zu verstehen „die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.“<sup>4</sup> Die Richtigkeit dieser Leninschen Auffassung vom Trade-Unionismus, zu übersetzen als „Nur-Gewerkschaftertum“, das sich aus der Spontaneität ergibt, läßt sich unschwer an der gesellschaftlichen Praxis überprüfen.

Warum also kann der ökonomische Kampf nicht von sich aus in revolutionäres Klassenbewußtsein umschlagen? Deshalb nicht, weil das letztere ein Ergebnis der Entwicklung der Wissenschaften ist, weil es auf den höchsten Errungenschaften der geistigen Kultur beruht. Lenin weist darauf hin, daß „die Lehre des Sozialismus ... aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangene (ist), die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden.“<sup>5</sup> Nun ist aber das Proletariat, ehe es sich, geführt von seiner revolutionären Partei, zum organisierten zielstrebigem Kampf gegen den Kapitalismus erhebt, ausgeschlossen vom wissenschaftlichen Entwicklungsprozeß; es hat – von Ausnahmen abgesehen – weder Möglichkeiten noch Mittel, wissenschaftliche Arbeit zu leisten. Erst im Verlaufe ihres revolutionären Befreiungskampfes erobert die Arbeiterklasse sich diese Möglichkeiten und diese Mittel; sie leitet damit allerdings auch ein neues Kapitel in der Geschichte der Wechselbeziehung zwischen Theorie und Praxis ein.

Daß die Herabminderung der sozialistischen Ideologie zwangsläufig zur Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie führt, hat seinen Grund darin, daß die bürgerliche Klasse mit der ökonomischen auch über die geistige Macht in der kapitalistischen Gesellschaft verfügt und riesige Mittel in Bewegung setzt, um ihre bürgerliche Ideologie als herrschende Ideologie zu erhalten und zu verteidigen. Nur durch den konsequenten, von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse geführten ideologischen Kampf vermag die spontane Arbeiterbewegung sich vom Einfluß bürgerlicher Auffassungen zu befreien und ihr selbständiges, wissenschaftliches Klassenbewußtsein zu entwickeln.

Abschließend sei betont: Das Leninsche Prinzip von der Notwendigkeit ideologischer Führungstätigkeit der Partei der Arbeiterklasse hat seine wahrhaft geschichtliche Bedeutung nicht bloß in Perioden der Vorbereitung und

der Durchführung der sozialistischen Revolution bewiesen. Es behält sein Gewicht auch nach dem Sieg der Revolution: Jede Seite des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus und jede Seite der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist unauflöslich mit ideologischem Kampf und ideologischer Arbeit verbunden.

#### Anmerkung:

- 1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 358
- 2) W. I. Lenin, Werke, Bd. 4, S. 170 f.
- 3) W. I. Lenin, Werke, Bd. 5, S. 395 f.
- 4) Ebenda, S. 386
- 5) Ebenda

#### Literaturempfehlungen

- Günter Heyden: Einführung in Lenins Schrift „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“. Dietz-Verlag, Berlin 1982
- Nikolai G. Tschernyschewski: Was tun? Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1979



#### Richtigstellung

Zu Wolfgang Herrmann: *Linke Lateinamerikas zwischen Erfolg und Gegenwind*, RF 288, S. 11, 1. Spalte, 3. Zeile

Bezüglich des VI. CELAC-Gipfels im September 2021 in Mexiko steht im Text fälschlicherweise die Aussage: „Nur Brasilien und Mexiko fehlten.“ Richtig muß es heißen: Nur Brasilien und Kolumbien fehlten.“

Zum 80. Geburtstag am 24. Februar beglückwünschen wir

### Peter Wozniak

sehr herzlich. Als Mitglied des Vereinsvorstandes und Vorsitzender der Regionalgruppe Halle ist Peter langjährig im „RotFuchs“ aktiv und hat sich durch erfolgreiche politische Arbeit verdient gemacht.

In enger Verbundenheit

**Vorstand und Redaktion**

# „Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will, ist sonnenklar.“ (1)

Man könnte annehmen, dieser Satz wäre einer der letzten Nummern des „RotFuchs“ oder einem anderen linken Blatt entnommen. Aber dem ist nicht so. Zu dieser vernichtenden Einschätzung über die Unfähigkeit des Kapitalismus zur Lösung einer der vordringlichsten Probleme für das Leben und Überleben des werktätigen Volkes kam Friedrich Engels schon vor 130 Jahren.

Als er 1872 und 1873 in der in Leipzig erscheinenden Arbeiterzeitung „Der Volksstaat“ eine Artikelserie unter dem Titel „Zur Wohnungsfrage“ veröffentlichte, griff er damit in eine Diskussion ein, die damals unmittelbar nach dem Sieg Preußen-Deutschlands über Frankreich die Gemüter sehr bewegte, besonders die der Arbeiter. Die Reichseinigung 1871 und der von Frankreich erpreßte „Milliardensegen“ hatten zu einer sprunghaften Entwicklung der Industrie geführt, die wiederum zu einer enormen Zusammenballung des Proletariats in den Großstädten und Industriezentren führte. Das Wohnungselend der Arbeiter nahm katastrophale Formen an. Kaum in einer anderen Stadt waren die Wohnverhältnisse für die Masse der Bevölkerung so miserabel wie in Berlin. Im Jahre 1870 hatte die Stadt 775 000 Einwohner, 1873 waren es bereits über 900 000, und 1876 wurde die Millionengrenze überschritten. Berlin wuchs Anfang der 70er Jahre des 20.

Jahrhunderts um etwa 50 000 Einwohner jährlich. Die Wohnungsnot rigoros ausnutzend, trieben die Hausbesitzer die Mieten in die Höhe. Die Mieteinnahmen stiegen von 1871 bis 1873 auf 190 Prozent. Wer die Wuchermieten nicht zahlen konnte, wurde erbarmungslos auf die Straße gesetzt. Im April 1872 hat man in Berlin 250 Familien mit 1500 Personen ohne Obdach registriert. Vor dem Kottbusser, Frankfurter und Landsberger Tor – heute die Gegend um den Ostbahnhof, Strausberger Platz und dem Platz der Vereinten Nationen – begannen regelrechte Barackenstädte aus dem Boden zu wachsen. Es waren elende, aller Zivilisation höhnsprechende Bretterbuden, in denen Hunderte von Obdachlosen mit ihrer kümmerlichen Habe hausten. Die Berliner Sozialdemokraten protestierten in mehreren Volksversammlungen gegen die menschenunwürdige Behandlung der Obdachlosen, unternahmen jedoch nichts, und so kam es Ende Juli 1872 zu heftigen Straßenkämpfen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Als am Donnerstag, dem 25. Juli, ein armer Schuhmacher in der Blumenstraße 51 seine Wohnung zwangsweise räumen mußte, führte das sonst alltägliche Ereignis zu einer Ansammlung von tausenden empörten Menschen. Und als dann auch noch in dieser angespannten Situation die Polizei vor dem Frankfurter Tor die Hütten der Obdachlosen niederriß, brachte das brutale Vorgehen gegen die Ärmsten der Armen den angestauten Volkszorn zur Entladung.

Drei Tage lang war der ganze Berliner Osten – die Frankfurter und Strausberger Allee, Weber-, Blumen- und Krautstraße sowie ihre Nebenstraßen – in Aufruhr. Aus Rinnebohlen und Pflastersteinen entstanden in den engen Straßen Barrikaden, ebenso in der Nähe des Alexanderplatzes und am Küstriner Platz. Das Polizeibüro in der Langstraße wurde gestürmt. Nahezu 1000 Polizisten hat man daraufhin gegen die erregten Massen eingesetzt. Zwei Bataillone des Kaiser-Alexander-Regiments und zwei Schwadronen der Garde-Drägoner standen in Bereitschaft, um mit Waffengewalt den Widerstand der empörten Bevölkerung zu brechen. Der sogenannte Blumenstraßen-Krawall wurde schnell niedergeschlagen. 159 Personen waren durch die Säbelhiebe der Polizei zum Teil schwer verwundet worden. 33 Anführer wurden vor Gericht gestellt und zu insgesamt 33 Jahren Zuchthaus und 30 Jahren Gefängnis verurteilt. (...) Für Marx und Engels zählten neben hinreichender Nahrung und Kleidung angemessene Wohnverhältnisse zu den wichtigsten materiellen Bedürfnissen der Menschen. In der Wohnungsfrage hatten sie schon frühzeitig eines jener sozialen Probleme erkannt, die das Leben weiter Kreise der Werktätigen unmittelbar berühren, jedoch vom Kapitalismus nicht gelöst werden können und daher seine Ablösung durch den Sozialismus erfordern. Diese Erkenntnis hatte Engels bereits 1845 in seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ gewonnen. Als sich dann Jahrzehnte später während der Gründerjahre die Wohnungsnot in allen kapitalistischen Ländern katastrophal verschärfte,

stellte Engels in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage“ fest, daß in allen Klassengesellschaften die arbeitenden Massen dazu verdammt waren, in schlechten, überfüllten und ungesunden Verhältnissen zu leben. Obwohl der Kapitalismus eine außerordentliche Entwicklung der Produktivkräfte bewirkte, änderte er daran nichts. Die Wohnungsnot ist im Kapitalismus „eine notwendige Institution, sie kann samt ihren Rückwirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird“. Erst dann würden – und die Praxis in der DDR hat es bewiesen – Boden- und Häuserspekulationen, Wuchermieten und andere von der kapitalistischen Wolfsmoral zeugende Unmenschlichkeiten verschwinden. Engels schrieb: „Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andre das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.“ Engels erörterte zugleich, wie die Arbeiterklasse im Prozeß der kommunistischen Umgestaltung die Wohnungsfrage lösen wird. Die proletarische Revolution werde auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse anfangs „die Dinge nehmen müssen, wie sie sie findet, und den schreiendsten Übeln mit den vorhandenen Mitteln abhelfen müssen“. Darüber hinaus wird es ihre Aufgabe sein, den vorgefundenen Wohnraum entsprechend der wachsenden Bedürfnisse zu vermehren. In diesem Sinne forderten die Kommunisten bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 „wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten“. Eisenhüttenstadt, Schwedt, Halle-Neustadt, Hoyerswerda – moderne Städte entstanden in unmittelbarer Nähe neuer Industriezentren. Bis Mitte der 80er Jahre wurden entsprechend des 1971 beschlossenen Wohnungsbauprogramms 2,4 Millionen Wohnungen errichtet, womit sich die Wohnbedingungen für 7,2 Millionen Bürger verbesserten. Heute leben bundesweit mindestens eine Million Menschen in ungesicherten Mietverhältnissen. Besonders in den Großstädten ist die Zahl der vom Wohnungsverlust bedrohten Haushalte angestiegen. Sie wuchs allein in Leipzig von 3746 im Jahre 1995 auf 6228 im Jahre 1999. Im gleichen Zeitraum nahmen die Zwangsräumungen um 105 % zu, was zu einem Anwachsen der Obdachlosen führte, deren Zahl mehr als 500 000 beträgt. (...)

„Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder abhelfen kann noch will“, ist eine Feststellung, die nicht nur zu Engels Zeiten galt.

**Prof. Dr. Erich Kundel**  
Eggersdorf

Quelle: Rote Kalenderblätter, Juni 2002

1 Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 18, Berlin 1981, S. 257.

Andrej Holm

## Objekt der Rendite

### Zur Wohnungsfrage und was Engels noch nicht wissen konnte

Wohnen ist alles andere als eine reine Privatangelegenheit. Als Ausdruck sozialer Verhältnisse und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen hat das Wohnen einen zutiefst gesellschaftlichen Charakter. In den Wohnverhältnissen spiegeln sich die grundlegenden Konflikte unserer Gesellschaft. Friedrich Engels hat in seinem 1872 veröffentlichten Text „Zur Wohnungsfrage“ die wohnungspolitischen Debatten seiner Zeit aufgegriffen und die regelmäßigen Wohnungskrisen aus der Perspektive der Politischen Ökonomie analysiert. Viele Überlegungen sind bis heute aktuell und helfen, scheinbar spezifische Konstellationen der Stadtentwicklung als grundlegende Strukturprinzipien zu erkennen.

Die Wohnungsfrage im 21. Jahrhundert zu stellen, bedeutet, über Engels hinauszudenken. Ökologische Herausforderungen der fortwährenden Urbanisierung und regulationstheoretische Überlegungen zur Reichweite staatlicher Eingriffe in das Wohnungswesen und anderes prägen die diesbezüglichen Diskussionen der letzten Dekaden und haben die klassische Wohnungsfrage um neue Facetten erweitert.

Dietz Verlag, Berlin 2021, 176 Seiten, 16 €, ISBN 978-3-320-02388-1

# Was uns Michael Tschesno-Hell hinterließ

**A**us Anlaß des 120. Geburtstages von Michael Tschesno-Hell am 17. Februar sollen das Werk des Drehbuchautors, der Personen und Epochen der Geschichte Deutschlands und der Arbeiterbewegung in Szene setzte, etwas näher betrachtet und vor dem Vergessen bewahrt werden.

Geboren wurde er 1902 in Wilna. Schon mit 20 Jahren wurde er Mitglied der KPD und Mitarbeiter der kommunistischen Presse. In einem Gedenkband für Alexander Abusch blickte Tschesno-Hell später anekdotenhaft auf seine Tätigkeit im Jahr 1924 zurück. Abusch war damals Chefredakteur der „Neuen Zeitung“ in Thüringen, für die Tschesno-Hell als freier Mitarbeiter regelmäßig über das Leben in der Sowjetunion schrieb. Als dieser sich eine Erhöhung seines Zeilenhonorars erbat, lehnte Abusch jedoch ab. „Er eröffnete mir“, berichtete Tschesno-Hell, „daß er trotz bestem Willen mein Honorar nicht erhöhen könne.“ Statt dessen habe Abusch ihn in Anbetracht seiner „Verdienste um die Zeitung ... mit sofortiger Wirkung zu seinem Moskauer Sonderkorrespondenten“ ernannt.

Viel Ehre, aber wenig Geld – trotzdem mögen das für Tschesno-Hell noch gute Zeiten gewesen sein im Vergleich zu seiner späteren Tätigkeit für die Zeitschrift „Über die Grenzen“ in den frühen 40er Jahren in der Schweiz. Dort lebte der Autor, der vor den deutschen Faschisten fliehen mußte, mit Ehefrau und Tochter in einem Flüchtlingslager, übte aber dennoch die Funktion des Chefredakteurs aus. Die Zeitschrift, die insgesamt 14mal erschien, gab er gemeinsam mit Hans Mayer und Stephan Hermlin heraus.

1947, Tschesno-Hell war bereits wieder in Deutschland, wurde er Mitbegründer des Verlages Volk und Welt, den er bis 1950 auch leitete. Bald wandte er sich dem Film zu und war zumeist als Szenarist für die DEFA und das Fernsehen der DDR tätig. Gemeinsam mit dem Schriftsteller Willi Bredel schrieb Tschesno-Hell die Szenarien der beiden Filme „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ (1954)

und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ (1955), die auch heute noch als DVD erhältlich sind. Die Filme seien „ein Auftrag unserer Regierung unserem großen Arbeiterführer zu Ehren“ gewesen, berichtete Bredel später. „Diese Filme trugen wesentlich dazu bei, die Rolle der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei in den Kämpfen der Epoche zu verdeutlichen und das Geschichtsbewußtsein der Werktätigen zu formen“, heißt es in dem Band „Literatur der DDR“. Und Walter Ulbricht lobte: „Die Verfasser ... geben eine ergreifende Darstellung des Heldenkampfes der Antifaschisten und zeigen in hoher künstlerischer Gestaltung die Entwicklung Ernst Thälmanns vom Führer der Hamburger Arbeiter zum Führer der deutschen Arbeiterklasse.“

Später erschienen die beiden Karl-Liebknecht-Filme „So lange Leben in mir ist“ (1965) und „Trotz alledem“ (1972), die wichtige Episoden aus dem Kampf der Arbeiterklasse darstellen. Ebenfalls 1965 wurde der zweiteilige Fernsehfilm „Die Mutter und das Schweigen“ gezeigt, der den antifaschistischen Widerstandskampf einer deutschen Arbeiterfrau zum Inhalt hat. Die Filmerzählung „Der Maler mit dem Stern“ von 1971 stellt das kämpferische Leben des Malers Alfred Frank dar, der 1945 von den Faschisten hingerichtet wurde.

Der aktuellen Zeitgeschichte widmete sich Tschesno-Hell bereits 1956 gemeinsam mit Henryk Kreisch und Slatan Dudow in der satirischen Filmkomödie „Der Hauptmann von Köln“. In Anspielung auf den „Hauptmann von Köpenick“ verwandelt sich der unscheinbare Kellner Hans Albert Hauptmann ganz ungewollt in den Hauptmann Albert. Dadurch wird er zu einem ehemaligen Soldaten der Wehrmacht, der an Kriegsverbrechen beteiligt war. Der richtige Hauptmann Albert wird später ebenfalls in die Handlung eingeführt, so daß die Verwechslung auffliegt. Das Geschehen dreht sich um die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik und die anstehende Amnestie für Kriegsverbrecher. „Dank dieser sogenannten Amnestie, die wir siegreich durchgeföhchten

haben“, sagt im Film ein Dr. Brandstätter, „werden viele Tausende deutscher Männer jetzt endlich wieder mit offenem Visier kämpfen können. Und in dieser Stunde, meine Herren, darf ich ein Geheimnis lüften: Einer davon bin ich, Dr. Karl Brandstätter, bis vor kurzem sogar Vorsitzender einer Entnazifizierungs-Spruchkammer! Heute kann ich wieder mit Stolz sagen: Bin ehemaliger SS-Gruppenführer, Träger des Goldenen Parteiabzeichens und sogenannter Kriegsverbrecher!“ Der Kellner Hans Albert Hauptmann hingegen muß für fünf Jahre ins Gefängnis. „Aber nicht, weil er ein Kriegsverbrecher ist, sondern eigentlich, weil er keiner ist!“, sagt am Ende des Filmes ein junger Mann. 2016 erschien ein Buch über Michael Tschesno-Hell, das Ralph Hammerthaler unter dem Titel „Der Bolschewist“ veröffentlichte. Offensichtlich war der Filmemacher „ein Mann mit vielen Gesichtern“, wie die UZ daraufhin in einer Buch-Rezension schrieb. „Seine Unverträglichkeit stieß viele ab, und sein schlichtes revolutionäres Pathos erschien altmodisch.“ Schriftsteller Erwin Strittmatter beschrieb Tschesno-Hell in seinen Tagebüchern im Jahr 1959 äußerst negativ: „Bald aber hat Tsch. wieder eine neue Idee. Stets aber braucht er Menschen, die diese Ideen in die Tat umsetzen. Er selbst kann keine, auch nicht die kleinste Sache zielstrebig verfolgen. Er kann nicht zuhören, wenn andere etwas sagen. Er wird unfreundlich, ja aggressiv, wenn andere auch nur vorsichtig widersprechen ... Ein Mensch also, der schwer zu ertragen ist. Ein Mensch, der deshalb keine Freunde hat.“ Als „unglaublich charmant, in jeder Beziehung anspruchsvoll“, hat ihn hingegen die Schauspielerin Irma Münch in Erinnerung. Tschesno-Hell sei „ein Wahrheitsfanatiker und umfassend gebildet“ gewesen. So oder so: Er schuf ein bedeutendes Werk, das auch heute Beachtung verdient. Dafür erhielt er zahlreiche Ehrungen, darunter dreimal den Nationalpreis der DDR. Michael Tschesno-Hell starb am 24. Februar 1980 in Berlin.

**Bernd Gerwanski**  
Lohne (Oldenburg)

## „Die Faust muß weg!“

**S**o tönte es nach dem Sieg der Konterrevolution in der DDR, zuerst hinter vorgehaltener Hand und dann immer dreister und offener von den ewig Gestrigen in Köpenick. Worum ging es? Am Zugang zu Alt-Köpenick, dem traditionsreichen Berliner Bezirk, steht auf dem Platz des 23. April ein Denkmal, das eine Arbeiterfaust darstellt. Der Platz erinnert in Dankbarkeit an die Befreiung Köpenicks vom Hitlerregime durch die Rote Armee am 23. April 1945. Das Denkmal ist den Opfern der Köpenicker Blutwoche geweiht, als mordende SA-Banden im Juni 1933 Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Antifaschisten meuchelten. Manche Leiche fand man erst Monate später.

Jedes Jahr trafen sich nicht nur Köpenicker Bürger auf diesem Platz vor der „Faust“, um

der Befreiungstat der Roten Armee zu gedenken, die Opfer der Köpenicker Blutwoche zu ehren und zu versichern, ein Mordregime wie das faschistische Deutschland und auch den Weg dorthin nie wieder zuzulassen. Ich erinnere mich noch an eine solche Kundgebung Mitte der 90er Jahre, als der Redner, der damalige sozialdemokratische Bürgermeister Köpenicks, Dr. Ulbricht, genau das beschwor. Vergessen wir nicht: 1933 tilgte Hitlerdeutschland Denkmale, Straßennamen, Ehrenbürgerschaften, mordete Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Juden, Demokraten und humanistische Intellektuelle. 1945 wurde diese Kulturbarbarei im Osten Deutschlands vollständig beseitigt und auch in Westdeutschland teilweise. Die alten Namen kamen wieder zu ihrem Recht, vor allem

Antifaschisten wurden geehrt. Seit 1990 nun werden, ähnlich wie nach 1933 – nicht ganz so schnell, und noch nicht blutig – wieder Denkmale der Humanisten und Antifaschisten geschleift. Sogenannte Opferverbände spielen mit ihren geschichtsverfälschenden Aktivitäten und ihrer antihumanen Hetze eine wahrhaft unrühmliche Vorreiterrolle.

Fazit: Sage mir, wie Du mit der Geschichte umgehst, und ich sage Dir, auf welcher Seite des Lebens Du stehst – Sozialismus oder Untergang in der Barbarei! Jagen wir endlich, um unser aller und um unserer Kinder Willen diese menschenfeindlichen Barbaren zum Teufel! Wir sind doch die Mehrheit.

**Prof. Dr. Lothar Berthold †**

Aus: Rote Kalenderblätter, August 2003

## BUCHTIPPS

**Unternehmen Gespensterwald**

Das ernsthafte, aber einfühlsame Kinderbuch baut auf einigen Episoden des von Wolfgang Neuhaus 1963 in der Sowjetunion recherchierten Romansujets für „Kampf gegen Sternlauf“ (1968 Militärverlag) auf. Mit für DDR-Bücher bekannten anspruchsvollen Illustrationen von Heinz Rodenwald erzählt Bodo Schulenburg die Flucht des Wehrmachtsgreiften Fritz Schmenkel, der im Winter 1941 tagelang einen weiten Weg zurücklegt, um nicht mehr für den Hitler-Krieg sein Leben einsetzen zu müssen.

Er trifft schließlich auf eine Partisaneneinheit, deren Kampf er fortan unter ständiger Gefahr unterstützt. Nicht alle Episoden, z.B. der Einsatz in einer gegenüber von Wehrmachtssoldaten stationierten Propagandaeinheit, zu denen er mit einer „Geisterstimme“ (getarnte Lautsprecher) spricht, sind belegt. Zeitzeugen berichten jedoch, daß er auch als Dolmetscher von gefangenen Wehrmachtssoldaten eingesetzt wurde.

In einer weiteren Episode wird die Begegnung Schmenkels mit inhaftierten Kindern nach seiner Festsetzung durch die Feldgendarmarie im Dezember 1943 in Minsk geschildert. Ob es dieses Treffen tatsächlich gab, kann ebenfalls nicht nachgewiesen werden. Daß jedoch Verbrechen an Kindern in Belorußland begangen wurden, bedarf keiner nachträglichen Beweisführung. Für Jugendliche verfaßte Bodo Schulenburg 1969 das Hörspiel „Gesucht wird – Fritz Schmenkel. Der letzte Kampfauftrag“ (Komposition Siegfried Matthus), das bis 1978 mehrfach ausgestrahlt

wurde. Diese und weitere Publikationen dokumentieren, daß die „DDR-Kulturbürokratie“ keineswegs mit der Ehrung von Fritz Schmenkel als Held der Sowjetunion „überfordert“ war, wie es im Kalenderblatt DIZ, Torgau, Februar 2021, hieß.

An der Seriosität einer Rezension des Kinderbuches auf einer Fachtagung von Historikern im September vergangenen Jahres in Innsbruck, in der es als Beispiel der Instrumentalisierung Fritz Schmenkels in der DDR diffamiert wurde, darf gezweifelt werden.

**Peter Blechschmidt, Chemnitz**

*Bodo Schulenburg: Unternehmen Geisterwald, Kinderbuchverlag, Berlin 1968, 86 Seiten, für Kinder ab 9 Jahren (erhältlich z.B. amazon, booklooker)*

**„Kabinettstücke“ von Tobias Bank**

Was mit einer unbedarften Sammelei eines 14jährigen Jungen begann, entwickelte sich zur Lebensaufgabe eines heute 36jährigen. Tobias Bank ist Sammler und Kurator zahlreicher Ausstellungen. Sein Schwerpunkt ist die DDR-Geschichte. Nun stellt er 50 Exponate seiner Sammlung in einem Buch vor. Den Großteil übergaben die ehemaligen Besitzer und Würdenträger der DDR oder deren Angehörige direkt an ihn. Andere wurden dazugekauft oder vor dem Wegwerfen gerettet. Bei den Exponaten handelt es sich um teilweise seltene Auszeichnungen, besondere



Alltagsgegenstände, historisch bedeutsame Erinnerungsstücke oder personenbezogene Ehrengeschenke, die alle etwas über den Staat DDR und die Zeit seines Entstehens aussagen. Dem Politikwissenschaftler ist es wichtig, die einzelnen Objekte in ihre Zeit zu stellen. Jedes von ihnen ist letztlich eine historische Quelle für sich und damit Grundlage für die ihnen zugeordneten Texte im Buch, in dem er nicht zuletzt die ehemaligen Besitzer der handverlesenen ausgewählten Stücke ehrt. Die Publikation soll indes nicht verherrlichen, sondern Lust auf Geschichte machen.

Wer die Sammlung von Tobias Bank mit Exponaten unterstützen möchte, kann sich direkt beim Autor melden.

*Das Buch kann unter [tobias.bank@gx.de](mailto:tobias.bank@gx.de) beim Autor oder im ND-Shop unter Tel. 030 29 78 16 54 bestellt werden.*

## Christine Laszar gehörte dazu

Sie spielte in mehr als 20 DEFA-Filmen, stand mit Jürgen Frohriep, Hans-Peter Minetti, Alfred Müller und Otto Mellies vor der Kamera. Ihren 90. Geburtstag, den sie am 19. Dezember 2021 begangen hätte, erlebte sie nicht mehr. Von Kindesbeinen an wollte die 1931 in den Masuren geborene Christine auf die Bühne oder zum Film. Als Kriegsflüchtling kam sie mit ihrer Mutter nach Vorpommern. Als eine der jüngsten studierte sie dann an der in Rostock neu gegründeten Schauspielschule sowie in Westberlin. Erste Engagements hatte sie am dortigen Renaissance-Theater, beim Kabarett „Die Stachelschweine“ sowie am „Theater der Zeit“ in München. Ihre Filmkarriere begann, als der Brecht-Regisseur Erich Engel (1891-1966) mit ihr die Hauptrolle in „Geschwader Fledermaus“, einem Antikriegsfilm, besetzte. Nach den Schrecken des Krieges glaubte sie, daß es eine neue, bessere Gesellschaftsordnung geben müßte, die sie in der DDR zu finden hoffte. So zog sie 1958 – nach der Scheidung von ihrem ersten Ehemann, dem Schauspieler Rudolf Schündler – mit ihrer vierjährigen Tochter Katrin von München nach Ostberlin. Zunächst wohnte sie mehrere Monate im



**Szenenfoto aus dem DEFA-Film „Weißes Blut“, in dem Christine Laszar an der Seite von Jürgen Frohriep agiert  
Foto Frohriep (Defa-Foto)**

Gästehaus der DEFA. Hier lernte sie den aus Köln übergesiedelten Karl-Eduard von Schnitzler kennen, der beim Rundfunk arbeitete und ebenfalls geschieden war. Sie heirateten bald, doch die Ehe hielt nur vier Jahre.

An der Volksbühne Berlin spielte sie 1960 gemeinsam mit Armin Müller-Stahl in „Schwitzbad“, einem Stück von Wladimir Majakowski, das aber durch die Parteiführung nach der Premiere gleich wieder abgesetzt wurde. Es folgte eine erfolgreiche Zeit als Filmschauspielerin.

Aus den Streifen „For eyes only“, „Der Arzt von Bothenow“, „Weißes Blut“ und dem Krimi „Schwarzer Samt“ sowie dem Fernseh-Mehrteiler „Tempel des Satans“ ist sie in guter Erinnerung. Rollen in der bekannten Fernsehreihe „Der Staatsanwalt hat das Wort“ oder im Mehrteiler „Krupp und Krause“ gehörten ebenfalls zu ihrer umfangreichen Filmografie. Sie gestaltete vorwiegend mondäne Damen der Gesellschaft. Die Schauspielerei, die sie ohnehin nicht bis zur Rente betreiben wollte, gab sie Ende der 70er Jahre auf und begann als Redakteurin beim Fernsehen. Filmfeuilletons und Künstlerporträts waren ihr Metier. Mit ihrem Wechsel ins Ostseestudio erfolgte der Umzug nach Rostock. Leider war es um ihre Sehkraft nicht gut bestellt, was Ende der 80er Jahre schließlich zur Invalidität führte. Trotz aller Probleme ließ sich Christine Laszar ihren Optimismus nicht nehmen und verlebte in Rostock-Schmarl noch viele schöne Jahre. Zuletzt lebte sie in Berlin, in der Nähe ihrer Tochter. Am 17. November 2021 starb Christine Laszar in einem Pflegeheim.

**Ursula Rosentreter**  
Rostock



Wir respektieren die Entscheidung unseres langjährigen Mitgliedes der Partei Christa Luft, die Partei zu verlassen. Sie gibt mit dem Parteibuch nicht ihre politische Überzeugung ab. Sie verweigert aber der Parteiführung die Gefolgschaft. Lothar Bisky hatte auf dem Gründungsparteitag 2007 erklärt: „Wir stellen die Systemfrage.“ Dieser Gründungskonsens wurde sukzessive aufgekündigt, wie Christa Luft meint. Ihr Schritt ist die Folge vieler Äußerungen, die sie von führenden Genossen vernommen hat. Eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, der sie seit 1958 angehört, verläßt man nicht leichten Herzens. Wesentlich, wenngleich nicht unbedingt entscheidend für sie ist der Umgang des Bundesvorstandes mit dem Ältestenrat. Wir teilen ihren Eindruck, daß man uns seit Jahren ins Leere laufen läßt. Wenn man den Rat der Alten nicht wolle, solle man dies auch sagen. Das hatte auch schon der Vorsitzende des Ältestenrates, Hans Modrow, im vergangenen Jahr wiederholt öffentlich gefordert. Am 9. Januar fand die jährliche Ehrung in der Gedenkstätte der Sozialisten unter Beteiligung der Parteiführung statt. Dieses ehrende Gedenken hat eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung - aber im Selbstverständnis des Parteivorstandes sind Haltung und Erkenntnisse der vorangegangenen Generationen von Sozialisten und Kommunisten keine Richtschnur des Handelns. Im Grunde wird diese Demonstration, die doch die Verbindung von Gegenwart und Vergangenheit sichtbar verkörpert, von der politischen Führung instrumentalisiert, also mißbraucht. Wer aber keine Vergangenheit hat, hat auch keine Zukunft.

Und wer aus einer krachenden Wahlniederlage keine Schlüsse zieht, verliert erneut. Ohne personelle Konsequenzen bleibt es beim „Weiter so!“ Und das führt immer mehr dem Abgrund entgegen. Deshalb ging Christa Luft.

Ihr Schritt sollte ein deutliches Signal sein auch für Landesvorstände und -vorsitzende, für alle, die noch die Kraft für eine Kurskorrektur haben: Wir dürfen diese Partei nicht aufgeben! Wir dürfen sie nicht einigen wenigen überlassen, deren Ziel offenkundig darin zu bestehen scheint, Helfer am Krankenbett des Kapitalismus zu sein. Wir wollen dieses System nicht heilen, sondern müssen es überwinden! Das ist nicht der Wunsch von fünf Prozent der Wählerinnen und Wähler, sondern von weitaus mehr Menschen in diesem krisengeschüttelten Land. Sie wollen und müssen wir erreichen und gewinnen. Das ist der Zweck unserer Partei. Mandate sind eben nicht alles, auch wenn ohne Mandate alles nichts ist. Besinnen wir uns unserer Wurzeln, kehren wir zu ihnen zurück!

**Erklärung des Ältestenrates zum Austritt von Christa Luft aus der Partei DIE LINKE**

Nach der Landtagswahl in Berlin im September 2021 strebte die Die Linke erneut nach Machtanteilen im Senat von Berlin. Ein Koalitionsvertrag zwischen SPD, der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke ist unter Dach und Fach. Die Berliner Vorstände von SPD und Bündnis90/Die Grünen haben dieses Pamphlet abgenickt. Die Linke delegierte die Entscheidung auf ihre Mitglieder in den Basisgruppen. Sie durften bis zum 18. Dezember entweder nickend zustimmen oder kopfschüttelnd ablehnen darüber zu befinden, ob die Partei mitmachen soll, Immobilienhaie entgegen des eindeutigen Volksentscheides der Berliner vom September 2021 nicht zu enteignen, die Ausschreibungen für Verkauf, die Zerstückelung und Privatisierung der S-Bahn weiterhin zuzulassen, den Stadtautobahnbaun mitten durch den von der Natur besetzten Korridor der Stadt weiter durchzuführen und den Berlinern zusätzliche öffentliche Freiheitseinschränkungen aufzuzwingen.

Der mehrheitlich rechtsflügelige Vorstand appellierte an seine schon seit längerem gesplante Basis, ihm gegenüber „solidarisch“ zu entscheiden und seine Senatsposten und Gehälter durch Zustimmung zum Koalitionsvertrag abzusichern. Geradema wenig mehr als 50 Prozent der rund 8000 Mitglieder der Linkspartei in Berlin haben den Kuli zur Abstimmung überhaupt bewegt. Die anderen knapp 50 Prozent ließen die Abstimmungspapiere links liegen. Sie waren von dem bisherigen Mitregieren ihrer Partei in der Hauptstadt zumindest frustriert. Rund 75 Prozent stellten dann ihren Vorstand zufrieden und machten ihr Kreuz bei „Ja“ zum „Kuscheln“ mit SPD und den Grünen.

Ein politisch erfahrener Schiedsrichter würde sofort auf „Eigentor“ entscheiden, denn weltweit hat sich gezeigt, wenn sich eine linke Partei an der Regierungsverwaltung des kapitalistischen Systems beteiligt, verlor sie ihre eigene Stimme und vor allem die Stimme ihrer einstigen Wähler. Jede sich als links bezeichnende Partei, die im Kapitalismus mitregieren will, muß sich die entscheidende Frage stellen: Wo hat sie denn bisher durch Mitregieren kapitalkonträre Veränderungen, gar den Übergang in ein alternatives Gesellschaftssystem erreicht? Nirgendwo, kann da nur die Antwort lauten. Im Gegenteil: Beim Wechsel von Regierungen mit linker Beteiligung wegen Unfähigkeit, die Probleme eines Landes zu lösen, wurden rechte Regierungen installiert, wie z.B. in Brasilien, Italien und Spanien. Mag eine Linkspartei noch so akribisch versuchen, in Regierungsverantwortung für die Menschen soziale Fortschritte zu erreichen, ihr wird am Ende für alles, was nicht eingelöst wurde, die Schuld in die Schuhe geschoben.

Mitregieren von linken Parteien im bürgerlichen Machtapparat führt immer zu politischen „Eigentoren“.

**Manfred Wild, Berlin**

Nun ist es geschehen. Annalena Baerbock ist deutsche Außenministerin. Wer da an Entspannung, Abrüstung und friedlichen Dialog denkt, ist im Irrtum. In vorausweisendem Gehorsam geht sie flugs an die Abarbeitung der von den USA diktierten langen Liste aggressiver Außenpolitik. Da wird zunächst die angebliche menschenverachtende Flüchtlingspolitik des belarussischen Präsidenten Lukaschenko ins Visier genommen. Kaum ein Tag vergeht ohne wüste Beschimpfungen und die Androhung weiterer Sanktionen. Natürlich stehen Rußland und China weiterhin ganz oben auf der Agenda. Nord Stream 2 wurde nicht vergessen und auf Betreiben der Grünen zunächst gestoppt. Die Gründung einer

Tochtergesellschaft nach deutschem Recht, der Nord Stream AG, mit Sitz in der Schweiz war die Folge. Das Zertifizierungsverfahren bleibt ausgesetzt. Wen interessieren da schon die ins Unermeßliche steigenden Energiepreise für den Verbraucher? Statt sich für Völkerverständigung einzusetzen, spricht sich die neue Außenministerin, getreu den Vorgaben der USA, für einen Boykott der Olympischen Spiele in Peking aus.

**Siegfried Duske, Biedenkopf**

Von fünf größten „Kritikpunkten“ an Olympia in China schreibt DIE WELT. Womit man schlicht Verleumdung meint. Wellen von Haß und Hetze gehen über Medien und Sender. Es soll keine Olympiade des Sportes werden, wie es der ursprüngliche Gedanke war, der Gedanke der Völkerverständigung. Alle, die sich seit Jahren bei Rußland oder China in reine Haßkommentare hineingefiern, wissen um die Geschichte von Olympia, wissen, wo überall die Spiele stattfanden, wissen um zahllose Diktaturen und Schreckensherrscher, um Menschenrechtsverletzer, brutalste Regime bis zu Katar, zu welchem nicht annähernde Kommentare zu lesen sind. „Kritikpunkte“ zu China werden hoch- und heruntergebetet. Warum wird zu Taiwan, Hongkong, Uiguren und allem, was als Diktatur Bezeichnung findet, nicht auch Chinas Geschichte erwähnt? Warum nicht mal Aufklärung zu Kolonialherrschaft, Kriegen und Völkermord? Wer redet eigentlich über die großen Unterdrücker? Sportfans und Sportler auf Haß ohne Geschichte, Hintergrund und Wahrheiten zu trimmen, das ist zu tiefst zu verurteilen. Hat China sich selbst die Spiele verordnet? Warum hat sie wer an China liebend gern vergeben? Haben die Herrschenden des Westens so gar nichts verhindern können? Ist ihnen das Szenario gar sehr willkommen? Warum ist Katar für Fußball besser geeignet als China für Wintersport? Warum ist in China alles teurer Protz und woanders nicht der Rede wert?

Wären Spiele bestens aufgehoben in den „guten“ Ländern, die Jahrzehnte schon Kriege führen für Menschenrechte, die ihre Menschenrechte in Hunger, Elend, Bomben, Vertreibung, Flucht täglich bewundern können?

Braucht es noch mehr Kritikpunkte? Vielleicht der Vorzug eines Landes, das mit Corona schon bewiesen hat, wie gesellschaftliches Handeln wohl auch bei großen Sportereignissen den Veranstaltern bessere Arbeitsbedingungen bietet.

Wenn nun noch von sportlicher Fairness erzählt wird, bleibt nur, sich zu übergeben. Menschenrechte beweinen, eignen Dreck verschweigen und Haß, Haß, Haß säen, da muß sich jede Redaktion fragen, worum es ihr wirklich geht.

**Roland Winkler, Aue**

Sie haben aus der Geschichte nichts gelernt. In den täglichen Nachrichten wird behauptet, Rußland beabsichtige, die Ukraine zu überfallen. Das altbekannte „Spiel“ der GUTEN und der BÖSEN wird unbeirrt fortgesetzt. Sollte die Situation dort eskalieren, was weltweite katastrophale Folgen hätte, dann melde ich mich freiwillig ... und werde in die „Fußstapfen“ meines Vaters treten.

Mein Vater Rudolf wurde schwer verwundet mit dem letzten Flugzeug aus dem Stalingrader Kessel ausgeflogen, war 1944 als deutscher Unteroffizier fahnenflüchtig, hatte den Weg zum Widerstand um Anton Saefkow gefunden und an der Seite der Schukow-Armee aktiv im Kampf um Berlin teilgenommen. Seine wechselvolle politische Lebensgeschichte wird

heute gern als stalinistisch bezeichnet, doch das hat ihn nie beirrt. Die Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion war ihm stets eine Herzenssache. Auch wenn sich vieles in der Welt verändert hat und die Kräfte des Fortschritts und des Friedens in der Defensive zu sein scheinen, halte ich an meinen Überzeugungen fest und bin sehr, sehr stolz auf meinen Vater. Eigentlich bin ich froh, daß er die „Blindheit“ deutscher Politiker heute nicht mehr erleben muß.

**Michael Drabinski, Fredersdorf**

Die Bundeswehr hat im Nachgang zum sogenannten Fest des Friedens eher beiläufig den Neubau einer Kasernenanlage im litauischen Rukla angekündigt, wo die deutsch geführte NATO-Kampfgruppe für dieses Land stationiert ist.

Kaum ist die SPD an der Regierung, schon zündelt sie im Bündnis mit den Grünen wieder. Was so verbrecherisch unter ihrer Verantwortung in Jugoslawien begann, setzt sie nun unmittelbar an der Grenze zu Rußland fort. Sie läßt damit die heuchlerische Maske fallen und will mit viel Steuergeld die Bundeswehr endgültig auf fremdem osteuropäischem Boden stationieren. Sie engagiert sich mit Soldaten und Kriegsgerät in einem Land, in dem während des 2. Weltkrieges mit Hilfswilligen der faschistischen Wehrmacht und SS ungeheure Verbrechen verübt wurden, deren Kollaborateure dafür heute öffentliche Ehrungen erfahren. Diese Bundesregierung wird wohl keine Gelegenheit auslassen, um sich auch mit militärischen Mitteln gegen Rußland in Stellung zu bringen. Damit tritt sie das elementare Menschenrecht auf Frieden für alle Menschen mit Füßen. Ihre hochtrabenden Worte über die Bewahrung und Pflege friedfertiger Beziehungen tritt sie in die Tonne zugunsten imperialer Interessendurchsetzung. Die EU als „Friedensnobelpreisträger“ und die NATO entpuppen sich als das, was sie schon immer waren – permanente Kriegstreiber. Der Kampf gegen diese Institutionen bürgerlicher Macht muß deshalb die dringendste Aufgabe linker Politik bleiben.

**Raimon Brete, Chemnitz**

Was ich denk und tu, traue ich meinen Nächsten zu. Dieses alte Sprichwort hat nichts an Bedeutung verloren. Es scheint in den Köpfen politischer Akteure von heute eingeebnet, um eigene provokatorische Handlungen positiv darzustellen, Lügen, Behauptungen ohne Beweise und Fake News zu legitimieren. Nehmen wir nur einige Beispiele: Die Sache Nawalny. Sachlich betrachtet ein mit einem Oppositionsschild versehener Krimineller, der für mehrere Straftaten verurteilt ist. Diese von westlichen Kräften aufgebaute Person sollte agitatorisch der Nagel zum Sarg der russischen Pipeline Nord Stream 2 werden. Das beweislose Lügengebäude brach vor der Weltöffentlichkeit trotz oder gerade wegen der versuchten Beweisführung durch befehlsabhängige Labore krachend zusammen. Ähnlich der Fall Skripal, der ebenfalls in seiner beabsichtigten Wirkung wie eine Seifenblase platzte. Der Druck der baltischen Staaten, Polen und der Ukraine auf die Westmächte, mit allen Mitteln die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu verhindern, hat eine gewisse Wirkung. Gegenwärtig wird ein Deal mit Flüchtlingen gestartet, die Türkei erhält, um die Fluchtroute über Griechenland zu unterbinden, Geld aus der EU. Schleuser entdecken rein zufällig eine Möglichkeit, über Belarus das Geschäft weiterzuführen. Die Macher des Deals hoffen auf ein Einschreiten seitens Rußlands, wenn bestimmte Situationen an der Grenze entstehen, das wäre wieder ein Grund, die Inbetriebnahme der Pipeline infrage zu stellen.

Es geht offensichtlich darum, Rußland permanent zu schaden. Wo sich eine Möglichkeit bietet, wird diese genutzt, sei es durch Sanktionen, Propaganda oder erbärmliche Lügen. Die Nichtanerkennung und die Erwerbsverweigerung des Impfstoffs Sputnik 5 trifft Rußland nicht so sehr, vielmehr fördert sie das Corona-Chaos in der BRD. Die Weigerung, Sputnik 5 anzuerkennen und zum schnellen Überwinden der Pandemie beizutragen, lag nicht im Interesse der Herrschenden. Der Bürgerwille, den Impfstoff schon wegen seiner hohen Wirksamkeit zu verwenden, wurde schlicht ignoriert. Er hätte ja dazu beitragen können, Rußlands Reputation zu erhöhen, was es zu verhindern galt.

**Gerhard Perlick Bützow**

Droht ein neuer Krieg in Europa? Daß wir uns dieser Frage noch einmal stellen müssen, wurde nach 1990 mit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages völlig ausgeschlossen. Man meinte, daß nun eine Zeit dauerhaften Friedens in Europa angebrochen sei. Leider hat sich diese Hoffnung sehr schnell zerschlagen.

Angefacht wird das Feuer durch die USA und ihre NATO-Partner, die ihre selbstgewählte Rolle als Bestimmer der Weltpolitik nicht aufgeben wollen und das auch mit Waffengewalt durchzusetzen versuchen. Daß dabei Abertausende Menschen ihr Leben verloren, sind sogenannte Kollateralschäden. Hinzu kommt, daß mit der Produktion und dem Export von Waffen sehr viel Geld verdient wird. Dieses Ziel, Maximalprofit zu sichern, fordert die Führung von Kriegen geradezu heraus. Die gegenwärtige Situation in der Ukraine hat sehr starke Parallelen zur Kuba-Krise im Oktober 1962. Auslöser war damals die Tatsache, daß die Sowjetunion auf Kuba Atomraketen stationieren wollte. Das stellte für die USA eine nicht zu akzeptierende Provokation dar. Dabei sollte nicht vergessen werden, es war, wie oft in solchen Situationen, die Reaktion der Sowjetunion auf die Stationierung von amerikanischen Atomraketen 1959 in Italien und der Türkei. Damit ergab sich eine politische Gemengelage, die sich zu einer atomaren Apokalypse für die Welt entwickeln konnte. Chruschtschow war sich der tödlichen Gefahr bewußt und unterbreitete in einem persönlichen Telefonat mit dem damaligen Präsidenten der USA J. F. Kennedy konkrete Vorschläge zur friedlichen Lösung der gefährlichen Lage: Die Sowjetunion zieht ihre Atomraketen aus Kuba zurück und die USA verzichten im Gegenzug auf eine Invasion des sozialistischen Inselstaates. Zudem werden die US-Atomraketen aus der Türkei abgezogen. Letztendlich erkannte auch Kennedy den Ernst der Lage und stimmte den Vorschlägen Chruschtschows zu. Diese Haltung Kennedys war in seinem politischen Umfeld nicht unumstritten. Deshalb entschied die Sowjetunion, den Abzug der Raketen aus der Türkei ohne großes Aufsehen voranzutreiben zu lassen. Damit präsentierte sich Kennedy über Jahre als der starke Mann und eigentliche Sieger bei der Bewältigung der Krise.

Eine wichtige Schlußfolgerung aus dieser Zeit ist übrigens, daß es seit 1962 einen persönlichen Draht zwischen Moskau und Washington gibt. Die Präsidenten der beiden Länder haben darüber hinaus die Verfügungshoheit über den „roten Koffer“ mit dem Geheimcode für den Start der Atomraketen. Letztlich entscheidet also die oberste politische Kraft und nicht das Militär über deren Einsatz.

Die Angebote Putins zur Verhinderung der Eskalation des Ukraine-Konflikts liegen auf dem Tisch. Bleibt zu hoffen, daß US-Präsident Biden diese nicht aus schlägt.

**Ralf Kaestner, Bützow**

*Zu Wolfgang Herrmann: Ein Sieg des Sandinismus, RF 287, S. 11*

Die Lektüre über Nicaragua hat richtig gutgetan, nach der generell schlechten Presse auch im links-liberalen Bereich. Habe mir als Student aus Solidarität mit den Sandinisten fast ein Magengeschwür eingehandelt, weil ich jahrelang ausschließlich den scharfgebrannten Nicaragua-Kaffee getrunken habe. Ich meine, bei so einer tollen Bilanz müßte Ortega keine Opposition der Welt fürchten. Deshalb ist der faktische Ausschuß einiger rechtsgerichteter Kandidaten aus meiner Sicht überflüssig gewesen. Beste Grüße von Mössingen – dem Widerstandsdorf von 1933 – an der Steinlach.

**Gerhard Oberlader, Mössingen**

Mit der Sozialdemokratie an der Spitze der neuen Regierung müßte man eigentlich Arbeiterpolitik erwarten. Doch wann war dies jemals der Fall? Schon jetzt ist klar, welche Schichten und Kreise, ja Personen, bevorteilt werden. Zudem lassen die jüngsten Verlautbarungen der Außenministerin Schlimmes erwarten. Sie sollte an den Ausgang des 2. Weltkrieges erinnert werden, den sie zu ihrem eigenen Glück nicht erleben mußte.

**Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Eisenhüttenstadt, Montag 13. Dezember 2021, polizeilich angemeldet und genehmigt: Montagsdemo (seit 2004) gegen Sozialabbau, Ungerechtigkeit, Altersarmut und Rassismus vor dem Friedrich-Wolf-Theater. Polizei informiert, daß ab 18 Uhr die Impfgegner, angemeldet über AfD, an gleicher Stelle ihre „Protestveranstaltung“ mit anschließendem „Spaziergang“ genehmigt bekamen.

Die selbst ernannten „Revoluzzer“ von 1989 trommelten sich auf den „Wir sind das Volk“-Wanst und forderten „ihr“ Grundgesetz zurück. Aber was haben diese mit der Entstehung des Grundgesetzes zu schaffen? Sollte nicht eine volksabgestimmte Verfassung den inneren und vor allem äußeren deutschen Friedenswillen ins Buch der Geschichte schreiben? War nicht die Konterrevolution Wiege des heutigen Zustands, wurde nicht schon genug auf uns rumgetrampelt, daß nicht mehr gefragt wird, „wem nutzt das“ oder warum sich das „Volk“ hinter seiner Wohnungstür verschanzt, heimlich jammert, daß sich keiner mehr kümmert? Warum geistert mir der „Rattenfänger von Hameln“ schon wieder im Kopf rum?

Wen wollte die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ mit ihrer Namensgebung ködern – etwa die, deren Hals sie einen Kopf kürzer machten und auf die Kriegsaläre des Kapitals für „Volk und Vaterland“ knallten? Das Strickmuster ist heute immer noch das gleiche. Da wird die erschossene Familie, deren Mörder zum Querdenken verführt, das Grab seiner Frau und seiner unschuldigen Kinder schaufelte, zum Märtyrer; der Fürstenwalder Bürgermeister Rudolph zum Helden, weil er eigenmächtig für deren Rathaus ungesetzlich 1 G ausruft; medizinischem Personal Durchhalteparolen gegen ihren geschworenen Eid eingehämmert; Impfbussen vor Schulen Gewalt angedroht und den „Blauen Jungs“ schon mal Unterstützungsbonus bei dieser Randalie in Aussicht gestellt ...

Als der Fürstenwalder „Kulturschaffende“ eins der bekanntesten Arbeiter- und Kampflieder ankündigte und meine Befürchtung Bestätigung erfahren mußte, war mein Maß an Akzeptanz der Meinung von Andersdenkenden angereizt. Den Mißbrauch und schändliche Verunglimpfung der „Internationalen“ durch den „Rattenfänger“ kann und werde ich nicht

zulassen! Das Lied der Pariser Kommune, die Fanfare der weltweiten sozialistischen und kommunistischen Bewegung und der sowjetischen Nationalhymne, des Landes der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, darf nie wieder als Tapete der deutschen und internationalen braunen Brut dienen! Und genau dagegen sind wir und haben uns erneut geimpft. Das Virus heißt Kapitalismus!

Wer von den „Gegnern“ darf sich eigentlich „Einheimischer“ nennen und wer zählt alles zu den „Reisekadern“, die in „Trödelmarktart“ Demo-Märkte überfallen? Auffallend vermehrte KFZ-Kennzeichen aus Ffo, Ftw, Gub, und nicht jedes Los dürfte aus Ebst stammen.

Und die „Blauen Jungs“ standen dekorativ in der Landschaft, keine Ansage wegen Einhaltung des Mindestabstandes oder zur Maskenpflicht! Ist das die neue Deeskalationsstrategie, oder nicht Beihilfe durch Unterlassung seitens der Exekutive, vielleicht aber auch heimliches Beifallklatschen?

War es die Ohnmacht, die mich zwang, ganz allein wenigstens ein Zeichen setzen zu müssen, nur mit Mundschutz und meinem E-Mobil mitten durch und entgegen der Laufrichtung dieser Prozession fahren zu müssen? Bemerkungen wie „falsche Richtung“ oder „falsche Seite“ hielt ich mein Bürgersteig- und Meinungsrecht entgegen. Diese Aktion verlief unter „gegenseitiger Rücksichtnahme“, vielleicht auch, weil den Abschluß ein „Blaues Mädels“ und einer ihrer Jungs bildete? Wie werden wir damit umgehen? Weitere Wiederholungen sollen schon längst beantragt sein.

**Cornelia Noack, Eisenhüttenstadt**

In einem größeren VEB fiel 1980 für zwei Tage die EDV-Anlage aus. Die Beschäftigten bekamen dadurch nicht pünktlich ihren Lohn bzw. Gehalt. Als sie am nächsten Tag zur Arbeit kamen, brachten einige ein Ultimatum vor: „Wenn wir bis morgen nicht unser Geld auf dem Konto haben, kommen wir übermorgen nicht mehr arbeiten.“ Die Anlage konnte wieder flottgemacht werden und die Beschäftigten hatten ihre Bezüge mit zwei Werktagen Verspätung.

An diesen Vorfall wurde ich 1996 erinnert. Ein Bekannter, der in einer Privatfirma arbeitete, erzählte mir, daß der Firmenchef alle Beschäftigten für morgen in der Mittagspause zu einer kurzen Versammlung bestellt habe. Sie hatten seit Juni (es war mittlerweile Oktober) keinen vollen Lohn mehr bekommen, immer nur eine niedrigere Summe als vereinbart. Zu dieser Versammlung sagte der Firmenchef, es tue ihm leid, die Auftragslage sei schlecht und er wolle bis Weihnachten alle Lohnschulden beglichen haben. Als ein Arbeiter auf seine schwierige finanzielle Situation aufmerksam machte, meinte der Chef, er könne bis Ende nächster Woche allen die gesamten Lohnrückstände überweisen, aber dann müsse er die folgende Woche darauf die Firma schließen.

Was glaubt ihr wohl, wie viele da die Forderung wie damals zu der Havarie in der DDR gestellt haben: „Wenn wir bis morgen nicht unser Geld auf dem Konto haben, kommen wir übermorgen nicht mehr arbeiten!“? Kein einziger! Warum wohl? Weil die Rechte und Sicherheiten der arbeitenden Menschen in der DDR ganz andere waren als im heutigen Staat. Keiner musste um seine Existenz bangen. Übrigens: knapp eineinhalb Jahre später mußte diese Firma dann doch schließen. **Jürgen Förster, Dresden**

Zur Leipziger Buchmesse 2019 stellte Joseph Fischer sein Buch „Der Abstieg des Westens“ vor und wurde dazu auf einer Bühne interviewt. Beim

sich anschließenden Verkauf mit Signierung seines Werkes bekam ich Gelegenheit, ihn zu fragen, was er denn zur „Erkenntnis“ seines einstigen Chefs Schröder meint, daß die Bombardierung Serbiens doch Völkerrechtsbruch gewesen sei. Er reagierte pikiert und unwirsch mit: „Schröder war doch unser Jurist.“

Er wurde danach von seinen Begleitern sofort abgeschirmt, da es nicht zur erwünschten freundlichen Atmosphäre der Buchpräsentation paßte und einige Umstehende aufmerksam wurden.

Solch Abstreifen von Verantwortung und Mittäterschaft gehört in westlichen „Demokratien“ zum politischen Alltag, aber Ländern gegenüber, die nicht zum „abendländischen Wertesystem“ gezählt werden, macht man seinen weltweiten Anspruch auf Rechtsbesitz geltend, verfolgt und ahndet jene, die sich dagegen zur Wehr setzen.

Seine Partei hat es trefflich verstanden, sich als Retter von Natur und Umwelt darzustellen und bedient so en passant als etablierte politische Bewegung die Interessen ganz anderer Kreise.

**Richard Jawurek, Markkleeberg**

Auf Initiative des Freundeskreises der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ am Bogensee, findet vom 6. bis 8. Mai 2022 das 15. Internationale Freundes-treffen statt.

Das Treffen führen wir, anders als die vergangenen, im Feriendorf „DORADO“ in 16348 Marienwerder / OT Ruhlsdorf, Eisenbuder Weg 12, durch. Eine Anmeldung über das Feriendorf ist nicht möglich.

Anfragen und Anmeldung bitte an: anita.bartsch@freenet.de oder an simmikt@freenet.de

Bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel: Mit der Heidekrautbahn RB 27, Berlin-Gesundbrunnen, Berlin Karow über Wandlitz bis Ruhlsdorf-Zerpenschleuse oder vom Bahnhof Bärnau mit dem Bus bis nach Ruhlsdorf Kirche. Von beiden Endstationen eventuell eine notwendige Abholung organisieren.

Wir freuen uns auf ehemalige Absolventen, Lehrer, Angestellte, Bogenseekinder und internationale Freunde sowie auch Freunde, die sich uns verbunden fühlen.

**Wilfried Link**

**i. A. des Freundeskreises der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“**

Political Correctness wird angemahnt, wenn Ausdrücke ins Spiel kommen, mit denen Menschen oder Menschengruppen beleidigt oder gekränkt werden. Diese Forderung bezieht sich besonders auf Wörter, welche die Gleichberechtigung von Frau und Mann oder die Hautfarbe betreffen. Begriffe mit manipulativen und herabsetzenden Nebenbedeutungen kommen jedoch nicht nur in diesen Zusammenhängen vor. Schon Friedrich Engels hat diese Praxis am Beispiel von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ einer vernichtenden Kritik unterzogen. Es versteht sich, daß die bourgeoisen Hüter der deutschen Sprache bis heute nicht den Versuch unternommen haben, diese die ökonomischen Verhältnisse auf den Kopf stellenden Ausdrücke durch korrekte zu ersetzen. Insbesondere auf dem Gebiet von Krieg und Frieden lassen sich zahlreiche Beispiele für irreführende und herabsetzende Wörter finden.

Als rassistisch gilt heute zurecht das „N-Wort“. Es wird als derart diskriminierend verstanden, daß sogar seine Zitierung verpönt ist. Das angebotene Ersatzwort „Afroamerikaner“ ist unbefriedigend. Seinem Wortsinn nach erfaßt es amerikanische Bürger, die bzw. deren Vorfahren aus Afrika stammen. Es soll aber nicht Menschen aus dem nördlichen „weißen“

Afrika betreffen, sondern nur schwarze. Es verdeckt das unbeschreibliche Verbrechen des Menschenraubs im Zuge der Sklaverei.

Was ist nun das richtige Wort für Menschen mit weißer Hautfarbe, die in den USA leben? Amerikaner? Als wenn ihre Vorfahren da schon ewig gelebt hätten. Weiße Kolonisatoren haben den indigenen Völkern ihr Land geraubt und Völkermord an ihnen begangen. „Amerikaner“ ist ein unerträglicher Euphemismus. Ein besseres Ersatzwort wäre „Euroamerikaner“, für dessen Verwendung ich plädiere.

**Dr. sc. Wilhelm Rettler, Lutherstadt Wittenberg**

Abgesagte Weihnachtsmärkte, getrübt Adventsstimmung, Fußball-Geisterspiele ... Unverändert jedoch waren die Einkaufstrends für das Fest. Als Trendfarben beim Weihnachtsschmuck galten zartes Salbei und intensives Tannengrün, bei der „Fresserei“ dominierten Trauben, Apfel, Banane gemahlene Nüsse und Lebkuchen-Gewürzmischungen und – nach wie vor Räucherfiguren. Eine ganz bestimmte weibliche Räucherfigur aus dem Erzgebirge (Preis: 69 €) – die „Räucher-Merkel“ – war aber schon ausverkauft. Die 14 Zentimeter hohe Drechselarbeit aus Esche und Weißbuche fand reichenden Absatz. Innerhalb nur weniger Tage nicht mehr zu kriegen, hieß es von der Seiffener Volkskunst eG.

Apropos Räucher-Merkel – die Hände zur Raute geformt, der Blazer rosa, türkis, violett – alles typische Merkel-Merkmale. Bleibt in Erinnerung. Oder?

**Dr. Dieter Langer, Königs Wusterhausen**

*Unser Leser Damian Schittko aus Magdeburg schreibt über einen Besuch im Bundestag:*

Als Rentner fuhr ich mal nach Berlin zur Bundestags-Corona-Diskussion, das reizte mich als Betroffener schon. Als ich oben Platz genommen hatte, gab es im Saal eine Renten-Debatte. Die Politiker diskutierten leicht und locker, deren Argumente warfen mich fast vom Hocker: Würde es hier keine Rentner geben, würden wir Politiker doch viel schöner leben. Den Rentnern, den Kranken hat unser Staat zu verdanken,

daß die Regierung jetzt in Schulden versinkt. Das kann man doch nicht länger dulden!

Gäb's bei uns keine Rentner mehr, bedauerten wir das gar nicht sehr. Wir könnten sparen bei Wegfall von Brillen, Hörgeräten, Operationen und Pillen.

Im Bundestag seinen Platz zu erhalten, dies verdankten wir einst den Alten. Doch wie jetzt noch reicher werden? Das wäre nicht schwer, hätten wir keine Rentner mehr! Wie uneinsichtig sind doch die alten Vandalen. Sie wollen nicht mal ihre Steuern zahlen, die Vater Staat braucht, besonders für Waffen, um in der Welt und hier mehr Ruhe zu schaffen. Da Rentner kritisch überall nur stören, kann man sie künftig doch auch entbehren. Statt immer nur in den Urlaub zu fahren, sollten Rentner jetzt lieber für ihre Urne sparen. Doch Corona wird's schon richten. Da werden sich die Reihen lichten.

Nach solchen Diskussionen hatte ich dennoch Glück. Ein Politiker nahm mich in seinem Auto mit nach Magdeburg zurück.

Es gibt sie also doch – Politiker mit Anstand und Gewissen.



## „RotFuchs“-Veranstaltungen Februar

### ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 15. Februar um 18 Uhr**

Diskussion mit dem Autor des Buches „Der letzte Mann“ Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt

**„Wir dienten der DDR, konnten sie nicht retten und waren nicht schuld an ihrem Untergang.“**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 18. Februar um 15 Uhr** spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Aktuelle Entwicklungen in China – was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen**

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe Harz

**Am 25. Februar um 14 Uhr** spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Feindbild China – was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen**

**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

Alle Veranstaltungen unter Vorbehalt. Es gelten die jeweiligen Hygienevorschriften.

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Bernd Gutte  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Holger Michael  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)  
Heinz Pocher  
Hans Schoenefeldt  
Peter Steiniger  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.